Stand: 06.10.2026 10:48:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/876

"Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/876 vom 12.03.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 26.03.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1945 des HA vom 08.05.2014
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1959 des HA vom 15.05.2014
5. Beschluss des Plenums 17/2034 vom 20.05.2014
6. Beschluss des Plenums 17/2035 vom 20.05.2014
7. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 20.05.2014
8. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.05.2014

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.03.2014 **Drucksache 17/876**

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)

Hinweis:

Unter folgenden Links sind

das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 und
der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014

als PDF-Dokument abrufbar.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Staatsminister Dr. Markus Söder
Abg. Volkmar Halbleib
Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Martin Bachhuber
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Claudia Stamm
Abg. Peter Winter
Abg. Alexander Muthmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 1 d und 1 e** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) (Drs. 17/875)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)
- Erste Lesung -

Das Wort hierzu hat zunächst der Herr Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Herr Dr. Markus Söder. – Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort!

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Haushalt, ob Nachtrags- oder Doppelhaushalt, ist nicht nur ein bloßes Zahlenwerk. Ein Haushalt ist immer Ausdruck der Stärke und Leistungsfähigkeit eines Landes.Deswegen reden wir heute nicht nur über einzelne Zahlen, sondern über das Spiegelbild einer starken oder schwächeren Gemeinschaft. Wir reden nicht über Zahlen, wir reden über Bayern, und wir werden erleben, dass wir gut über Bayern reden können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die bayerische Haushaltspolitik wurde dieser Tage zweifach bewertet. Die eine Bewertung wurde im Rahmen von Pressekonferenzen von Frau Stamm und Herrn Halbleib vorgenommen. Dort wurde vorgebracht, der bayerische Haushalt sei ein Armutszeugnis, er sei Trickserei, er sei unseriös, er sei im Grunde genommen in seiner Zeit völlig falsch. - Daneben gab es eine weitere Bewertung des bayerischen Haushalts. Das Haushaltsrecht und die Haushaltsstruktur wurden von einer international bedeu-

tenden Ratingagentur, nämlich Moody's, auf Herz und Nieren geprüft. Danach ergibt sich ein anderes Bild. Moody's macht eines deutlich: Bayern wird im internationalen Kontext ausdrücklich dafür gelobt, dass wir ein kluges, umsichtiges Haushaltsmanagement betreiben. Wir werden für unsere Politik, keine Schulden zu machen, sondern Schulden sogar abzubauen, gelobt. Wir werden ausdrücklich anerkennend dafür erwähnt, dass wir es schaffen, sogar im laufenden Haushalt Überschüsse zu erwirtschaften.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen hat Moody's in seiner Bewertung Bayerns die international beste Note vergeben, nämlich "Triple A". So sieht es aus: SPD und GRÜNE kritisieren, Finanzexperten loben, meine Damen und Herren. Wir erfahren regionale Kritik, nationalen Respekt und werden international sogar geachtet. Wenn ich wählen kann, was für Bayern wichtiger ist, komme ich zu dem Ergebnis, dass nicht das Lob der Opposition, sondern die Anerkennung für Bayern und die Zukunft dieses Landes durch Moody's wichtig ist.

(Beifall bei der CSU)

Der Entwurf, der heute vorgelegt und dann im Haushaltsausschuss diskutiert wird, ist tatsächlich Ausdruck einer modernen Finanzarchitektur. Wir erfüllen auf der einen Seite unsere fiskalischen Haushaltsziele und beleben auf der anderen Seite das Wachstumsland Bayern und versorgen die bayerische Wirtschaft und Gesellschaft mit Treibstoff, damit sie weiter aktiv wachsen können; denn die Grundüberlegung hinter unserem Haushalt lautet: Unsere Gesellschaft, unser Land wächst - zum Glück. Andere Länder schrumpfen; wir bauen auf. Das heißt: mehr Menschen, mehr Wirtschaft, mehr Zukunft. Das zeigt sich auch in unserem Haushalt. Er wächst symmetrisch mit der Stärke des Landes. Im Übrigen wäre es geradezu absurd, wenn der Haushalt an derselben Stelle schrumpfen würde, obwohl Bayern wächst – mehr Menschen, mehr Wirtschaft, mehr Leben, mehr Aktivität. Deswegen ist dieser Nachtragshaushalt ein

echtes Wachstums- und Konjunkturbarometer, das national seinesgleichen sucht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das Volumen des bayerischen Haushalts wächst mit dem Nachtrag auf insgesamt knapp 50 Milliarden Euro. Entscheidend ist, dass es sich nicht um ein unkontrolliertes Wachstum handelt. Unsere Ausgaben steigen letztendlich um 5,3 %, die Einnahmen steigen jedoch mehr an, nämlich um 5,8 %. Alle Ausgaben, die der Freistaat Bayern tätigen muss, werden also mit selbst erwirtschaftetem Geld bestritten. Meine Damen und Herren, in anderen Bundesländern muss jedes Mal fremdes Geld verwendet werden. Das Geld, das wir ausgeben, haben wir uns selbst verdient.

(Beifall bei der CSU)

Denn zu den Einnahmen gehören nicht nur Rekordsteuereinnahmen, sondern auch Haushaltsüberschüsse, die wir durch kluges Bewirtschaften des Haushalts in allen Ministerien, in allen Institutionen erreichen. Sogar die BayernLB wird in diesem Jahr trotz der Schwierigkeiten, die es im letzten Jahr mit Ungarn gab, nach eigenen Aussagen ihren Beitrag leisten können. Wir schaffen es also, notwendige Ausgaben zu finanzieren, aber gleichzeitig Schuldentilgung auf höchstem Niveau fortzusetzen und die Stabilisierung und Stärkung der Reserven zu erreichen. Das Plus, über das wir verfügen, geben wir nicht vollständig aus. Dieses Plus an Steuermehreinnahmen und Haushaltsüberschüssen wird nicht nur für notwendige Ausgaben verwendet, sondern wir legen auch Geld für schlechte Zeiten zurück. Unsere Rücklage wächst insgesamt auf über drei Milliarden Euro, damit wir in schlechten Zeiten stark genug sein können. Eines muss ich Ihnen schon sagen: Ausgaben bezahlen, Schulden tilgen, die Rücklage stärken, das sind keine Bilanztricks, das ist fast schon Finanzpoesie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss man erst einmal schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Machen wir nicht nur schöne Worte, sondern fragen wir auch, ob wir unsere Worte belegen beziehungsweise hinterlegen können. Lassen Sie uns den Faktencheck, der aus einer Sendung im deutschen Fernsehen bekannt ist, zu den wesentlichen Finanzzahlen eines Haushalts machen; machen wir zum Beispiel den Faktencheck zur Zinsquote: Die Zinsquote belegt, wie stark bzw. schwach ein Land ist; denn je höher die Zinsquote, desto mehr Schulden, desto weniger Zukunftsfähigkeit. Wie sieht es aus? Für den Vergleich ziehe ich keine Länder heran, deren Nennung unfair wäre. Ich rede also nicht zum Beispiel von Bremen oder Berlin, sondern von strukturell vergleichbaren Ländern. Die Zinsquote liegt in Bayern bei 1,8, in Baden-Württemberg bei 4,2, in Nordrhein-Westfalen bei 5,9 %. Bayern ist besser, meine sehr verehrten Damen und Herren; Bayern ist besser als die anderen.

(Beifall bei der CSU)

Wie hoch ist die Pro-Kopf-Verschuldung? Wie sehr ist der einzelne bayerische Bürger verschuldet? Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Bayern bei 2.436 Euro, in Baden-Württemberg bei 6.038 Euro und in Nordrhein-Westfalen bei 11.685 Euro. Meine Damen und Herren, Bayern ist an dieser Stelle besser als die anderen.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne eine dritte Zahl, nämlich die Investitionsquote. Ich nenne sie fast lieber die absolute Zukunftsquote, weil mit der Investitionsquote entschieden wird, was wir ausgeben, um die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken. Hier erreichen wir mit nominell über 6 Milliarden Euro und über 12,1 % eine beachtliche Zahl. Die Investitionsquote liegt in Baden-Württemberg bei 9,8 % und in Nordrhein-Westfalen sogar nur bei 9,2 %. Auch hier ist Bayern besser. Die Fakten belegen: Im Haushalt gibt es kein vergleichbares Land in Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Eine letzte, wichtige Zahl ist die Personalquote. Diese Zahl sinkt. Das ist in diesem Fall positiv. In den anderen Länderhaushalten steigt die Personalquote an. Bei uns dominiert die hohe Investitionsquote und die Personalquote sinkt, obwohl wir maßvoll Balance halten müssen. Wir haben keine einzige Lehrerstelle gestrichen, meine Damen und Herren, und die Sicherheit in der Justiz und dem Hochwasserschutz stabilisiert. Neue Aufgaben in neuen Ministerien, beispielsweise im Gesundheitsministerium, werden maßvoll hinterlegt. Ganz wichtig ist, dass die Finanzverwaltung, die einen alten Kritikpunkt bildet, weiter gestärkt wird, beispielsweise in der Steuerfahndung. In meiner Amtszeit wurde die Steuerfahndung um bis zu 15 % gestärkt. Kein Land hat in so kurzer Zeit so viel zugelegt wie wir, und das finden wir richtig.

(Beifall bei der CSU)

Während andere Länder bei ihren Beamten sparen, indem sie die Besoldungserhöhungsrunden nicht übertragen, haben wir sie maßvoll, aber konsequent übernommen. Mit dem bayerischen Pensionsfonds sorgen wir vor, um für die zukünftigen Generationen Sicherheit zu erreichen. Ich sage es ausdrücklich: Mit dem Pensionsfonds sichern wir die Pensionen der heutigen Beamten, mit der Besoldung stärken wir die Leistungsfähigkeit unseres öffentlichen Dienstes. Deswegen sage ich bewusst: Während in den anderen Bundesländern auf Kosten von Beamten gespart wird, respektieren wir die Leistung der Staatsdiener in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch zu den Ausgaben sage ich ein Wort. An den Ausgaben, die jetzt im Haushalt evident werden, gibt es von den Größen her fast nichts zu kritisieren. Ich sage: fast. Die Steigerungen haben nämlich Ursachen, die für uns auch in gesellschaftlicher Hinsicht von großer Bedeutung sind. Einer der größten Posten besteht zum Beispiel in den Hochwasserhilfen für die Flutopfer. Wir haben uns in Bayern und in Deutschland für diesen wichtigen Beitrag entschieden, um Menschen zu helfen, die durch die Flut fast alles verloren haben. Die Hochwasserhilfe beläuft sich auf 403 Millionen Euro.

Weiter nenne ich die Humandividende. Durch eine menschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik haben wir Mehrausgaben von 178 Millionen Euro zu verzeichnen. Wir erklären uns dazu bereit, die Menschen nicht nur aufzunehmen, sondern ihnen durch eine angemessene Betreuung auch tatsächlich eine Chance zu geben. Ich nenne auch die Heimathilfe, "Heimatdividende", die beispielsweise durch die Steigerung des kommunalen Finanzausgleichs ein neues Rekordniveau erreicht hat. Allein diese drei großen Bereiche der Hochwasserhilfe, der Flüchtlingspolitik und der Heimathilfe im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs sind wichtige Investitionen für unser Land. Wer hier kritisiert und spart, versündigt sich am gesellschaftlichen Konsens. Wir tun das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe vorhin gesagt, es gebe fast nichts zu kritisieren. Das stimmt. Es gibt fast nichts, aber ein Posten tut Bayern unglaublich weh, ein Posten mit über 200 Millionen Euro Mehrausgaben, der wirklich im Hinblick auf Gerechtigkeit für die Menschen in Bayern ein Schlag ins Kontor ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der CSU-Zuschlag!)

Was ist das? Wir müssen 200 Millionen Euro mehr veranschlagen. Meine Damen und Herren, die neue Rekordmarke liegt bei über 4 Milliarden Euro. Das ist der bayerische Beitrag zum Länderfinanzausgleich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Seehofer- und Stoiber-Zuschlag! Ihr habt doch zugestimmt!)

Wir zahlen mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs. Nach den derzeitigen Schätzungen wird diese Zahl, wenn sich im Finanzplan nichts ändert, von jetzt 4,3 Milliarden Euro in nächster Zeit auf fast 5 Milliarden Euro anwachsen, nur weil die Bayern erfolgreich sind und weil die anderen nicht erfolgreich sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Übrigens wird sogar von den Ratingagenturen erwähnt, dass dies die einzige echte Schwierigkeit sei, der man sich stellen müsse. Wir werden jedenfalls nicht mehr taten- und willenlos zusehen und zahlen. Wir klagen, wir wehren uns und wir verhandeln. Dieser Auftrag folgt aus diesem Nachtragshaushalt. Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, das neuerdings sehr mutige und richtungweisende Entscheidungen fällt. Wir hoffen, dass dort Vorgaben für weitere Verhandlungen gemacht werden. Wir setzen uns in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein, die noch vor der Sommerpause einberufen wird; denn dort besteht eine echte Chance für eine grundlegende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Auf das Jahr 2019 gesehen kommen nämlich drei wichtige Eckpfeiler zusammen, die miteinander in ein Gesamtkonzept gebracht werden müssen: Der Länderfinanzausgleich läuft aus. Der Soli läuft aus. Die Regionalförderung muss neu geordnet werden. Wir werden uns in dieser Arbeitsgruppe massiv einbringen und diese Dinge miteinander verbinden.

Klar ist: Der Länderfinanzausgleich muss vom Inhalt und vom System her auf maximal eine Milliarde Euro begrenzt werden. Der Soli sollte zur Entlastung der Bürger halbiert und auch für den Aufbau West eingesetzt werden. Wir müssen einen Ausgleich für einige Länder finden, die sich heute trotz Länderfinanzausgleich schwer tun. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir einen großen Erfolg haben werden, wenn wir diese Dinge zusammenbringen. Unser Ziel ist ganz einfach: Von dem Geld, das in Bayern erwirtschaftet wird, muss mehr in Bayern bleiben, und weniger als heute sollte nach Berlin oder Brüssel gehen.

(Beifall bei der CSU)

Zusammenfassend gesagt: Der bayerische Nachtragshaushalt ist ein klares Bekenntnis zu finanzpolitischer Stabilität, ein Bekenntnis zu seriöser Haushaltsführung, ein Bekenntnis zu kraftvoller Investition und ein Bekenntnis und Statement für eine sensible Vorsorge in gesellschaftlich-finanziellen Fragen. Deshalb glaube ich, lieber Kollege

Winter – ich hätte jetzt beinahe "alt" bzw. "neu" gesagt – und liebe Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, bei denen ich mich für die Beratungen in den kommenden Wochen bedanke, dass die Bayern mit diesem Entwurf ruhig schlafen können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gute Nacht!)

Dieser Entwurf zeigt: Die Bayern können sich darauf verlassen, dass Staatsregierung und Landtag die Steuergelder bestens verwenden, um dieses Land zu entwickeln. Bayern hält Kurs. Wir haben vollen Wind in unseren Segeln und können damit zu neuen, anderen und noch besseren Ufern aufbrechen. Bayern setzt heute wieder einmal ein Signal, das kein anderes Bundesland in Deutschland setzen kann. Helfen Sie deshalb mit, dass Bayern gutgeredet, nicht immer nur schlechtgeredet wird!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Hierzu wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erster Redner hat Herr Kollege Halbleib von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister! Herr Finanzminister, zu Ihrer heutigen Rede zum Nachtragshaushalt 2014, zu dem von Ihnen vorgelegten Entwurf, aber auch zu Ihrem gesamten Wirken als Finanzminister passt ein Satz von Alfred Polgar sehr gut, der einmal gesagt hat: "Die Grenzen zwischen Arroganz und Ignoranz sind fließend."

(Beifall bei der SPD)

Wer in einer solchen Weise über seine Arbeit redet und die Arbeit anderer qualifiziert, redet arrogant. Vor allem ist er ignorant gegenüber den Dingen, die nicht mit seiner Jubelrhetorik übereinstimmen. Solche Dinge – das werde ich Ihnen darlegen – gibt es leider auch bei dieser Staatsregierung der CSU in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, wir werden Ihnen nicht den Gefallen tun, die positive wirtschaftliche Entwicklung in diesem Freistaat Bayern und die damit verbundenen positiven Folgen für die Einnahmesituation schlechtzureden. Im Gegenteil. Als stärkste Oppositionskraft nehmen wir uns aber das Recht heraus, genau hinzusehen. Wir nehmen den Auftrag der Wählerinnen und Wähler und der Bürgerinnen und Bürger ernst, unsere Kontrollaufgabe im Parlament zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kratzen den rosaroten Lack ab, den Sie auf den Haushaltsentwurf gesprüht haben. Wir schauen hinter die an der einen oder anderen Stelle aufgehübschte Fassade. Wir werden angesichts der hohen Rhetorik, die Sie permanent pflegen, auf die finanziellen Tarnungen, auf die Täuschungen und auch auf die Unwahrheiten hinweisen, die Sie uns und vor allem den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern immer wieder zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Pflicht, die Versäumnisse aufzudecken, die mit diesem Entwurf unter den bayerischen Teppich gekehrt werden sollen. Wir haben die Aufgabe, die wir gerne und freudig annehmen, Ihre überhöhte Jubelrhetorik deutlich zu machen, weil Sie sich bei vielen Entwicklungen in Bayern mit fremden Federn schmücken. Vieles von dem, was Sie an Positivem zu berichten haben und zur Grundlage dieses Entwurfs machen können, ist nicht auf Ihrem Mist gewachsen, wie der Bayer sagt, sondern das sind fremde Federn, die von anderen Köpfen genommen wurden. Das werden wir in den Haushaltsberatungen deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Die gute Entwicklung der Steuereinnahmen hängt mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Dass Sie und die CSU sich diese Entwicklung als Erfolg zu-

schreiben, ist parteipolitisch verständlich. Das nehmen wir selbstverständlich hin. Die Wahrheit lautet jedoch: Das ist das Verdienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Unternehmer in Bayern. Wir können gemeinsam stolz darauf sein, dass einiges vorangebracht worden ist. Wir können als SPD auch stolz darauf sein, dass wir einen großen Anteil der Steuermehreinnahmen generieren konnten, die der Finanzminister stolz in seinen Entwurf und in die Jahresrechnung 2013 schreiben kann. Hier wäre ein Dank des bayerischen Finanzministers von diesem Rednerpult aus angezeigt gewesen. Dahinter steckt ziemlich viel sozialdemokratische Politik.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

- Ihr Lachen zeugt wieder von der Gratwanderung zwischen Arroganz und Ignoranz. Sehen Sie sich doch einfach einmal die Bekämpfung der Steuerhinterziehung an. Bayern hat 1,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen im Zusammenhang mit den Selbstanzeigen erhalten, die nach dem Ankauf von Steuerdaten-CDs erfolgt sind, 1,5 Milliarden Mehreinnahmen durch die konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung in der Schweiz. Maßgeblich die sozialdemokratische Seite ist diese Steuerhinterziehung konsequent angegangen. Was wollten Sie? Die CSU, die FDP und Sie, Herr Dr. Söder, haben in der letzten Legislaturperiode im Landtag reihenweise unsere Anträge, Steuerdaten-CDs anzukaufen und damit die Steuerhinterziehungsbekämpfung zu forcieren, abgelehnt. Allein der SPD, ihren Länderfinanzministern und namentlich dem nordrhein-westfälischen Finanzminister ist es zu verdanken, dass der Ankauf von Steuerdaten-CDs erfolgte. Nur dadurch konnte diese massive Welle von Selbstanzeigen ausgelöst werden. Wir schätzen die Mehreinnahmen auf 1,5 Milliarden Euro. Das ist eine seriöse Schätzung. Dieses Geld kann der Finanzminister in seine Rücklage schreiben, auf die er so stolz ist. Herr Finanzminister und liebe CSU, das Geld nehmen Sie gerne ein. Wie wäre es einmal mit einem dicken Dankeschön an die SPD, die dies zu verantworten hat?

(Beifall bei der SPD)

Man kann sich doch einmal hierher stellen und sagen: Selbstverständlich hat auch die erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik in den sozialdemokratisch regierten Kraftzentren dieses Freistaats dazu beigetragen.München hat sich unter fast ausschließlich sozialdemokratischer Führung, zuletzt 20 Jahre lang unter Oberbürgermeister Christian Ude, zu einem Kraftzentrum entwickelt. Die positiven Zahlen bei den Steuereinnahmen in Bayern wären ohne den überdurchschnittlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Beitrag der Landeshauptstadt München auf ein Mittelmaß zurückgefallen. Allein das Steueraufkommen des Finanzamtbezirks München, also der Landeshauptstadt und des Landkreises München, betrug 2011 36 Milliarden Euro. Das sind 42 % des gesamten bayerischen Steueraufkommens. Danke an Christian Ude. Ich ermuntere alle Münchnerinnen und Münchner, diese Erfolgsgeschichte mit Dieter Reiter als künftigem Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt fortzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh! Oh!)

Die letzte Bemerkung hätte ich Ihnen nicht abverlangt, Herr Finanzminister. Gleichwohl möchte ich ein Dankeschön für die kommunale Finanz- und Wirtschaftspolitik in München sagen.

Ohne die SPD hätte es viele finanzielle Verbesserungen für die Länder und vor allem auch für den Freistaat nicht gegeben. In der Großen Koalition haben wir Maßnahmen durchgesetzt, von denen die bayerische Wirtschaft bis heute profitiert, von denen der bayerische Staatshaushalt profitiert und von denen die bayerischen Kommunen profitieren. Von uns wurde im Rahmen des Konjunkturpaketes II ein Investitionsprogramm von zwei Milliarden Euro vorgeschlagen. Noch früher gab es das Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung, IZBB – Sie wissen es vielleicht gar nicht mehr. Allein für den Freistaat Bayern wurden vom Bund, von der damaligen Schröder-Regierung, 600 Millionen zur Verfügung gestellt. Wofür haben Sie sie verwendet? Für eine völlig überhastete Einführung des G 8. Die Mittelverwendung ist eine andere Seite. Der Freistaat Bayern hat aber im Rahmen dieser Initiative von der Bundesebene 600 Millionen bekommen. Wir haben im Vermittlungsverfahren bei der Grundsicherung

im Alter und bei der Erwerbsunfähigkeitsrente viele finanzielle Entlastungen erreicht. Im Zuge von zwei Vermittlungsverfahren, die die SPD angestrengt hat, kamen zum Schluss massive Entlastungen für die Länder heraus.

(Peter Winter (CSU): Nur mit Ihren Stimmen!)

Herr Ministerpräsident, es ist bekannt, dass Sie gerne Ihren Anteil an diesen Entscheidungen herausstellen. Das ist auch in Ordnung. Man kann auch sagen: Im Interesse der Länder und auch im Interesse des Freistaates haben Sie die Gunst der Stunde genutzt und uns jeweils tatkräftig unterstützt. Erlaubt sei an diesem Tag aber auch die Feststellung: Die Gunst der Stunde hat die SPD mit Ihren Initiativen geschaffen. Nichts anderes ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt entzaubert auch die Hochglanzrhetorik, in der sich der Finanzminister heute noch einmal versucht hat. Trotz günstiger Einnahmesituation schaffen es die CSU, der Ministerpräsident und der Finanzminister nicht, die immer wieder selbst gesetzten finanzpolitischen Ziele zu erreichen. Wenn Ihnen gar nichts anderes mehr hilft, ziehen Sie Vergleiche zu den anderen Bundesländern. Das haben wir hier auch erlebt. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass diese Vergleiche Ihnen nichts helfen.

(Peter Winter (CSU): Aber es trägt zur Wahrheit bei!)

- Herr Kollege Winter, wir kennen es doch aus unserer Schulzeit: Wer sich immer als Klassenprimus aufführt, muss sich besondere Kritik gefallen lassen, wenn er beim Schummeln erwischt wird. Das ist bei dieser Staatsregierung der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Eine allgemeine Lebenserfahrung lautet: Wer hohe und höchste Maßstäbe setzt und sie immer wieder anderen vorhält, muss sich selbst an diesen Maßstäben messen lassen. Was denn sonst? - Das machen wir jetzt.

Ihre Maßstäbe schauen so aus: Ich nenne nur das Stichwort "ausgeglichener Haushalt". Das Haushaltsdefizit wird nach dem Nachtragshaushaltsentwurf 2014 in diesem Jahr trotz Steuermehreinnahmen in Höhe von 460 Millionen Euro gegenüber dem Stammhaushalt größer statt kleiner. 767 Millionen haben Sie im Finanzierungssaldo auf der Negativseite. 1,3 Milliarden Euro müssen Sie aus den Rücklagen entnehmen, um den Haushalt finanzieren zu können.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Hört! Hört!)

Schon bei konjunkturellem Sonnenschein ist eine solche Haushaltspolitik gefährlich. Was passiert bei Schlechtwetter oder einem Sturmtief? Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, manchmal kommen Sie mir so vor wie ein Familienvater, der die Sparkonten seiner Kinder plündert, um im Lokal eine Runde nach der anderen auszugeben. Das ist die Haushaltspolitik, die Sie uns im Augenblick vorführen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht nur die Aufgabe, auf den Haushaltsausgleich und die Einhaltung des Verbots der Nettoneuverschuldung zu achten, Sie haben vielmehr auch die Aufgabe, den Haushalt zukunftssicher zu machen. Dieses selbst gesetzte Ziel werden Sie mit diesem Nachtragshaushalt nicht erreichen. Trotz aller von Ihnen behaupteter Ausgeglichenheit, die es aber nicht gibt – das kann ich Ihnen belegen –, und trotz aller Behauptungen, keine neuen Schulden aufnehmen zu wollen, nehmen Sie mit diesem Haushalt mehr versteckte Schulden als je zuvor auf. Das sind doch die Fakten. Sie türmen Schulden für die Zukunft auf. Diese Schulden sind zwar aus dem Haushalt ausgebucht, aber sie sind real vorhanden. Sie sind bei den Staatsstraßen, beim Gebäudeunterhalt und bei der Pensionsvorsorge vorhanden. Sie bauen eine versteckte

Verschuldung auf, statt sie abzubauen, was die Aufgabe dieses Nachtragshaushalts wäre.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich neben den Staatsstraßen, für die der Ministerpräsident und der Finanzminister regelmäßig den Schlagloch-Oscar verdienen, den Bauunterhalt an. Hören Sie sich an, was der Oberste Rechnungshof sagt und Ihnen ins Stammbuch schreibt. Weil Sie nichts dagegen tun, laufen wir bei der Substanzerhaltung jedes Jahr ein Stück weiter in die versteckte Verschuldung hinein. In diesem Haushalt sind die Kürzungen gegenüber dem Haushalt 2011 eklatant. Sie verschlimmern die Situation statt sie zu verbessern. Die Pensionsvorsorge reduzieren Sie. Sie haben sie zerschlagen. Sie haben nur noch eine Bonsai-Vorsorge - anders kann man sie nicht bezeichnen - in Höhe von 100 Millionen Euro. Damit können die Herausforderungen, die bei den Pensionen auf uns zukommen, überhaupt nicht abgesichert werden. Diese Vorsorge ist ein Feigenblatt. Die Pensionsvorsorge nach alter Rechtslage haben Sie vor 2010 selber zerschlagen. Wir haben immer davor gewarnt. Nach alter Rechtslage müssten Sie 400 bis 500 Millionen aus dem Haushalt in die Pensionsvorsorge einstellen. Das machen Sie nicht. Deswegen versündigen Sie sich an der Zukunftssicherung für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Jeder Drittklässler kann sich ausrechnen, dass die 100 Millionen nicht ausreichen werden, um die Probleme, die wir haben, zu lösen.

Auch das nächste Thema hängt mit der Pensionsvorsorge zusammen. Sie und zuvorderst der Ministerpräsident mit seinem großen Ziel "Bayern schuldenfrei 2030" kündigen den Schuldenabbau an. Hier muss man immer zwei Punkte berücksichtigen: Zum einen muss die Landesbank aufgrund der EU-Auflagen etwa fünf Milliarden Euro zurückzahlen. Dass diese fünf Milliarden Euro in die Schuldentilgung gesteckt werden, ist doch eine pure Selbstverständlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Fi-

nanzminister. Sie von der CSU, die die Verantwortung für die Landesbank hatten, haben im Haushaltsjahr 2009 dafür gesorgt, dass die Nettoneuverschuldung des Freistaats Bayern um 10 Milliarden gestiegen ist. Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Sie jetzt jeden Cent, der von der Landesbank zurückkommt, in die Schuldentilgung stecken, ohne irgendein Wort dazu zu sagen. Das ist die Buße für Ihre Fehlsteuerung bei der Landesbank.

(Beifall bei der SPD)

Darüber brauchen wir nicht zu philosophieren. Das ist kein Erfolg, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit. Im Zuge der Vision "Bayern schuldenfrei 2030" ist uns eine zweite Versprechung gemacht worden. Uns und den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern ist von Ihrer Politik versprochen worden, dass das Geld, das man durch die Reduzierung der Pensionsvorsorge auf 100 Millionen Euro einspart, auch in die Schuldentilgung fließt. Ihr Argument lautete: Wir nehmen das Geld aus den Systemen heraus, tilgen damit Schulden, reduzieren damit die Zinsen und haben dann, wenn wir es brauchen, das Geld zur Verfügung. Was machen Sie? Der Finanzplan Ihres Finanzministers zeigt, dass bis 2017 und in der Perspektive bis 2019 nur das in die Schuldentilgung gegeben wird, was von der Landesbank pflichtgemäß zurückerstattet wird. In dieser Finanzplanung fehlt die komplette Rückzahlung von Schulden, die Sie deswegen leisten könnten, weil Sie den Pensionsfonds und die Pensionsrücklage zerschlagen haben.Das ist das Grundprinzip ihrer Haushaltspolitik. Sie täuschen vor, dass die Pensionsvorsorge im Finanzplanungszeitraum bis 2017 im Umfang von drei Milliarden Euro reduziert wird. Sie haben versprochen, dies in die Schuldentilgung zu stecken. Das Versprechen wird gebrochen. Damit ist der Beweis erbracht, dass das Versprechen des Finanzministers und des Ministerpräsidenten, Bayern bis zum Jahre 2030 schuldenfrei zu machen, nicht gehalten wird. Den ersten Beweis hätten Sie im Rahmen des Nachtragshaushalts erbringen können. Diesen Beweis sind Sie schuldig geblieben. Sie haben sich gegen ihre eigenen Prinzipien versündigt.

(Beifall bei der SPD)

Generell ein Wort zur Landesbank: Ich glaube, was wir an Abwiegelung und Relativierung zu berechtigten parlamentarischen Fragen erlebt haben, rächt sich bei diesem Haushaltsentwurf. Herr Finanzminister Söder hat vor Weihnachten gesagt, alles sei bestens. Haushaltsrisiken aus der Landesbank gebe es nicht, wenn überhaupt etwas, dann nur positive Rückzahlungen. Ministerpräsident Seehofer hat kurz nach dem Jahreswechsel gesagt, dass unter Umständen im Bereich der Bayerischen Landesbank noch für das Jahr 2014 konkrete Haushaltsrisiken bestünden. Mit dem Herrn Finanzminister und dem Vorsitzenden der Bayerischen Landesbank hatten wir denkwürdige Haushaltsausschusssitzungen. Außerdem hatten wir eine denkwürdige Sitzung mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister.

Klar ist heute nur eines: Von den Zahlen im Stammhaushalt 2014 zur Landesbank stimmt jetzt keine einzige mehr. Für Zins- und Dividendeneinnahmen sind 215 Millionen Euro eingeplant gewesen – jetzt null. Die sonstigen Einnahmen sollten 145 Millionen Euro betragen – jetzt null. Der Betrag für Kapitalrückzahlungen war mit einer Null gekennzeichnet. Plötzlich kommen Beträge rein, die addiert den ersten beiden Beträgen entsprechen und alles ausgleichen. Ich sage Ihnen eines: Gegenüber der bayerischen Öffentlichkeit wird etwas hingerechnet und hingetrickst, um die Haushaltsprobleme und Haushaltsrisiken bei der Landesbank zuzukleistern. Nicht mehr und nicht weniger ist dieser Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für das ABS-Portfolio. Die Garantie des Freistaats Bayern müssen die Steuerzahler noch erfüllen. Schätzungsweise müssen 1,6 Milliarden Euro zusätzlich für das ABS-Portfolio in die Landesbank gesteckt werden. Herr Finanzminister, Sie zitieren Ratingagenturen. Die von Ihnen genannte Ratingagentur hat diese ABS-Papiere mit hervorragenden Noten qualifiziert. Zudem hat sie die Bayerische Landesbank mit hervorragenden Noten qualifiziert. Jetzt sehen Sie, was die Noten der Ratingagenturen bedeuten. Zwar kann man sie zitieren, allerdings sollte man immer vorsichtig sein, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Beim ABS-Portfolio verhält es sich genauso. Zusätzlich zu den zehn Milliarden Euro, die wir bereits aufgewendet haben, ist im Stammhaushaltsentwurf die Zahlung einer Garantie in Höhe von 380 Millionen Euro vorgesehen. Uns ist mitgeteilt worden, dass die Verlustprognose bei circa 170 Millionen Euro liege. Im Rahmen der Kabinettsklausur in St. Quirin vor Weihnachten hieß es, wir bräuchten nur 220 Millionen Euro. Jetzt stehen 300 Millionen drin. Man fragt sich, welche Zahl überhaupt stimmt und worauf wirklich Verlass ist. Worauf wir und die Bürgerinnen und Bürger uns verlassen können: Wir werden auch in diesem Haushaltsjahr 350 Millionen Euro Zinsen für Ihre Fehler bei der Landesbank bezahlen und in diesem Haushalt bereitstellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es steht fest, dass wir weitere Milliardenrisiken haben. Das sind die feststehenden Zahlen und Fakten zur Landesbank. Was Sie vorlegen, ist ein geschönter Haushaltsplan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, uns treibt bei diesem Haushalt das Vorlagedatum um. Wir befinden uns kurz nach der Landtagswahl. Sie haben gerade Ihre Regierungserklärung abgegeben. Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern den "Bayernplan" vorgelegt. Sie haben, um es vorsichtig auszudrücken, eine gewisse Zustimmung dafür bekommen. Wir müssen heute feststellen, thematisieren und den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern zurückmelden, dass Ihre Ankündigungen, die Sie jetzt hätten unter Beweis stellen können, in der Haushaltspolitik nicht umgesetzt worden sind. Wir stellen fest, dass dort gar nichts drinsteht.

Bei den Fußballern heißt es: Die Wahrheit liegt auf dem Platz. Das, was der Trainer in der Pressekonferenz ankündigt und der Stürmer im Interview erklärt, sind nur Worte. Entscheidend ist die Leistung auf dem Spielfeld. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, in der Politik liegt die Wahrheit im

Haushaltsplan. Egal, was der Trainer Seehofer ankündigt und der Stürmer Söder erklärt, entscheidend ist, was im Haushaltsplan steht. Zu den zentralen Forderungen und Versprechungen von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der CSU steht leider nichts drin. Das müssen wir feststellen. Das bedauern wir.

(Beifall bei der SPD)

Was ist mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse innerhalb Bayerns? Was ist mit der Strukturpolitik und der Regionalpolitik? Was ist mit der Umsetzung des Verfassungsziels der gleichwertigen Lebensverhältnisse, das wir gemeinsam mit Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in die Verfassung geschrieben haben? Herr Ministerpräsident, das thematisieren Sie in jeder Rede. Wenn man in diesen Nachtragshaushalt schaut – Konsequenz? Leider Fehlanzeige. Wo ist in diesem Haushaltsplan der Aufschlag zur Landesentwicklung und zur regionalen Strukturpolitik? Erstaunlich ist, dass bei der ersten Möglichkeit, die Einhaltung dieses zentralen Versprechens unter Beweis zu stellen, nichts gemacht wird. Vielleicht ist das Themenfeld aber auch zu groß und zu umfassend, um es im Haushaltsplan abzubilden.

Sie haben von diesem Rednerpult aus noch etwas versprochen. Herr Ministerpräsident, eines der wenigen konkreten Ziele in Ihrer Regierungserklärung bleibt die Ankündigung, Bayern im öffentlichen Raum barrierefrei zu machen, und zwar bis zum Jahre 2023. Dieses Ziel ist sowohl zeitlich als auch finanziell äußerst ehrgeizig, wie wir wissen. Im Rahmen des Nachtragshaushalts hätten Sie die Möglichkeit gehabt zu sagen: Wir gehen da ran, wir belegen das, wir forcieren das, wir machen die Planungen, wir bringen das Geld auf den Weg, wir initiieren Förderprogramme. Im Nachtragshaushalt ist für dieses Versprechen kein einziger Cent zusätzlich vorgesehen. Die großen Versprechungen sind im Haushalt nicht eingelöst worden.

(Beifall bei der SPD)

Energiewende: Im Rahmen Ihrer Regierungserklärung haben Sie gesagt, Energiesparen sei die beste Vorsorge, bei der Gebäudesanierung müsse der Staat Vorbild sein,

jeder Euro rentiere sich. Trotz dieser vollmundigen Aussage findet sich im Nachtragshaushalt hierzu kein zusätzlicher Euro. Im Gegenteil, es erfolgen sogar leichte Kürzungen beim Klimaschutz im ländlichen Raum. Das wollte ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen.

Wir haben Ihre Aussage zum 10.000-Häuser-Programm wahrgenommen. Das Programm stand im "Bayernplan". Für private Häuser sollten Energiespeichertechnologien entwickelt werden. Im Haushaltsentwurf des Freistaats Bayern findet sich kein einziger Cent, um dieser konkreten Forderung Folge zu leisten. Dieser Umgang mit Regierungserklärungen und Wahlversprechen gefällt uns nicht. Herr Ministerpräsident, ich verstehe nicht, warum ich diese Vorwürfe überhaupt vorbringen muss. Eigentlich wäre entschlossenes Handeln im Hinblick auf den Haushaltsplan erforderlich gewesen. Die Wahrheit liegt im Haushaltsplan. Die Wahrheit ist: Hier haben Sie nichts gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte mit der Ankündigung des Herrn Verkehrsministers zum Radwegeprogramm weitermachen; 40 Millionen sind vor dem Nachtragshaushalt genannt worden. Wenn man nachschaut, findet sich kein zusätzlicher Cent. Versprechungen ohne Konsequenz im Haushalt sind leere Versprechungen.

Als Verkünder taucht Herr Finanzminister Söder vor allem kurz vor Wahlterminen besonders freudig auf. Das habe ich persönlich im Umfeld von Würzburg erlebt. Vor den Landtagswahlen wurden 100 Millionen Euro für die Festung Marienberg versprochen. Kurz vor der Kommunalwahl wurde die gleiche Erklärung abgegeben: 100 Millionen Euro für die Festung Marienberg. Ich war ganz neugierig und freudig erregt. Ich habe den Haushaltsplan durchgeblättert. Ich habe zumindest im Ansatz einen Planungstitel erwartet für die Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg. Das wäre nämlich erforderlich. Ich habe wirklich alles durchgemustert. Vielleicht können Sie oder einer Ihrer Be-

amten mir helfen. Ich habe dazu im Haushaltsplanentwurf keine einzige Zeile, keine Mittel und keinen Planungstitel gefunden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Alles Luftnummern!)

So gehen Sie mit der Haushaltspolitik um: viel erklären, nichts realisieren.

(Beifall bei der SPD – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wo ist der Scheck?)

Man muss dazu sagen: Der Ministerpräsident ist ähnlich. Er hat das Versprechen wiederholt. Er hat gesagt: Übergeben Sie den Scheck. Oder: Sehen Sie den Scheck als übergeben an. Vom Budgetrecht des Landtags einmal abgesehen, ist das eine eigenartige Formulierung. Herr Ministerpräsident, vielleicht können wir uns darauf einigen, dass zu den Mitteln, die für die längst notwendigen Sanierungen eingestellt sind, über die Nachschubliste der Staatsregierung in diesem Nachtragshaushalt zusätzlich zumindest noch 30 Millionen auftauchen. Dann reden wir von diesem Rednerpult aus weiter. Machen wir es so? –

(Beifall bei der SPD)

Einen Punkt können Sie schon von hier aus korrigieren. Das ist Ihr weiteres Wahlversprechen, Herr Ministerpräsident, dass die demografische Rendite an den Schulen bleibt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja!)

- Ich freue mich über die nochmalige Bestätigung.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wir haben es gehört!)

Wir haben als Opposition natürlich schon vor den Haushaltsberatungen Erfolg gehabt. Wir konnten gemeinsam mit den vielen Verbänden nach einem Aufschrei vieler Eltern und Schüler im Lande verhindern, dass Sie, wie sie geplant hatten, im Jahr 2014 829 Lehrerstellen streichen. Sie werden wieder zurückgeholt. Das ist im Entwurf dar-

gelegt. Die 773 Stellen, die Sie im letzten Jahr auch aus der demografischen Rendite gestrichen haben, werden aber nicht zurückgeholt. Da ist der zeitliche Zusammenhang interessant. Das Kultusministerium erklärt auf Nachfrage: Diese 773 Stellen sind zum 01.08.2013 bereits weggefallen. - Bitte merken Sie sich dieses Datum.

Wenige Tage zuvor, am 20. Juli 2013, hat die CSU ihren "Bayernplan" veröffentlicht mit der Zusage: Wir garantieren den bayerischen Schulen, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die frei werdenden Lehrerstellen vollwertig im Bildungssystem belassen werden. Wenn diese Aussage gilt, dann muss sie auch für die Stellen gelten, die am 01.08.2013 weggefallen sind. Darum werden wir kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie glaubhaft bleiben wollen, dann sorgen Sie dafür, dass diese Lehrerstellen über die Nachschubliste der Staatsregierung wieder geschaffen werden.

Auch die Kürzungen können wir nicht akzeptieren. Es kann doch nicht sein, dass der Bund mit großen Anstrengungen, auch mit Antrieb der SPD, aber im Rahmen der Großen Koalition, 600 Millionen Euro für die Städtebauförderung bereitstellt, der Freistaat Bayern aber, wenn auch wegen der EU, die Städtebauförderung um 6 Millionen Euro kürzt. Das kann doch nicht sein. Das ist ein völlig falsches Signal an die bayerischen Kommunen. Ich fordere Sie auf, diese Kürzung rückgängig zu machen. Wir werden das auf jeden Fall beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann auch nicht sein, dass die Feuerwehrförderung der Kommunen für hehre Ziele, die Feuerwehrschulen und die Ehrung und Anerkennung von Dienstgraden mit 40-jähriger Diensterfahrung, um 5 Millionen Euro gekürzt wird. Es ist kein vernünftiger Weg, das eine gegen das andere auszuspielen. Selbstverständlich muss die Feuerwehrförderung beibehalten werden. Auch dafür werden wir in diesen Haushaltsberatungen kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Wir werden unsere Schwerpunkte deutlich machen. Diese liegen bei Bildung, Hochschule, Forschung, bei der Infrastruktur – das habe ich deutlich gemacht –, bei den Kommunen und auch im Sozialen. Wir werden insbesondere bei den Kindergärten und Kinderkrippen genauer hinschauen, damit wir mehr Qualität und mehr Betreuungsqualität in den Randzeiten und den Ferienzeiten erreichen. Wir wollen das einlösen, was Sie nur versprochen haben, nämlich mehr Asylsozialarbeit. Es steht zwar eine leichte Steigerung drin, aber sie reicht bei Weitem nicht aus.

Das sind unsere Schwerpunkte neben einem konsequenten Vollzug der Steuerverwaltung. Es kann doch nicht sein, dass nach wie vor 1.800 Stellen in der bayerischen Steuerverwaltung nicht besetzt werden. Wir verschenken jedes Jahr zig Millionen Euro, circa 400 bis 500 Millionen Euro. Es ist schon ein Stück weit politische Beihilfe zur Steuerhinterziehung, wenn man nichts dagegen tut. Wir werden darauf drängen, dass diese Lücke endlich geschlossen wird.

(Beifall bei der SPD)

Zum Länderfinanzausgleich: Herr Söder, Sie sollten Ihre Strategie vielleicht doch einmal ändern. Wir sind der Meinung, dass die Zahlungen Bayerns zu hoch sind. Wir haben im Jahr 2010 als Erste im Bayerischen Landtag einen solchen Änderungsantrag gestellt.

(Widerspruch bei der CSU)

- Die Ersten waren wir. Wir haben ein Reformkonzept gefordert. Da kam lange nichts. Sie müssen vom Wahlkampfmodus auf eine Strategie zur Reform des Länderfinanzausgleichs umstellen. Jetzt geht es darum, Bündnispartner für eine gute Lösung für Bayern zu finden, nämlich für die Begrenzung der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich, für andere Anreizstrukturen für Geber- und Nehmerländer und eine vernünftige Regelung der Berlin-Kosten aus dem Bundeshaushalt. Es kann doch nicht sein, dass

der Finanzminister in Talkshows herumsitzt, was vielleicht auch seiner Eitelkeit dient, aber bei den Finanzministerkonferenzen regelmäßig nicht erscheint, wo solche Themen diskutiert werden. Selbstverständlich erwarten wir mehr Kommunikation.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das ist der richtige Punkt an dieser Stelle. Sie haben uns an der Seite, wenn Sie vernünftige Vorschläge machen. Dann stehen wir hinter Ihnen. Wir müssen aber neben den Dingen, die wir selbstverständlich gutheißen, das kritisieren, was Sie auch in diesem Haushaltsentwurf in der Art und Weise tun.

Ich glaube, ich habe Kritikpunkte aufgezeigt, die nachdenkenswert sind. –

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich hatte schon viel Geduld mit Ihnen. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Wir werden sie in den Nachtragshaushaltsberatungen voll einbringen. - Ich bedanke mich bei der Frau Präsidentin für die überaus reichliche Geduld, die ich zu schätzen weiß. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion hat jetzt Kollege Bachhuber das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Bachhuber (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Halbleib hat gerade zum wiederholten Mal in diesem Hause den Untergang des Abendlandes und der bayerischen Finanzpolitik besungen.

(Inge Aures (SPD): So ein Quatsch! – Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat das aufgeschrieben? – Weitere Zurufe von der SPD)

Fakt ist: Das Alpenland - -

(Heiterkeit)

Das Abendland hat seine Probleme. Deutschland geht es gut. Bayern geht es besser, und damit dem Alpenland,

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Bei uns in Oberfranken nicht!)

und den Kommunen geht es noch besser.

(Inge Aures (SPD): Da lache ich mich tot! Sie sollten sich schämen!)

Kollege Halbleib hat den kommunalen Finanzausgleich gar nicht erwähnt, weil er so gut ist. Staatsregierung und CSU-Fraktion dürfen sich ohne Übertreibung als Anwälte der Kommunen bezeichnen. Wir wissen, dass starke, leistungsfähige Kommunen – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Welche Stichwahl wollen Sie jetzt eigentlich gewinnen? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht. Tut die Wahrheit so weh?

(Unruhe bei der SPD)

Wir wissen, dass starke, leistungsfähige Kommunen Garanten für eine lebenswerte Heimat unserer Bürger sind.

(Inge Aures (SPD): Das stimmt!)

Deswegen leben die zufriedensten Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

(Inge Aures (SPD): Und was ist mit Franken? Was ist mit uns?)

Deswegen werden wir auch in Zukunft unseren Bezirken, Landkreisen, Gemeinden und Städten mit unserem Finanzausgleich eine verlässliche, sichere und sehr gute Finanzausstattung geben. Das belegt dieser kommunale Finanzausgleich, der Ihnen fast kein Wort wert war.

(Volkmar Halbleib (SPD): Keine Zeit mehr gehabt! Wir würden das gerne nachholen! Geben Sie mir fünf Minuten! – Dr. Paul Wengert (SPD): Wir reden über den

Nachtragshaushalt! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die falsche Wahlkampfrede!)

Der Finanzausgleich bedeutet Rekordniveau.Alle anderen Städte und Gemeinden außerhalb Bayerns schauen neidvoll auf die Kommunen Bayerns. Über acht Milliarden Euro umfasst dieser Finanzausgleich. Nürnbergs OB Ulrich Maly

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr guter Mann!)

hat am 05.12. gesagt: "Das ist ein Finanzausgleich, bei dem der Freistaat Bayern beweist, dass er kommunalfreundlich ist."

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Die geplanten Verbesserungen im Allgemeinen: Anstieg der Schlüsselzuweisungen um 85 Millionen Euro, Krankenhausfinanzierung, Fortführung auf ganz hohem Niveau mit 500 Millionen Euro, Erhöhung kommunaler Hochbau: 17 Millionen Euro, Erhöhung Investitionspauschale: 50 Millionen Euro, Zuweisung an die Bezirke: plus 5 Millionen Euro, und Erhöhung beim Straßenbau und Straßenunterhalt plus 23 Millionen Euro. Die reinen Leistungen steigen im Finanzausgleich 2014 gegenüber 2013 um 2,6 % auf 7,52 Milliarden Euro. Die Schlüsselzuweisungen wachsen dank der allgemeinen Verbundentwicklung gegenüber 2013 um 2,9 % auf fast 3 Milliarden Euro.

Besonders hervorheben möchte ich, dass dieser kommunale Finanzausgleich in den letzten Jahren zugunsten strukturschwacher sowie vom Bevölkerungsrückgang betroffener Kommunen und kleiner Gemeinden gestärkt wurde. Das, lieber Kollege Halbleib, ist die Unterstützung für den ländlichen Raum. Hier liegt die Wahrheit, wie Sie gesagt haben, auf dem Platz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Denken Sie an Oberfranken und an die Oberpfalz!)

Auch bei den Schlüsselzuweisungen wurde die Verlängerung des Demografiefaktors von fünf auf zehn Jahre und die Anhebung der untersten Hauptansatzstufe bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen von 108 auf 112 % vollzogen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Oberbayern-Blick!)

Das ist bayernweit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fahren Sie nach Oberfranken und in die Oberpfalz!)

Weitere strukturelle Veränderungen kann und wird es erst geben, wenn das Gutachten, das gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden vergeben wurde, vorliegt. Dabei haben wir besonders die Gesichtspunkte der Sozial- und Jugendarbeit berücksichtigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders begrüßt wurde von den kleineren Gemeinden, dass die Mittel für die Investitionspauschale von 2011 bis 2014 von 173 Millionen Euro auf 365 Millionen Euro bzw. um 110 % angehoben wurden.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig steigt der Mindestbetrag gerade für kleinere Gemeinden – die gibt es auch in Unterfranken – von 26.000 Euro auf nunmehr 105.000 Euro. Auch die Einführung eines vorausschauenden Demografiezuschlages auf die Investitionspauschale für die Kommunen mit einer erheblich negativen Bevölkerungsprognose hat sich bewährt, Herr Kollege Halbleib.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das löst die Probleme nicht, Herr Kollege!)

Zuhören! - Weiter sieht der neue Finanzausgleich folgende Verbesserung der Investitionsfähigkeit für Kommunen vor: In begründeten Fällen sind Fördersätze bis zu 90 % pro Investitionsmaßnahme im kommunalen Hochbau und im Straßenbau möglich. Auch die Anhebungen der Pauschalen für den Straßenunterhalt von 2013 um 15,9 %

und 2014 nochmals um 10 % wurden von den kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich begrüßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen feststellen und können mit ruhigem Gewissen behaupten, dass der Freistaat Bayern der Anwalt der Kommunen beim Bund ist. Bundesweit können die Kommunen mit einer Entlastung von neun Milliarden Euro bei Aufgaben mit dynamisch wachsenden Kosten rechnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dank der Initiative der SPD, sollten Sie dazusagen!)

- Lassen Sie sich Zeit, ich komme auf die SPD noch zurück.

Bereits Gesetz ist die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund. Das entspricht bundesweit einer Entlastung um vier Milliarden Euro jährlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist das Ergebnis unserer Vermittlungsarbeit!)

- Lassen Sie sich doch Zeit. - Die bayerischen Kommunen werden dadurch ab 2014 in Höhe von rund 550 Millionen Euro entlastet. Aufgrund des Einsatzes unseres Ministerpräsidenten wurde der ordnungspolitische Irrsinn von Rot-Grün, die Grundsicherung den Kommunen aufzubürden, berichtigt. Damit werden die Kommunen bundesweit um jährlich vier Milliarden Euro entlastet, die bayerischen Kommunen um jährlich 550 Millionen Euro. Danke, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CSU)

Auf Initiative unseres Ministerpräsidenten wurde bei der Zustimmung zum Fiskalpakt ein Bundesteilhabegesetz im Bereich der Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderung gefordert. Noch vor Inkrafttreten dieses Bundesteilhabegesetzes beträgt die Entlastung eine Milliarde Euro für die Kommunen Deutschlands, davon bis zu 150 Millionen für die bayerischen Kommunen. Nach Inkrafttreten werden es bundesweit fünf Milliarden Euro sein und rund 750 Millionen Euro für die bayerischen Kommunen, und das auf Antrag Bayerns. Noch einmal: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CSU)

Ich wiederhole: Die Finanzlage der bayerischen Kommunen ist trotz aller Unkenrufe gut. Die Bertelsmann-Stiftung hat festgestellt: Die Finanzlage der bayerischen Kommunen ist so gut wie in kaum einem anderen Bundesland. Das zeigen auch die wichtigen Kennzahlen im Vergleich zum Staatshaushalt. Es bleibt unbestritten festzuhalten: Die Finanzsituation der bayerischen Kommunen hat sich in den letzten zehn Jahren in allen wichtigen Bereichen besser entwickelt als die des Freistaats Bayern. In den letzten zehn Jahren haben die Kommunen ein Plus von 68 % bei den Steuereinnahmen, der Freistaat Bayern vor dem Länderfinanzausgleich 40 %, nach dem Länderfinanzausgleich 35 %. Auch die Steuerschätzungen prognostizieren für 2013 und 2014 den Kommunen ein Plus von 4,9 %, den Ländern ein Plus von 3,4 %, 2014 den Kommunen ein Plus von 3,7 %, den Ländern ein Plus von 3,1 %.

Ganz wichtig ist, was der Finanzminister gesagt hat, nämlich dass die Investitionsquote, das Zukunftskapital der Kommunen, 2012 mit 21,9 % deutlich über der Investitionsquote des Freistaates Bayern mit 11,1 % lag und weit höher war als die Investitionsquote aller anderen Bundesländer. Auch das ist ein Ausdruck der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung unserer Kommunen ist mit 1.187 Euro je Einwohner die niedrigste. In Nordrhein-Westfalen haben die Kommunen eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.920 Euro pro Einwohner.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend zum kommunalen Finanzausgleich sagen: Mit diesem Nachtragshaushalt, Herr Finanzminister, schaffen Sie Chancen. Wir machen keine Schulden, sondern wir bauen Schulden ab, und wir schaffen dadurch Generationengerechtigkeit. Mit diesem kommunalen Finanzausgleich, bei dem nahezu fast jeder vierte Euro aus dem Haushalt des Freistaates Bayern an die Kommunen geht, bleibt der Freistaat Bayern der verlässliche Partner

seiner Bezirke, Landkreise und Gemeinden. Es bleibt festzustellen – da beißt die Maus, lieber Kollege Halbleib, keinen Faden ab –:

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Welche Maus?)

Bayern ist das kommunalfreundlichste Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat Herr Kollege Pohl das Wort für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Bachhuber! Nach Singen ist mir heute leider nicht zumute, aber eine Bemerkung zu Ihrem nachgezogenen oder noch laufenden Wahlkampf möchte ich machen. Herr Kollege Halbleib, Sie sind beide noch im Wahlkampfmodus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Immer!)

Wenn ich auch noch im Wahlkampfmodus wäre, würde ich sagen: Dass es den Kommunen besser geht als Bayern, liegt daran, dass wir in den Kommunen doppelt so stark sind wie im Bayerischen Landtag und ein Viertel der Landräte und ein Drittel der Bürgermeister stellen. Das nur als Randnotiz. - Meine Damen und Herren, die allgemeine Lage der Staatsfinanzen in Bayern ist grundsätzlich positiv.

(Ministerpräsident Seehofer klopft Beifall)

– Danke, Herr Ministerpräsident. Sie ist positiv auch aufgrund von Rekord-Steuereinnahmen. Diese Rekord-Steuereinnahmen fallen nicht vom Himmel, wie man im deutschen und vor allem im europäischen Vergleich sieht.Ich denke, es ist angebracht, am Anfang einer Haushaltsrede Lob zu verteilen an die Menschen in Bayern, an die Wirtschaft, an die Tarifpartner, aber auch an die Bundes- und Landespolitik, die in den

letzten Jahren in der Wirtschaftspolitik durchaus einiges richtig gemacht hat. Das sollte man der Fairness halber auch einmal sagen.

Gute Einnahmen, meine Damen und Herren, sind Voraussetzung für ein funktionierendes Staatswesen. Damit die Einnahmensituation aber gleich bleibt, müssen wir auch eine kluge und vorausschauende Steuerpolitik betreiben, und hier mahne ich etwas an. Herr Ministerpräsident, ich höre seit Jahren, dass Sie und Ihre Partei den Mittelstandsbauch und die kalte Progression abbauen wollen. Aber es geschieht nichts. Jetzt sind Sie schon die zweite Legislaturperiode am Ruder, und da brauchen Sie nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen. In der letzten Legislaturperiode haben Sie zusammen mit der Steuersenkungspartei regiert, und auch da ist nichts passiert. So motiviert man diejenigen nicht, die dafür sorgen, dass wir jetzt relativ entspannte Haushaltsberatungen führen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Schuldentilgung ist eines Ihrer großen Themen – jetzt verlassen Sie den Saal – und des Herrn Finanzministers. Ich höre: Bayern schuldenfrei bis 2030. Ich sage Ihnen aber noch zum Abschied:

(Zuruf von der CSU: Er kommt schon wieder!)

Das ist in meinen Augen ein Taschenspielertrick; denn jeder hier in diesem Raum ist in der Lage, Bayern schuldenfrei zu machen, und zwar in den nächsten Monaten und nicht erst bis 2030. Das geht ganz einfach, indem Sie das Staatsvermögen, Schulen, öffentliche Gebäude etc. verkaufen und dann zurückmieten oder zurückleasen. Dann sind Sie schuldenfrei, haben aber keinen Euro mehr in der Kasse. Deswegen müssen wir von der Kameralistik weggehen und zu einem doppischen Haushalt auch auf Landesebene kommen. Was wir bei den Kommunen einfordern, sollten wir, mit gutem Beispiel vorangehend, auch im Freistaat Bayern machen.

Ich nenne Ihnen zwei, drei Punkte, deren Betrachtung sich dann sofort ändern würde. Zum Ersten müssten wir nicht darum betteln, dass die Ausgaben für die Staatsstraßen erhöht werden; denn dann würden wir nicht mehr auf Kosten der Substanz sparen und tatenlos zusehen, wie der Zustand der Staatsstraßen immer schlechter wird, weil es unmittelbar mit einer Verringerung unseres Vermögens einhergehen würde, wenn wir nicht nur auf die Schulden, sondern auch auf die Vermögensseite achten würden. Der Wertverzehr bei maroden Staatsstraßen würde dann unmittelbar haushaltswirksam werden.

Auch ein Verkauf der Bayerischen Landesbank wäre keine Verringerung unseres Vermögens, der eine Einnahme gegenüberstünde. Sie wollen das, wir wollen es nicht. Nicht zuletzt würden wir auch keine Diskussionen über den Pensionsfonds führen, der zulasten der Beamtinnen und Beamten nicht aufgefüllt wird.

Der Doppelhaushalt ist ein Doppelhaushalt in zweifachem Sinn. Zum einen betrifft er den eigentlichen Staatshaushalt; er betrifft aber auch unsere Städte und Gemeinden. Über das FAG ist er nämlich Grundlage für die kommunalen Haushalte, die jetzt landauf, landab aufgestellt und verabschiedet werden. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind von unserem Selbstverständnis her der politische Arm der Kommunen im Bayerischen Landtag und schauen deswegen natürlich in besonderem Maße darauf, dass die kommunale Ebene gestärkt wird. Warum ist das so? Das Leben findet in den Städten und Gemeinden statt. Dort werden bundes- und landespolitische Konzepte und Gesetze umgesetzt oder eben auch nicht. Deswegen müssen wir unseren Kommunen die Möglichkeit geben, dies optimal zu tun.

Deswegen halten wir auch an unserem Ziel fest, die FAG-Mittel auf 15 % zu erhöhen. Seit wir im Bayerischen Landtag sind, geht es, wenn auch im Schneckentempo, nach oben. Man hangelt sich in Zehntelprozent-Schritten in Richtung 13 %. Wir sind der Auffassung, 15 % ist die angemessene Beteiligung der Kommunen an den Staatsmitteln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch die Mittel für die Schülerbeförderung und nicht zuletzt für die Krankenhausfinanzierung müssen steigen. Da hätte ich dem Herrn Ministerpräsidenten doch gern noch etwas mit auf den Weg zu seinem heutigen Wahlkampfauftritt in Marktoberdorf gegeben; denn die Misere der dortigen Klinik ist ganz maßgeblich dadurch verursacht, dass die Krankenhausfinanzierung in den Kinderschuhen stecken bleibt und viel zu mager ausfällt. Da hätte er einmal vor Ort ganz klar sehen können, was eine in diesem Punkt verfehlte Landespolitik vor Ort anrichtet.

(Klaus Holetschek (CSU): Ausgemachter Unsinn!)

Wir müssen die strukturschwachen und demografisch oder sonst wie benachteiligten Kommunen unter Abschmelzung einer überproportionalen Einwohnerveredelung berücksichtigen. Da geht es um Gerechtigkeit unter den Kommunen. Die Metropolen werden in unserem System zu stark berücksichtigt. Hier müssen wir für einen gerechteren Ausgleich sorgen. - Wir haben gemeinsam mit Ihnen für die Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung gestimmt. Das bedeutet aber auch, dass wir unseren Kommunen die finanziellen Mittel an die Hand geben müssen, damit sie die Schuldenbremse auch umsetzen können. Eine Schuldenbremse zulasten der Kommunen kann nicht sein. "Den Letzten beißen die Hunde" geht mit den FREIEN WÄHLERN nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die momentane Lage ist, wie gesagt, nicht schlecht, weil die Steuereinnahmen sprudeln. Aber es wird auch wieder schlechtere Zeiten geben, und wir machen Politik nicht für die nächsten Monate, sondern für die nächsten Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte. Deswegen brauchen wir die von uns geforderten 15 % FAG-Mittel und strukturelle Verbesserungen. Damit können wir den Kommunen ein auskömmliches Leben gewährleisten.

Wir wollen Akzente setzen und werden eine ganze Reihe von Änderungs- und Ergänzungsanträgen zum Nachtragshaushalt vorlegen. Wir setzen klare Akzente. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, haben Sie dafür Verständnis, dass wir Ihren Änderungsanträgen möglicherweise nicht zustimmen werden – nicht, weil sie falsch sind, sondern weil man jeden Euro nur einmal ausgeben kann und wir gewisse Akzente setzen wollen. Wir haben uns ganz gezielt für Bereiche entschieden, die wir besonders stärken wollen.

Unsere Schwerpunkte liegen im Bereich Kommunen, im Bereich Bildung, im Bereich Regionalität, im Bereich Innere Sicherheit und Justiz und im Bereich des menschlichen Zusammenlebens. Diese Bereiche wollen wir hervorheben. Sie werden es anhand unserer Anträge konkret vor Augen haben.

Regionalität ist für uns keine Luftblase und kein bloßes Heimatministerium. Das Heimatministerium mit dem Standort in Nürnberg, Herr Staatsminister, umfasst übrigens die Stärkung des ländlichen Raumes. Ich glaube, die Quittung dafür haben Sie bei den Kommunalwahlen erhalten.

Ein weiterer Punkt sind die barrierefreien Bahnhöfe. Auch dazu muss ich beim Thema Regionalität eine sehr kritische Anmerkung machen. Sie investieren im Wesentlichen in die S-Bahnhöfe der Zentren und nicht in die der Fläche. Das ist ein Beispiel dafür, dass im Bereich Regionalität noch eine ganze Menge zu tun ist.Meine Damen und Herren, wir werden uns der Herausforderung stellen, die Frage zu beantworten, wie die von uns vorgeschlagenen Mehrausgaben finanziert werden sollen; denn die Schuldenbremse gilt für alle Fraktionen dieses Hauses.

Ich beginne mit den Einnahmen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Steuereinnahmen langfristig auf dem gegenwärtig hohen Niveau bleiben oder sogar noch weiter steigen. Voraussetzung dafür ist, dass wir ein starker Partner der bayerischen Wirtschaft bleiben. Es bedarf aber auch der Versorgungssicherheit im Bereich der Energie. Über unsinnige Kohlestromtrassen brauchen wir nicht zu diskutieren. Die Staats-

regierung verunsichert die Menschen in Bayern und stimmt im Bund zu. Als Sie jedoch merkten, dass der Widerstand zu groß wird, mussten Sie kleinlaut zugestehen: Wir werden das wohl nicht machen. - Ich betone: Wir brauchen Versorgungssicherheit auf der Grundlage eines vernünftigen Energiekonzeptes ohne Atomkraft und ohne Kohlestrom.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Staatsminister hat darauf hingewiesen, dass immer mehr Menschen nach Bayern kommen. Es ist schön, dass dem so ist; aber es ist nicht gottgegeben, dass es so bleibt. Wir brauchen neben einer guten, vernünftigen Familienpolitik eine durchdachte Zuwanderungspolitik; denn allein mit den Geburten in unseren Familien werden wir es nicht schaffen, die Einwohnerzahl zu halten. Ich weiß jedenfalls nicht, ob unser Freistaat tatsächlich jedes Jahr ohne Weiteres weiter wächst. Gerade in Osteuropa wächst die Wirtschaft und steigen die Einnahmen, auch die Löhne und Gehälter. Es kann sein, dass hier gegenläufige Entwicklungen eintreten. Darauf müssen wir uns einstellen, darauf müssen wir vorbereitet sein.

Ein Teil dieser Vorbereitung besteht in einer guten Regionalpolitik. Wir müssen die Regionen stärken und dürfen nicht den Ballungsraum München, der sich immer mehr überhitzt, weiter befeuern, etwa durch eine dritte Startbahn oder ähnliche Infrastruktureinrichtungen. Wir müssen in die Fläche gehen, zum Beispiel mit Behörden, Hochschuleinrichtungen und besserer Verkehrsinfrastruktur. Insofern werden die Bundespolitiker im Jahr 2015 in den Beratungen über den neuen Bundesverkehrswegeplan eine wichtige Aufgabe zu schultern haben. - Herr Kollege Halbleib, es hat mich ein wenig befremdet, dass Sie gesagt haben, ohne die Steuereinnahmen Münchens wäre Bayern nur Mittelmaß.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Ich sage: Mit einer vernünftigen Regionalpolitik hätte Bayern wahrscheinlich noch mehr Steuereinnahmen. Wir stehen zu unseren Regionen und nicht nur zur Landeshauptstadt, die zufällig vom Oberbürgermeister einer bestimmten Partei regiert wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genau hinhören, Herr Kollege!)

Zu den Ausgaben: Jawohl, wir werden im nächsten Doppelhaushalt andere Akzente setzen und auch Einsparungsvorschläge unterbreiten. Aktuell beraten wir über einen Nachtragshaushalt, das heißt, unsere Geschäftsgrundlage ist der Doppelhaushalt 2013/2014, an dem man nicht ohne Weiteres herumschnipseln kann.

Herr Staatsminister, auch wir fordern eine strukturelle Verbesserung bei den Ausgaben im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Aber wenn ich Sie dazu reden höre, komme ich mir so vor wie im alten Rom: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. – Jedes Jahr auf's Neue! Aber wir haben immer noch diesen Länderfinanzausgleich. Wir stimmten Ihnen zu, als es darum ging, ob Klage erhoben werden soll, und gaben Ihnen alle Möglichkeiten. Es gab von uns die Aufforderung: Verhandeln Sie! Drohen Sie! Machen Sie Druck! Egal wie – bekommen Sie es hin, dass dieser vom früheren Ministerpräsidenten Stoiber so fatal ausgehandelte Länderfinanzausgleich, mit dem uns in der Tat jedes Jahr kräftig in die Taschen gegriffen wird, durch eine richtige, seriöse, gerechte Regelung ersetzt wird. Warten Sie bitte nicht bis zum Jahr 2019. Wenn eine Neuregelung erst danach greifen soll, können wir uns hier Klagen und Debatten ersparen. Dann wäre es ehrlicher, wenn wir sagten: Wir schämen uns, dass wir so schlecht verhandelt haben, und versuchen, es im Jahr 2019 besser zu machen. – Ich hoffe nicht, dass es so weit kommt, sondern setze darauf, dass Sie vorher eine vernünftige Lösung hinbekommen, die uns finanzielle Spielräume schafft.

Risiko BayernLB: Kollege Halbleib hat es schon angesprochen. Mit der BayernLB sind nach wie vor Haushaltsrisiken verbunden. Ich glaube insoweit mehr dem Ministerpräsidenten als Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister. Sie behaupten, alles sei in Butter, es gebe kein Problem. Ministerpräsident Seehofer war vorsichtiger. Und siehe da: Es

wurde ein Quartalsverlust von einer halben Milliarde Euro verzeichnet. Wir haben Risiken bei der MKB. Die HGAA will nicht zahlen; hoffentlich kann sie noch zahlen, falls sie zur Zahlung verurteilt wird. Angesichts all dieser Risiken möchte ich zwar nicht von einer tickenden Zeitbombe sprechen, aber Wachsamkeit ist angebracht. Ich hoffe nicht, dass die BayernLB uns ein weiteres Mal den Haushalt verhagelt.

Eines noch: Sie wollen die Bank veräußern; das wollen wir nicht. Wenn die Bank aber veräußert wird, müssen wir mit offenen Karten spielen. Wir haben nicht nur 10 Milliarden Euro Stützungshilfe im Jahr 2008 geleistet; die Bank war im Jahr 2007 noch 8 Milliarden Euro wert. Das heißt also, bei einem Verkauf müssen Sie, um ohne Verlust herauszukommen, – das sage ich hier in aller Deutlichkeit – 18 Milliarden Euro abzüglich der zwischenzeitlich getilgten Kredite erzielen. Ansonsten bliebe es bei der Einschätzung: Die BayernLB ist ein Milliardengrab.

Nächster Punkt: Investitionen. Mit der Entscheidung über den Haushalt treffen wir auch eine Entscheidung über Investitionen in die Zukunft. Diese sind notwendig, damit wir auch künftig sagen können: Jawohl, es geht uns Bayern besser als allen anderen Menschen in Deutschland. Kollege Halbleib, das können wir durchaus selbstbewusst sagen. Ich habe auch kein Problem damit, zuzugestehen, dass alle Fraktionen im Bayerischen Landtag ihren Anteil daran haben.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Anteil haben aber auch die Menschen draußen, die Unternehmen, die Gewerkschaften – alle, die an diesem Bayern mitarbeiten. Dazu können wir gemeinsam selbstbewusst stehen. Es bedarf keines Halbsatzes nach dem Motto, das sei Geschichtsklitterung.

Wir müssen auf Risiken aufmerksam machen, können aber grundsätzlich feststellen: Dieser Wagen fährt momentan gut und in die richtige Richtung. Wir müssen aber aufpassen, dass er nicht irgendwann entgleist. Um das zu verhindern, müssen wir die richtigen Akzente für Investitionen in die Zukunft setzen. Was heißt das?

Erstens, Investitionen in die Jugend: Der Bildungsbereich ist weiter zu stärken; dazu gehört auch die frühkindliche Bildung. Wir brauchen besser ausgestattete Hochschulen und mehr Lehrer statt Stellenstreichungen. Das stellen sich die FREIEN WÄHLER unter Investitionen in die Jugend vor.

Zweitens, Investitionen in unser Land: Bayern ist mehr als München und Oberbayern. Alle Landesteile haben herausragendes Potenzial, das wir noch besser heben müssen. Insoweit gibt es noch Reserven.

Drittens, Investitionen in das Engagement vor Ort: Stärkere Kommunen, bessere Wertschätzung des Ehrenamts, passgenaue Lösungen für die Menschen vor Ort, Stärkung von Netzwerken – das ist die Politik der FREIEN WÄHLER.

Viertens, Investitionen in die innere Sicherheit: Wir müssen schauen, dass wir die Wunden, die das Spardiktat Stoibers bei der Polizei geschlagen hat, heilen und damit einen entscheidenden Standortvorteil Bayerns sichern, der im Bereich der inneren Sicherheit, aber auch der Justiz besteht.

Fünftens, Investitionen in Menschlichkeit: Ich spreche von den Senioren und davon, dass man für sie noch bessere Angebote schaffen muss. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist die Herstellung von Barrierefreiheit. Frau Staatsministerin, Sie haben gesagt, Barrierefreiheit solle bis 2023 flächendeckend hergestellt werden. Wir unterstützen dieses Anliegen. Um es zu verwirklichen, müssen wir aber gemeinsam dafür sorgen, dass die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Wir müssen uns also trauen, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Wenn es darum geht, haben Sie die FREIEN WÄHLER auf Ihrer Seite.Meine Damen und Herren, in Bayern läuft manches richtig, aber es kann, es muss noch besser laufen. Das muss unser Anspruch sein. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Daher müssen wir gemeinsam für noch bessere Lösungen kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben sogar noch ein Glas Wasser vom Kollegen Halbleib gereicht bekommen. Bitte, wenn Sie es jetzt noch mitnehmen wollen. - Jetzt hat Claudia Stamm für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Das Wasser nehme ich dann gleich in Anspruch. Vielen Dank, sehr geehrter Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wahrheit und Transparenz sollten die Grundpfeiler jeder Haushaltspolitik sein, und sie sind die Leitlinien grüner Haushaltspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern wachsen die Berge der versteckten Verschuldung. Wir wollen das anders machen. Wir sorgen vor – für die Beamten mit dem Versorgungfonds, für die Straßen mit Unterhalt statt mit Neubau und ehrlichen Ansätzen im Bauunterhalt. Haushaltspolitik muss klare Prioritäten setzen und zu deren Gunsten umschichten und auch mal etwas streichen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Unser Haushalt, ein grüner Haushalt, ist nachhaltig und gerecht. Das heißt, wir setzen zum Beispiel auf die Bildung – und das auch zulasten des Landeserziehungsgeldes. Das schichten wir um. Ehrlichkeit, klare Prioritäten setzen zu deren Gunsten, eben umschichten – das ist unser Haushalt.

Bei Ihnen herrscht dagegen Fehlanzeige. Bei Ihnen, sehr geehrte Staatsregierung, verkommt auch die Haushaltspolitik immer mehr zur Show, und es gibt eine Showeinlage nach der anderen. Nehmen wir die Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer - jetzt ist er nicht mehr da - vom November. Ich glaube, wir hatten die Debat-

te verschoben, weil er gerne dabei sein wollte. Aber gut. Damals hieß es in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ganz groß: "Inklusion". Die große Offensive zur Inklusion ist hier in diesem Hohen Haus angekündigt und versprochen worden. In diesem Nachtragshaushalt ist kein Cent davon zu finden. Gleichzeitig aber schlummern 373 Millionen Euro Haushaltsreste, die unter anderem für den Ausbau barrierefreier Bahnhöfe vorgesehen sind. Machen Sie endlich etwas mit diesem Geld! Das würde uns und die behinderten Menschen in Bayern schon um einiges weiterbringen. Bitte schön, machen Sie etwas damit!

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Weiterhin hieß es in der Regierungserklärung, es gebe einen Personalstopp und ab jetzt herrsche Ausgabendisziplin. Reine Makulatur! Mit diesem Nachtragshaushalt ist von der Staatsregierung das pure Gegenteil vorgelegt worden. Zum Vergleich: In anderen Westbundesländern steigt der Haushalt im Schnitt in fünf Jahren um 14 %. Bei uns in Bayern sind es mit diesem Nachtragshaushalt 31 Prozentpunkte.

Angesichts dieser Zahlen fragt man sich: Was sind Seehofers Regierungserklärungen dann eigentlich noch wert? Wir sind es ja gewohnt, dass Aussagen des Ministerpräsidenten sich sehr schnell ändern. Aber hier spreche ich von einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, also von der Rede, in der er uns seine Ziele für diese neue Legislaturperiode erklärt hat. Es war die erste Regierungserklärung, die er nach der Landtagswahl in diesem Hohen Haus gegeben hat. Aber solide Haushaltspolitik - Fehlanzeige!

Dass das Metier Markus Söders hauptsächlich die Inszenierung ist, ist offensichtlich. Die Homepage des Finanzministeriums hat sich zu einer Söder-Bildergalerie gewandelt: Söder mit einem Riesenschlüssel hier, Söder mit einem Bauhelm da. Wenn er damit nur sein Geltungsbedürfnis ausleben würde – okay. Aber wenn das dann solche Formen annimmt wie kurz vor der Wahl, und zwar egal ob Landes- oder Kommunal-

wahl, dann tritt der Finanzminister hier das Recht des Hohen Hauses, nämlich unser Budgetrecht, mit Füßen.

Um es klar und deutlich zu sagen: Auch ich will, dass die Festung Marienberg in Würzburg renoviert wird und dieses einmalige, wirklich sehr wichtige Denkmal nicht verkommt. Aber wenn einmal vor der Landtagswahl, dann noch einmal kurz vor der Kommunalwahl verkündet wird - und jetzt hat der Ministerpräsident das noch einmal verkündet -, dass die Festung mit 100 Millionen Euro renoviert wird, frage ich mich: Sind das jetzt 100 oder 300 Millionen Euro, nachdem es dreimal verkündet wurde?

(Zuruf von der CSU)

- Das habe ich leider nicht verstanden, aber das macht auch nichts. – Das Haushaltsrecht ist nun einmal das Königsrecht dieses Parlaments, und dieses Verkünden von Geldern hat nichts mit seriöser Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht Ihr Privatgeld, Herr Dr. Söder. Wir, das Parlament, müssen es bewilligen, wenn irgendwo das Geld der Steuerzahler ausgegeben werden soll.

Das gleiche Spiel gab es in Nürnberg. Abgesehen von allen vollzogenen Taten, darunter auch die unsinnige Verlagerung von Teilen der Lottoverwaltung, und damit abgesehen von dem Versuch, für Nürnberg und die örtlichen Kandidaten, also auch für sich selbst, zu punkten, gab es ganz kurz vor der Kommunalwahl noch einmal eines oben drauf: 10 Millionen Euro für das Jugendstil-Schwimmbad in Nürnberg. Die gibt es, wenn der Oberbürgermeister Brehm heißt und von der CSU ist – und eventuell sogar dann, wenn Dr. Maly bleibt, aber bei Maly nur, wenn er auch schön artig ist. So stand es zumindest in der dpa-Meldung. - Herr Dr. Söder, was ist das für ein Politikverständnis? Geld zu versprechen, das Ihnen nicht gehört?

(Zuruf des Staatsministers Dr. Markus Söder – Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das ist natürlich das Leichteste: Jetzt hat die dpa das wieder falsch gemeldet. Aber es kam keine Berichtigung.

Geld zu versprechen, das Ihnen nicht gehört, über das Sie nach einfachsten Politikregeln, nämlich die der Gewaltenteilung, gar nicht verfügen dürfen, und das dann auch noch vier Tage vor der Kommunalwahl mit dem örtlichen CSU-Kandidaten auf einer Pressekonferenz zu vermischen - die Quittung dafür haben Sie vor Ort bekommen.

Die einzige Priorität, die Sie setzen, liegt in Ihrer Selbstdarstellung. Das wird besonders deutlich, wenn man sich anschaut, wie viele Jahre der Neubau des Finanzamtes München von der Staatsregierung verschleppt wurde. Mit allen möglichen Tricks wurde hier gearbeitet: Die Anmietung in München sei billiger, hieß es da zum Beispiel. Dass ich nicht lache! Einen Tipp gebe ich Ihnen da: Lassen wir die Bewertungsstelle des Finanzamtes München in München und versetzen Sie sie nicht nach Höchstädt an der Donau! Das ist zum einen sicherlich billiger – die 18 Millionen Euro, die der Neubau dort kosten soll, kann man sich sparen -, und zum anderen – da bin ich mir sicher - hätten Ihnen die Beamtinnen und Beamten der Bewertungsstelle gleich etwas über die Preise und den Markt in München sagen können. Da hätte man nicht erst zwei Wirtschaftlichkeitsberechnungen gebraucht, die Ihnen sagen, dass das Anmieten in München auf Dauer nicht billiger ist.

Doch statt eigene Immobilien zu nutzen, mietet man jetzt auch in anderen Städten an. Die neue prestigeträchtige Außenstelle des neu geschaffenen Heimatministeriums in Nürnberg wurde dagegen in ein paar Wochen ohne Genehmigung des Haushaltsausschusses realisiert. Da geht‘s auf einmal ganz schnell.

Offensichtlich fehlt der Staatsregierung einfach der politische Wille, die Finanzverwaltung von unten zu stärken, statt lediglich oben zu repräsentieren. Und das ist nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein inhaltliches Armutszeugnis. Ein Blick in den Nachtragshaushalt zeigt uns, wie viel dieser Part der Söder-Show den Steuerzahler mal wieder kostet: 3 Millionen Euro Reisekosten, Sicherheitsumrüstung usw., und die

Miete für das Gebäude ist noch nicht einmal dabei. Die kommt noch oben drauf mit dann 80.000 Euro pro Monat.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Als ich letztens einem CSU-Mitglied davon erzählt habe, wie viel die Filiale des Heimatministeriums in Nürnberg allein an Miete kostet, hat er mich ganz ernsthaft und ganz erstaunt gefragt, ob so eine Entscheidung nicht vorher in den Haushaltsausschuss müsse. Ich finde, diese Frage ist mehr als berechtigt. Laut Gesetz muss zwar ein Ankauf erst ab 2 Millionen Euro vom Ausschuss genehmigt werden; es ist aber absehbar, wann diese Anmietung 2 Millionen Euro kosten wird.

Apropos Finanzverwaltung von unten stärken: Einen vergleichbaren Druck wie bei den Lehrerstellen können die Beamtinnen und Beamten der Steuerverwaltung natürlich nicht aufbauen, selbst in Zeiten von Hoeneß nicht; denn mit ihrem Beruf verbindet man vordergründig erst einmal nicht so etwas Positives wie weniger Freistunden in der Schule, kleinere Klassen, letztlich die Hoffnung, dass unsere Kinder weniger Druck in der und durch die Schule verspüren. Aber mehr Menschen in der Steuerverwaltung bringen uns mehr Geld. So schlicht ist das.Auf geht’s, liebe CSU! Zumindest das Versprechen sollen Sie einhalten – mehr fordern wir für diesen Nachtragshaushalt nicht -, dass die Stellen, die durch den Wegfall der Kfz-Bearbeitung frei werden, der Steuerverwaltung zugutekommen. Bayern will doch immer spitze sein und in allem den ersten Platz einnehmen. Bitte schön, tun Sie es und stimmen Sie unseren Anträgen zu. Diese sind realistisch, kosten nichts, sondern bringen Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz nebenbei – wir haben da noch ein erfreuliches Nebenprodukt: Mehr Prüfung, mehr Fahndungen bedeuten größere Steuergerechtigkeit. Das ist Ihnen wohl ganz aus dem Blick gerutscht: Man spart bei der Steuerverwaltung bewusst Personal. Das geschieht wohl mit Absicht. Anders kann ich das nicht sagen. Schon meine Vorvorgängerin Emma Kellner hat das immer und immer wieder angesprochen: Bayern hat

viel zu wenige Kräfte in der Steuerverwaltung. Nicht nur meine Parteikollegin Emma Kellner hat das angemahnt, sondern auch der Bayerische Oberste Rechnungshof. Dieses unrühmliche Thema, nämlich der abgeschlagene letzte Platz, den Bayern in der Steuerverwaltung einnimmt, ist immer wieder ein eigenes Kapitel wert. 20 % Fehlbestand in der Steuerverwaltung. Tun Sie etwas dagegen, und schaffen Sie Stellen in der Steuerverwaltung!

Denn was soll der Bürger oder die Bürgerin sagen, deren Steuern als Arbeitnehmer einfach abgezogen werden, und zwar Monat für Monat? Ein Kleinbetrieb hingegen kann in Bayern damit rechnen, dass er nur alle 47 Jahre geprüft wird. Das sind die neuesten Zahlen. Die Werte haben sich nochmals verschlechtert, und zwar von vorher alle 41 Jahre auf nunmehr alle 47 Jahre. Die Unterbesetzung in der Steuerverwaltung sei Absicht, damit locke man Betriebe und reiche Menschen nach Bayern. Dieses Zitat wird immer wieder dem früheren Finanzminister Professor Faltlhauser zugeschrieben. Ich weiß, dass das nicht stimmt, aber ein CSU-Politiker ohne Amt in der Staatsregierung hat das gesagt. Wir wollen aber Steuergerechtigkeit. Was für den Arbeitnehmer gilt, muss für den Betrieb gelten. Wir wollen vor allem solide Einnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen diese Einnahmen. Wir brauchen die Einnahmen für unsere Kinder, für eine gute Schule und für eine gute Infrastruktur, die die Menschen in Bayern, egal wo, endlich mit einem schnelleren Netz versorgt. Wir brauchen die Einnahmen für mehr Klimaschutz, und wir brauchen diese Einnahmen, um die vollmundigen Ankündigungen in Sachen Inklusion, also Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung, endlich auch mit Geld zu unterfüttern.

Durch die Mangelbesetzung in der Steuerverwaltung gehen uns jährlich dreistellige Millionenbeträge verloren. Wir wollen das nicht. Apropos: Wir können heilfroh sein, dass in Berlin niemand wirklich auf den bayerischen Finanzminister hört; denn wenn er sich mit seinen Ideen durchgesetzt hätte, wäre uns das richtig heftig an die Einnah-

men gegangen. Abschaffung der Erbschaftsteuer – das wollte Herr Söder. Schauen wir uns den Nachtragshaushalt an. In diesem Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 gab es 150 Millionen Euro mehr an Erbschaftsteuer. Das sind 10 % mehr in diesem Bereich. Stellen wir uns einmal vor, dass es diese 150 Millionen Euro nicht gegeben hätte, dann würde sich der Finanzierungssaldo, also die Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben, um weitere 150 Millionen Euro auf 900 Millionen Euro erhöhen.

Anders ausgedrückt: Die Steuern sprudeln, die Einnahmen steigen nochmals, und die angeblich so finanzkompetente CSU kommt mit dem Geld nicht aus. Eine seriöse und nachhaltige Haushaltspolitik geht anders. Nachhaltige Haushaltspolitik braucht vor allem zwei Dinge: genügend Vorsorge und solide Einnahmen. Da können wir gemeinsam wirklich froh sein, dass sich Finanzminister Söder in Berlin auch sonst nicht weiter durchgesetzt hat. Es gibt also, anders als vor der Wahl angekündigt, keine Regionalisierung der Einkommensteuer, die Bayern senken will und senken würde. Wenn sich Herr Dr. Söder durchgesetzt hätte, dann wären Ende 2015 trotz der sprudelnden Steuereinnahmen die Rücklagen vollends aufgebraucht. Apropos Rücklagen: Es ist schon ein besonders interessantes Wording, um es mal nett auszudrücken, dass man davon spricht, dass die Rücklagen aufgestockt wurden, wenn sie im Jahr 2012, bevor dieser Doppelhaushalt angefangen hat, 4 Milliarden Euro betragen haben, während sie jetzt laut den Aussagen des Finanzministers nur noch bei 3 Milliarden Euro liegen. Gleichzeitig spricht er immer von einer Aufstockung. Wenn ich in einer Mathestunde wäre, würde ich fragen, was tatsächlich mehr oder weniger ist. Herr Dr. Söder scheint es in diesem Fall nicht ganz klar zu sein. Er spricht von einer Aufstockung der Rücklagen, obwohl sie tatsächlich von 4 Milliarden Euro auf 3 Milliarden Euro schrumpfen. Vielleicht sollten beide Doctores in der Staatsregierung – Herr Dr. Söder und Herr Dr. Spaenle – mal in die Mathestunde gehen. 3 Milliarden Euro sind weniger als 4 Milliarden – ganz einfach und schlicht festgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Spaenle weiß nicht, wie das mit den Lehrerstellen war und genau ist. Auch da halte ich ganz klar und schlicht fest: Stellen mit einem kw-Vermerk, also mit dem Vermerk, dass sie zu einem bestimmten Datum wegfallen, sind keine neuen Stellen, sondern Stellen, die nicht wegfallen, wenn der kw-Vermerk gestrichen wird, wie es zum Glück jetzt für diesen Nachtragshaushalt passiert. Lassen Sie uns nochmal klar und deutlich feststellen: Dass diese Stellen wegfallen, stand schon im Doppelhaushalt. Das haben Sie – ich spreche diejenigen an, die noch da sind – von der CSU im Herbst 2012 hier beschlossen. Mein Kollege Thomas Gehring und ich haben schon damals dagegen gearbeitet und darauf hingewiesen, dass Sie sich damit nicht an den Koalitionsvertrag mit der FDP halten. Im Jahr 2013 waren Wahlen. Da rechnete man wohl schon nicht mehr mit der FDP.

Stichwort Wahlen: Wenn jetzt keine Kommunalwahlen gewesen wären, dann wäre der Doppelhaushalt auch in diesem Punkt durchgezogen worden und man hätte den kw-Vermerk eben nicht gestrichen, sprich die Lehrerstellen wären eingezogen worden. Also können wir Eltern nur froh sein, dass es nach den Wahlen gleich nochmal Wahlen gab und der Druck entsprechend aufgebaut werden konnte.

Ich habe schon ein paarmal, auch in den Debatten vorher, angesprochen, das Königsrecht des Parlaments ist das Haushaltsrecht, das Budgetrecht. Dass der Haushalt aber das Königsrecht des Parlaments ist, hat diese Staatsregierung noch nicht ansatzweise erkannt. Ehrlich gesagt: Es gehören aber immer zwei dazu, also auch diejenigen, denen das Recht genommen wird, sprich das Parlament. In diesem Fall ist das mehrheitlich die CSU-Fraktion. Wenn ein Finanzminister draußen herumrennt und hier 10 Millionen verspricht und dort 100 Millionen verspricht, um billig Wahlkampf zu betreiben, aber niemand von der Mehrheitsfraktion ihm Einhalt gebietet, dann lässt man sich das Königsrecht nehmen.

Zum Königsrecht: Es gibt einen Posten im Einzelplan 13, also einen Teil des Budgets, das der Finanzminister verwaltet. Da steht auch in diesem Nachtragshaushalt wieder ein sogenanntes Spielgeld drin, mit dem die CSU-Fraktion besondere Maßnahmen

fördern oder bezahlen kann. Ich bin sehr gespannt, was Sie diesmal damit machen. Im Doppelhaushalt haben Sie die unsägliche Kürzung der Behindertenhilfe etwas abgemildert, sprich: für das Jahr 2013 zurückgenommen, aber für das Jahr 2014 nicht. Man sollte sich das einmal vor Augen halten: Ein Haushalt beträgt knapp 47 Milliarden Euro. Beim ersten Entwurf des geltenden Haushalts war das so. Inzwischen sind wir bei 50 Milliarden. Was macht die Staatsregierung – damals die Sozialministerin Haderthauer? Sie kürzt ausgerechnet bei der Behindertenhilfe. Und obwohl in der letzten Minute vonseiten der Staatsregierung noch einmal ganz viel Geld per Nachschublisten in den Haushalt gestellt worden ist, reicht es immer noch nicht. Die Kürzung der Behindertenhilfe ist immer noch nicht zurückgenommen worden, sondern das musste die Regierungsfraktion mit dem sogenannten Spielgeld machen. Das ist ein Armutszeugnis, und es ist wirklich unglaublich, dass es nicht möglich ist, mit einem Volumen von 14 Milliarden Euro eine Kürzung von 2 Milliarden Euro bei der Behindertenhilfe zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

30 Millionen Euro Spielgeld versus ein Volumen von fast 50 Milliarden Euro. Anders ausgedrückt, liebe CSU-Fraktion: Sie geben sich mit 30 Millionen zufrieden, obwohl es Ihr Königsrecht erlauben würde, obwohl es Ihr Gestaltungsspielraum wäre, über fast 50 Milliarden Euro zu verfügen. Machen Sie von diesem Recht Gebrauch, und machen Sie mit uns den Haushalt endlich nachhaltiger und auch etwas generationengerechter! Lassen Sie die Spielchen der Minister nicht zu, bei denen es offenkundig und vornehmlich darum geht, wer Seehofer beerben kann und wird.Keine Profilierung, keine Show mit Steuergeldern zulasten des Haushaltes! Wir als Haushälterinnen und Haushälter, wir als Parlament sind dazu aufgerufen, sparsam mit den Ressourcen umzugehen, die wir aus den Steuergeldern haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Show und nochmals Show – es ist heute auch schon vom Herrn Kollegen Pohl angesprochen worden. Wie sieht es denn mit der Schuldentilgung aus? - Bis zum Jahr 2030 ist Bayern schuldenfrei, ist einst vom Herrn Ministerpräsidenten als Slogan ausgegeben worden. Es ist immer noch ein dünner, ein ganz dünner Slogan, ohne Unterfütterung, ohne Tilgungsplan. Alles Fehlanzeige.

Schuldenfrei, die Tilgung von 20 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 – war da noch etwas? - Ach, die Schulden von der Landesbank hat man tatsächlich vergessen, wenn man von der Schuldenfreiheit redet. Wie kann das eigentlich passieren, wenn der Herr Ministerpräsident – Herr Kollege Halbleib hat es auch schon angesprochen – wieder vor neuen Risiken warnt, die durch die Landesbank entstehen könnten? - Statt der geplanten Rückzahlung an die Staatskasse muss eventuell wieder Geld für die Landesbank aus dem Haushalt fließen. Mit dem Nachtragshaushalt kommt auf jeden Fall nicht wie geplant das Geld, und das im zweiten Jahr nach dem Beschluss der EU-Kommission.

Schuldenfrei bis 2030 will man sein, und was macht man? - Dieses Jahr werden 500 Millionen Euro an Schulden getilgt, doch gleichzeitig nimmt man über 750 Millionen Euro aus der Rücklage, um die Lücke zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu schließen. Wie bitte? – Also nochmal: Auf der einen Seite lasse ich mich feiern und mache daraus eine Show, dass ich 500 Millionen Euro an Schulden tilge, auf der anderen Seite nehme ich 750 Millionen Euro aus der Rücklage, um die Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben zu schließen. Solide und nachhaltige Haushaltspolitik sieht anders aus. Unser aller Ziel muss es sein, dass Ausgaben und Einnahmen deckungsgleich sind, gerade in diesen wirtschaftlich florierenden Zeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Haushalt wird zum ersten Mal der neue Zuschnitt der Ministerien abgebildet. Dabei gibt es einiges sehr Bedenkliches zu entdecken. Bei der Haushaltsaufstellung wird innerhalb der Staatsregierung lange zwischen den Ministerien verhandelt.

Der Finanzminister sollte dabei kontrollieren, als Wächter des Geldes fungieren und die Rolle des Kassenwarts haben, der das Geld zusammenhält und für eine sparsame Haushaltsführung sorgt. Doch was passiert hier? Der Heimatminister Söder will vom Finanzminister Söder Geld, und zwar recht viel. Es geht immerhin um die wichtige Aufgabe, endlich für gleichwertige Verhältnisse in Bayern zu sorgen, endlich den Breitbandausbau voranzutreiben. Auch wir wollen den Breitbandausbau vorantreiben und haben ihn schon lange gefordert. Es geht nicht, dass der Heimatminister mit dem Finanzminister verhandelt und dass sich, wenn sich die beiden geeinigt haben, der Bezirkschef Söder freut.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die neue Ressortverteilung der Staatsregierung unterläuft das Prinzip, dass der Finanzminister der Wächter des Geldes ist. Neben der Schlösserverwaltung und der Vermessungsverwaltung, die ohnehin schon dem Finanzministerium zugeordnet sind, kommen jetzt noch die Landesentwicklung mit dem Breitbandausbau und die regionale Wirtschaftsförderung dazu. Anreize zur sparsamen Haushaltsführung sind damit obsolet.

Wie sieht es eigentlich mit den unvorhergesehenen Ausgaben im Haushaltsvollzug aus? - Auch diese kann sich der Herr Heimatminister Söder vom Herrn Finanzminister Söder genehmigen lassen. Diese bedenkliche Entwicklung sollte durch eine verstärkte Kontrolle durch das Parlament ausgeglichen werden. Dabei setze ich auf das Prinzip Hoffnung. Ich hoffe, dass der Haushaltsausschuss seine Aufgabe ernst nimmt und im Ausschuss nicht zu viel von Vertrauen spricht, sondern seine Kontrollaufgabe ernst nimmt. Wenn man die einzelnen Haushalte der Ministerien durchforstet, findet man weiteres recht Fragwürdiges. Das Wirtschaftsministerium ist ja inzwischen, wie in den Medien viel beschrieben wurde, kein Superministerium mehr, sondern es wurde im Gegenteil ausgehöhlt. Wichtige Aufgaben wurden ihm genommen: Die Infrastruktur mit der Zuständigkeit für Straßen wurde ins Innenministerium verlagert, die Landesent-

wicklung und die regionale Wirtschaftsförderung wurden in das Finanzministerium verlagert.

Doch was passiert im Wirtschaftsministerium? - Es leistet sich jetzt, nachdem wichtige Bereiche anderen zugeordnet wurden, zwei Amtschefs. Offiziell heißt einer Amtschef, der andere darf sich nur Ministerialdirektor nennen. Doch worauf es ankommt, ist die Besoldung, und beide werden nach B 9 bezahlt. Der eine hat sieben Abteilungen unter sich, der andere nur drei. Von den drei Abteilungen befasst sich eine mit Energiepolitik, die andere mit erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien haben offensichtlich nichts mit Energiepolitik zu tun. Was soll das? Das ist Geldverschwendung. Da könnten Sie sparen. Tun Sie es auch endlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Steuern sprudeln, die Einnahmeseite sieht gut aus, das Volumen des Haushalts wächst und wächst. Aber der Haushalt ist weder nachhaltig, da nichts für die Vorsorge, nicht genug für den Gebäudeunterhalt und vor allem nicht genug für die wichtigen Felder wie Klimaschutz getan wird, noch ist der Haushalt gerecht; ich nenne die Stichworte Behindertenhilfe und Investitionen für alte Menschen. Auch hier sieht der Nachtragshaushalt nichts vor.

Herr Finanzminister, noch ein Wort zum Länderfinanzausgleich. Das klang heute schon wieder recht anders. Hier standen Sie, haben gesagt, wir klagen und sind stolz darauf. In der Zeitung war die Rede davon, dass wir alle zusammen daran arbeiten sollen, dass sich der Länderfinanzausgleich ändert. Sehr gerne! Wir haben hier jedes Mal betont: Auch wir wollen, dass der Länderfinanzausgleich geändert wird. Man kann sich vielleicht darüber streiten, wer das hier zuerst gefordert hat, die SPD oder die GRÜNEN mit einem Gutachten. Aber das lasse ich jetzt. Wir alle können an einem Strang ziehen. Aber dann müssen Sie erstens die Klage zurückziehen, weil man so nicht mit anderen Bundesländern verhandelt. Man verhandelt auf Augenhöhe. Wenn Sie zweitens Ideen und Forderungen haben, dann bitte schön auf dem Boden des

Grundgesetzes. Eine Maximalforderung von einer Zahlung, die Sie immer wieder hier einbringen, ist keineswegs mit dem Grundgesetz vereinbar. Wir haben heute von Ihnen gehört, die Ratingagentur Moody's ist uns wichtig. Da kann ich nur sagen: Uns sind die Menschen und die Bürger wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich habe eine Bitte für die anstehenden Beratungen im Ausschuss: Verschonen Sie mich und andere Ausschusskollegen, denen an realen Zahlen gelegen ist, mit Ihrer Mär vom ausgeglichenen Haushalt. Mit einem Finanzierungssaldo, der in Zeiten sprudelnder Steuern sogar noch zunimmt, ist kein Haushalt ausgeglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns im Ausschuss ordentliche und realistische Arbeit machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Peter Winter. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayern steht in Deutschland für solide und wegweisende Finanzpolitik, auch wenn die Opposition das vehement bestreitet, manchmal sogar mit obskuren Zahlenwerken – das ist eben so. Wir verdanken das vor allem unseren Steuerzahlern hier in Bayern. Deshalb möchte ich den Steuerzahlern in Bayern dafür danken, dass das so ist.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir waren im Jahr 2006 Vorreiter mit unserem Haushalt ohne neue Schulden. Wir waren im Jahr 2012 – ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören – Vorreiter mit unserem Einstieg in den vollständigen Schuldenabbau. Unser Verschuldungsverbot in der

Bayerischen Haushaltsordnung war im Übrigen das Vorbild für die Schuldenbremse im Grundgesetz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwischenzeitlich haben Sie 10 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen!)

Im September 2013 haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger der Verankerung der Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung mit großer Mehrheit zugestimmt. 88,6 %, das sind über 4,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger sagen Ja zum Haushalt ohne neue Schulden. Das zeigt, dass unser Weg das Vertrauen und den Zuspruch der bayerischen Bevölkerung genießt. Wenn wir aus den Rücklagen, die derzeit bei 3 Milliarden Euro liegen, z. B. für den Hochwasserschutz etwas entnehmen – es handelt sich dabei um Anträge, die auch im Haushaltsausschuss behandelt wurden -, dann haben wir das dort vorausschauend vorher angespart.Wenn ich einen Betrag von meinem Sparbuch nehme, verschulde ich mich nicht, sondern ich investiere in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern stimmen auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Eindrucksvoll belegen die aktuellen Wirtschaftsdaten das erfolgreiche Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Beim mittelfristigen Wirtschaftswachstum von 2008 bis 2012 ist Bayern bundesweiter Spitzenreiter. Das kommt nicht von allein. In Bayern ist das Bruttoinlandsprodukt trotz der weltweiten Einbrüche in den Jahren 2008 und 2009 um 6 % gestiegen.

Die guten Wirtschaftsdaten spiegeln sich auch in den aktuellen Arbeitsmarktzahlen wider. Der bayerische Arbeitsmarkt ist in Bestform. Bayern hatte im Jahresdurchschnitt 2013 mit 3,8 % die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Auch bei der Erwerbstätigenquote stand Bayern mit 76,2 % mit Abstand an der Spitze aller Bundesländer. In vielen Landesteilen herrscht Vollbeschäftigung. Bayern ist nicht nur Gründerland Nummer eins, sondern auch bei den Innovationen spitze. Die Patent-

anmeldungen sind zwischen 2008 und 2012 um 6 % gestiegen. Die bayerische Wirtschaft ist stark, und die bayerischen Finanzen sind solide. Aktive Wirtschaftspolitik und solide Finanzpolitik sind die Grundlage unserer erfolgreichen Politik für die Menschen in Bayern.

Unser politisches Handeln folgt nicht kurzfristigen Rezepten, sondern einem langfristigen Plan. Von Abraham Lincoln stammt der Satz. "Wer im Leben kein Ziel hat, verläuft sich." Wir haben das langfristige Ziel, unseren Staatshaushalt von seiner Schuldenlast zu befreien, und wir haben einen Fahrplan dorthin. Wir wollen und werden bis zum Jahr 2030 als erstes Land in Deutschland unsere Schulden vollständig abbauen. Wir wollen unsere Kinder und Enkel von der heutigen Schuldenlast befreien. Wir werden in diesem Jahr wie geplant weitere 540 Millionen Euro von unseren Schulden zurückzahlen. Insgesamt liegen die Schulden seit 2012 bereits um 2,54 Milliarden Euro niedriger. Allein dadurch werden Bayern bis 2030 insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro an Schuldzinsen erspart. Langfristige Schuldentilgung statt kurzfristige Ausgabenstrohfeuer! - Zu Ausgabenstrohfeuern fühlen sich oft in erster Linie die Kolleginnen und Kollegen der Opposition berufen. Es fällt sehr leicht, mehr Geld für das politische Schaufenster oder, um mit den Worten von Frau Stamm zu sprechen, für eine Show zu fordern,

(Volkmar Halbleib (SPD): Für das Schaufenster ist der Finanzminister zuständig, nicht wir!)

wenn man sich keine Gedanken über die Finanzierung macht beziehungsweise machen muss.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Ich sage es Ihnen noch. – Lieber Herr Kollege Halbleib, Sie zünden Nebelkerzen und werfen der Staatsregierung den Aufbau einer versteckten Verschuldung vor. Offenbar fällt Ihnen leider nichts Besseres ein. Zu der Wahrheit, die Sie angesprochen haben - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Oberste Rechnungshof sagt das Gleiche!)

- Wissen Sie, wenn Sie von Ankäufen von CDs sprechen und wer weiß welche Geschichten darum stricken, erwidere ich Ihnen: Bayern hat den Ankauf von CDs mit 1,7 Millionen Euro unterstützt. Wenn Sie von der Steuerkraft Münchens sprechen, übersehen Sie ungewollt oder gewollt, dass zum Beispiel das Finanzamt München-Zentral 10,57 Milliarden Euro an Versicherungssteuer für die gesamte Bundesrepublik einnimmt. Auch das sollte man um der Wahrheit willen hinzufügen.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Wir haben nicht nur für die Festung Marienberg, sondern auch für das Schloss Aschaffenburg Baufreigaben für die Baumaßnahmen auf den Weg gebracht. Wir werden diese auch umsetzen. Das muss doch letztlich auch in Ihrer aller Sinn sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, so schnell wie möglich!)

Ich habe noch ein Problem, Herr Kollege Halbleib. In einer Pressekonferenz antworten Sie als verantwortlicher Finanzpolitiker der SPD auf die Frage, dass es nicht Ihre Aufgabe sei, Deckungsvorschläge zu machen. Das ist schwach. Das muss ich Ihnen so sagen.

(Widerspruch bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe immer Deckungsvorschläge gemacht!)

Wir werden uns im Haushaltsausschuss darüber unterhalten, wo Sie meinen, dass bei der Feuerwehr gekürzt wurde. Ich sehe das jedenfalls nicht. Ich sehe, dass die Feuerschutzsteuer zurückgeht. Wo Sie meinen, dass Kürzungen gemacht wurden, das müssen Sie uns noch sagen. Darauf werden wir zurückkommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fünf Millionen Euro sind gekürzt worden!)

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn wir all Ihren Anträgen zugestimmt hätten, die Sie im Laufe der Jahre im Haushaltsausschuss gestellt haben, hätte Bayern nicht nur eine

versteckte Verschuldung. So belaufen sich alleine die Mehrforderungen der SPD zum Haushalt seit dem Beginn der Aufzeichnungen hierüber im Jahr 1979 auf rund 33,5 Milliarden Euro zusätzlich, ohne Zinsen und Zinseszinsen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Blöder geht es nicht mehr!)

- Ich weiß ja, dass das wehtut, aber das müssen Sie sich anhören. Das ist die Wahrheit. Dazu gibt es den Gegenpart in Nordrhein-Westfalen. Daran erkennen wir, wie es in Bayern aussehen würde, wenn Sie hier etwas zu sagen hätten.

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit habe ich mich nur auf die SPD-Anträge zu den Haushaltsberatungen bezogen. Gestern haben wir im Haushaltsausschuss über einen Antrag von Ihnen beraten. Aufgrund dessen schätze ich, Sie wollen für die Kommunen rund 1,2 Milliarden Euro aufwenden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gut investiertes Geld!)

Woher nehmen Sie dieses Geld denn? Ich verstehe nicht, dass Sie ein Drama um den Haushalt machen und ihn schlechtreden, aber ungehemmt Geld fordern, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll. Sie nennen Ihren Antrag: "Kommunen stärken! Bayern stärken! Zukunft sichern!" Sie aber würden mit der Finanzpolitik, die Sie an den Tag legen, nach meiner Auffassung den Freistaat schwächen. Zur angeblich nachhaltigen Finanzpolitik der SPD muss ich feststellen: Per Saldo hätte Bayern eine um über 30 Milliarden höhere Verschuldung, wenn wir allen Anträgen der SPD zugestimmt hätten. Dann wäre unser Staatshaushalt jetzt mit Zinsausgaben von jährlich rund einer Milliarde Euro zusätzlich belastet. Diese SPD-Milliarde haben wir Bayern erspart. Das ist nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik, lieber Herr Kollege Halbleib, und nicht das Schwadronieren von einer nicht messbaren versteckten Verschuldung.

Die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER stehen Ihnen wirklich in nichts nach. Alleine die Anträge der GRÜNEN zum Doppelhaushalt 2013/2014 hätten zu Mehrausgaben für Bayern in Höhe von insgesamt 900 Millionen Euro geführt. Die FREIEN WÄHLER hätten uns allein in zwei Haushaltsjahren sogar insgesamt über 2,5 Milliarden Euro mehr gekostet, hätten wir deren Anträgen nachgegeben. Es scheint so, als wollte der Rest der Opposition die SPD noch auf der Mehrausgabenautobahn überholen. Beruhigend für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger aber ist, dass wir dafür sorgen, dass Sie mit Ihren schlicht nicht finanzierbaren Mehrforderungen jedenfalls hier im Bayerischen Landtag Geisterfahrer bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir dagegen fahren in die richtige Richtung zur Schuldenfreiheit Bayerns ab dem Jahr 2031. Damit ersparen wir dem Freistaat Bayern fast eine Milliarde Euro an Zinsausgaben, und zwar Jahr für Jahr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist dann die CSU-Milliarde. Ich frage Sie: Welche Milliarde werden unsere Kinder und Enkelkinder letztlich für besser und gerechter halten?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 10 Milliarden, Herr Kollege!)

Sich ständig überbietende Ausgabenwünsche können und werden wir nicht erfüllen. Wir werden und müssen weiter die richtigen Prioritäten für nachhaltiges Wachstum und langfristige Konsolidierung setzen. Ohne solide Finanzen wird jeder Staat über kurz oder lang finanzpolitischen Schiffbruch erleiden. Durch den konsequenten Schuldenabbau können wir unsere finanzpolitische Ausnahmestellung in Deutschland noch ausbauen.Wir haben in Bayern schon jetzt die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, wie Herr Staatsminister Dr. Söder dargelegt hat.

Mit dem Schuldenabbau können wir unseren Gestaltungsvorsprung weiter ausbauen. So verschaffen wir uns einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil. In der Regel gilt: Je niedriger die Zinslastquote, desto höher die Investitionsquote. So hat der Freistaat Bayern mit 1,8 % im Vergleich mit den Flächenländern West mit großem Abstand die

niedrigste Zinslastquote, mit 12,1 % aber gleichzeitig die höchste Investitionsquote. Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören, aber zum Vergleich dazu nenne ich das grün-rot regierte Baden-Württemberg. Dort liegt die Zinslastquote bei 4,2 % und die Investitionsquote bei 9,8 %. Hätten wir dieselbe Zinslastquote wie Baden-Württemberg, müssten wir jedes Jahr über eine Milliarde Euro mehr für Schuldzinsen ausgeben. Bayern hat bereits jetzt einen sehr hohen Investitionsvorsprung. Damit stärken wir die Wirtschaft und schaffen die Grundlage für neue Arbeitsplätze.

Herr Kollege Halbleib und Frau Kollegin Stamm sehen die jährlichen Zuführungen an den Pensionsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro als unzureichend an. Dabei übersehen sie aber, dass wir mit dem Schuldenabbau bis 2030 und dem Pensionsfonds ein Gesamtkonzept vorlegen. Der bayerische Pensionsfonds hatte Ende 2013 schon einen Stand von rund 1,86 Milliarden Euro. Wir sparen uns Jahr für Jahr eine Milliarde Schuldzinsen bei Schuldenfreiheit ab dem Jahr 2031. Dies hilft uns zusätzlich bei der Finanzierung der Pensionszahlungen, über die wir uns im Grunde einig sind. In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, was nachhaltiger und generationengerechter ist: der Aufbau eines Pensionsfonds, der nach Entnahme des Kapitals erschöpft ist, oder ein schuldenfreies Bayern, das Jahr für Jahr rund eine Milliarde Euro mehr ausgeben kann. Wollen Sie einen Eimer Wasser, der nur einmal geleert werden kann, oder einen Brunnen, aus dem man schöpfen kann?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein ewiger Quell!)

Herr Kollege Bachhuber hat klar und deutlich dargelegt, dass wir unsere Schulden auch nicht auf Kosten der Kommunen abbauen. Wir stärken unsere Kommunen als zentrales Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten. Wir stellen unseren Kommunen über 8 Milliarden Euro im kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung. Durch diese erneuten Verbesserungen haben unsere Kommunen mehr Freiheit, auf die strukturellen und demografischen Herausforderungen zu reagieren.

Das bereinigte Ausgabenvolumen des Nachtragshaushalts 2014 steigt im Regierungsentwurf von bisher 48,45 Milliarden Euro auf 49,62 Milliarden Euro an. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr 2013 von 2,8 % auf 5,3 %. Auch im Jahr 2014 erreichen wir einen Haushalt ohne neue Schulden, im allgemeinen Haushalt sogar zum neunten Mal in Folge. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 stärken wir darüber hinaus die Haushaltssicherungsrücklage. Damit sichern wir insbesondere die weitere Schuldentilgung im Doppelhaushalt 2015/2016 ab. Erst der Schuldenabbau macht unseren Haushalt generationengerecht.

Der zweite Nachtragshaushalt 2014 ist aber vor allem ein Haushalt der Notwendigkeiten. Rund zwei Drittel der gesamten Zuwächse gehen auf drei Positionen zurück: Die Veranschlagung der Hochwasserhilfen, ein gemeinsames Anliegen des Hohen Hauses, die Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich, die am meisten wehtun, und die Mehrausgaben für das Asyl von rund 180 Millionen Euro. Damit stehen über 780 Millionen Euro Ausgabensteigerung im Zeichen der Solidarität.

Traditionell wird im Nachtragshaushalt der Stellenplan nicht allgemein geöffnet. Der zweite Nachtrag beschränkt sich daher auf weitere Stellenverbesserungen in Schwerpunktbereichen, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht. So sollen der Hochwasserschutz, die Justiz und die Finanzverwaltung gestärkt werden. Vielleicht sollte man sich einmal zu Gemüte führen, dass aktuell 2.000 Anwärter in Ausbildung stehen. Dies sollte einmal anerkannt und zur Kenntnis genommen werden.

Daneben wollen wir in Bayern auch die Bildung weiter verbessern. Die Bildung hat in unserer Landespolitik einen besonderen Stellenwert. Nach einer am 13. März 2014 veröffentlichten Statistik des Statistischen Bundesamtes gibt Bayern mehr für Schüler aus als die meisten anderen Länder der Bundesrepublik. Bayern ist in der Statistik zusammen mit Hessen das Land mit den höchsten Bildungsausgaben für Schüler unter den westlichen Flächenländern. Wir geben mehr als jeden dritten Euro unseres Haushalts für den Bildungsbereich aus. Für 2014 sind allein 17,2 Milliarden Euro für die Bildung vorgesehen. In den Schulen haben wir jetzt ein weiteres bildungspolitisches Aus-

rufezeichen gesetzt: Wir haben die Garantie abgegeben, dass alle Lehrerstellen trotz der auch in Bayern sinkenden Schülerzahlen in dieser Legislaturperiode im Schulbereich bestehen bleiben. Damit werden unsere Investitionen je Schüler weiter steigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt unseres Regierungsentwurfs zum zweiten Nachtragshaushalt 2014 ist die Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsrunde im Jahr 2014. Bayerns hervorragende Verwaltung lebt von der Qualität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind für eine faire Bezahlung der bayerischen Beamtinnen und Beamten. Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder wurde in Bayern zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen. Damit trat letztes Jahr rückwirkend zum 1. Januar 2013 eine Erhöhung der Entgelte um 2,65 % ein, und in diesem Jahr eine weitere Erhöhung um 2,95 % ab dem 1. Januar 2014. Im Regierungsentwurf des zweiten Nachtragshaushalts 2014 wird diese Erhöhung ausfinanziert und ebenfalls abgesichert.

Die richtige Schwerpunktsetzung der Regierungsfraktion zeigt sich auch im Regierungsentwurf zum zweiten Nachtragshaushalt 2014. Zahlreiche Punkte, die die CSU beim Doppelhaushalt 2013/2014 eingebracht hatte, wurden von der Staatsregierung in den Entwurf zum zweiten Nachtragshaushalt 2014 übernommen. Dies betrifft insbesondere die Sportförderung, die Unterstützung der Jugendarbeit, die Realisierung des elektronischen Rechtsverkehrs und die Familienpflege.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, werfen Sie bitte einen Blick auf die Uhr. Sie haben bereits die Überziehungszeit des Herrn Kollegen Halbleib erreicht.

Peter Winter (CSU): Okay. Ich kündige an, dass wir als CSU-Fraktion besonderes Augenmerk auf die Infrastruktur, die digitale Bildung und die Unterstützung der Energiewende richten werden. Wir werden unsere Feuerwehr und unsere Polizei verstärken. Das habe ich bereits in der letzten Sitzung gesagt. Wir werden im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass die Finanzen in Bayern geordnet bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Winter, Sie dürfen am Rednerpult verbleiben. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, die erste von Frau Kollegin Claudia Stamm und die zweite von Herrn Kollegen Halbleib. Bitte, Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Winter, ganz kurz: Es ist ganz normal, dass Flächenländer ein Drittel ihres Geldes für die Bildung ausgeben. Bayern tut hier nichts Besonderes. Es ist im Schnitt dessen, was Flächenländer tun. Wir sind froh, dass es so ist.

Sie haben außerdem davon gesprochen, dass Bayern seine Beamtinnen und Beamten hervorragend versorge. Wenn man aber davon ausgeht, dass im Jahr 2030 7 Milliarden Euro Pensionsleistungen fließen müssen, um die Beamtinnen und Beamten zu versorgen, weiß man, dass das kein laufender Haushalt leisten kann. Wir haben bereits jetzt einen Finanzierungssaldo von 1,3 Milliarden Euro in dem sogenannten Versorgungsfonds bzw. Pensionsfonds. Wenn Sie dem gefolgt wären, was Sie mal beschlossen haben, - - Ihr Pensionsfonds hat aber nur zwei Jahre gehalten.Dann möchte ich – deswegen hatte ich mich eigentlich gemeldet – die 900 Millionen Euro Mehrausgaben für den Doppelhaushalt ansprechen. Das ist noch so eine Mär. Kollege Georg Schmid hat sie in der letzten Legislaturperiode schon immer wieder verbreitet. Auch wenn ich geredet habe, hat er dazwischen gequatscht und gerufen, dass unsere Anträge so viel kosten würden.

(Zurufe von der CSU)

- Entschuldigung, wenn man redet und jemand von dort ruft, kann man auch "dazwischen gequatscht" sagen.

(Peter Winter (CSU): Machen Sie das nicht?)

Auf jeden Fall ist das nicht wahr. Sie haben vielleicht unsere Streichungs-, Umschichtungs- und Kürzungsanträge nicht berücksichtigt. Wir können uns gerne noch einmal

zusammensetzen. Dann zeige ich Ihnen, dass es keine 900 Millionen Euro waren. Die Beträge lagen im zweistelligen Bereich. Das können wir gerne machen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Peter Winter (CSU): Dass Sie alles kleinreden, obwohl Sie unsere Aussagen anerkennen, ist Ihr Problem. Ich sage Ihnen: Laut Statistik liegen Hessen und Bayern bei den Ausgaben pro Schüler an der Spitze der Bundesländer. Das finde ich gut so. Darin sind wir uns letztendlich auch einig.

Frau Kollegin Stamm, wenn ich nicht immer wieder die Sirene aus der GRÜNEN-Fraktion gehört hätte, würde ich das "Quatschen" so stehenlassen. Sie sollten aber einmal in den Spiegel schauen. Dann sehen Sie, was bei Ihnen abgeht. Das wollte ich schon noch einmal festgehalten haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich bleibe dabei, dass Sie hin und wieder Anträge stellen und dabei auch Deckungsvorschläge machen. Im Großen und Ganzen liefern Sie sich aber in der Opposition einen Wettbewerb darin, wer das meiste Geld ausgibt, ohne dass Sie dafür Sorge tragen, wie der Ausgleich erfolgt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt Herr Kollege Halbleib zur Zwischenbemerkung.

Volkmar Halbleib (SPD): Nach der halb unterfränkischen Zwischenbemerkung eine ganz unterfränkische. Ein paar Punkte sollten Sie bitte schon zur Kenntnis nehmen. Zunächst einmal beruhigt es mich, dass Sie bei der dramatischen Schilderung des haushaltspolitischen Vorgehens der SPD-Landtagsfraktion in diesem Hause bis auf das Jahr 1979 zurückgehen müssen. Das ist 35 Jahre her. Damals war ich fünfzehn Jahre alt.

(Peter Winter (CSU): Jedes Jahr eine Milliarde!)

Wenn Sie so viel Zeit brauchen, um sich mit unserer Haushaltspolitik insbesondere der letzten Jahre zu befassen, kann es so dramatisch nicht sein. Wir haben immer Deckungsvorschläge gemacht. Das wissen Sie auch. Das ist auch dokumentiert. Das können wir uns schenken. Wer 1979 erwähnt, zeigt, dass es nicht so dramatisch sein kann.

Der zweite Punkt: Sie können uns vorwerfen, was Sie wollen. Die versteckte Verschuldung thematisiert der Oberste Rechnungshof mit beinharter Prägnanz. Er sagt, 350 Millionen Euro würden pro Jahr zu wenig für den Gebäudeunterhalt ausgegeben. Der Sanierungsstau bei den Staatsstraßen macht im Augenblick 700 Millionen Euro aus. Das sind keine Feststellungen der bösen SPD, der bösen GRÜNEN oder der bösen FREIEN WÄHLER, sondern es sind Feststellungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Auch das sollten Sie zumindest zur Kenntnis nehmen.

Der dritte Punkt: Sie können immer über Verschuldung reden, aber Sie sollten immer dazusagen, dass diesem Haushalt in den letzten Jahren 10 Milliarden Euro neue Schulden hinzugefügt worden sind. Den Pensionsfonds kann man unterschiedlich sehen – das räume ich finanzpolitisch sogar ein -, aber der Hauptvorwurf dabei lautet, dass die Mittel, die durch die drastische Reduzierung frei geworden sind, nicht für die Schuldentilgung verwendet werden. Wer die Finanzplanung des Finanzministers anschaut, erkennt dies. Genau dieses Szenario haben wir erkannt. Die Mittel bleiben dann frei verfügbar. Die Kontrolle, ob sie tatsächlich in die Schuldentilgung fließen, ist nicht mehr möglich. Das war unser Vorwurf.

Zu den Begründungen für Änderungsanträge: Ich will nicht auf die 350 Millionen Euro eingehen, die Sie immer an Zinsen für die Landesbank ausweisen müssen. Das wäre ein wunderbarer Betrag, mit dem man viel finanzieren könnte. Ich denke nur an die ordnungsgemäße Ausstattung der Finanzämter. Das würde mehr Geld bringen. Da brauchen Sie sich um die Refinanzierungsvorschläge der SPD-Landtagsfraktion keine Sorgen zu machen. - Ich habe die Geste der Präsidentin verstanden. Über das Weitere werden wir uns im Haushaltsausschuss austauschen.

Präsidentin Barbara Stamm: Ich habe Ihnen schon wieder mehr Zeit gegeben. Herr Kollege Winter, bitte.

Peter Winter (CSU): Wir werden natürlich in aller Freundschaft über diese Themen sprechen, weil wir uns im Haushaltsausschuss immer ganz gut austauschen. Bei der Rückschau auf das Jahr 1979 war aber nun einmal zu sehen, dass Sie jedes Jahr fast eine Milliarde mehr gefordert haben. Das hat die Diskussion schon spannend gemacht. Das erinnert mich auch ein bisschen an Nordrhein-Westfalen. Die machen das regelmäßig. Und dahin gibt es Verbindungen.

Beim Bauunterhalt müssen Sie auf die Betrachtungen des ORH eingehen. Wir sehen es anders. Wir investieren jedes Jahr rund 200 Millionen Euro in die Bausubstanz. Wir machen energetische Sanierungen, wir achten auch bei den Neubauten darauf, dass alles funktioniert. Wir haben auf Initiative der Fraktion immer in die Staatsstraßen investiert. Gerade in den letzten Jahren – dafür bin ich der Obersten Baubehörde und dem Innenministerium sehr dankbar – sind wir einen riesigen Schritt vorangekommen. Wir werden daran weiter arbeiten und alles daran setzen, dass diese Maßnahmen abfinanziert werden. Ich möchte noch einmal sagen: Andere Länder wären glücklich, wenn sie so arbeiten könnten wie wir. Eine Investitionsquote von 12,1 % kommt zum einen den Bürgerinnen und Bürgern, zum anderen aber auch der heimischen Wirtschaft zugute. Ansonsten freue ich mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ganz meinerseits!)

Präsidentin Barbara Stamm: Es geht weiter in der Debatte. Für die FREIEN WÄHLER hat der Kollege Muthmann jetzt das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatsminister hat eingangs eine Bewertung des Gesamthaushalts und der vorgelegten Zahlen abgegeben und davon gesprochen, dass wir ruhig schlafen könnten. Auch der Begriff der Finanzpoesie ist gefallen. Ein bisschen verträumt war die Rede insgesamt, wie ich fand. Natürlich muss über das Zah-

lenwerk und die Gesamtkomposition des Haushalts gesprochen werden. Zum anderen muss aber auch geklärt werden, welche Schwerpunkte und Inhalte der Politik mit diesem Haushalt zum Ausdruck gebracht werden. Ergänzend zu dem, was Kollege Pohl gesagt hat, will ich nur noch auf zwei Aspekte eingehen, nämlich auf die Bildungspolitik und auf die Regional- und Wirtschaftspolitik.

Zunächst will ich aber eine Vorbemerkung machen. Ihren Einstieg in Ihre neue Verantwortung als Heimatminister aus der schon bestehenden Verantwortung als Finanzministers heraus haben wir mit zwei Erwartungen verbunden. Erstens hatten wir erwartet, dass bei der Frage, wo das Heimatministerium untergebracht werden soll, eine sparsame Lösung gesucht wird. Zweitens haben wir eine Lösung erwartet, mit der die Themen Heimat, ländlicher Raum und gleichwertige Lebensbedingungen berücksichtigt werden. Beide Erwartungen wären mit einem Ministerium in Wunsiedel, in Waldmünchen, in Regen oder in Grafenau sehr viel besser erfüllt worden. Dort hätte man nicht 80.000 Euro Miete im Monat, sondern vielleicht nur 8.000 Euro zu zahlen gehabt. Der ländliche Raum hätte darüber hinaus ein ermutigendes und kraftvolles Zeichen erhalten. Beides ist nicht geschehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum 1. Januar 2014 ist bekanntermaßen eine ganze Reihe von Verfassungsänderungen in Kraft getreten. Dazu gehören die Themen gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit in ganz Bayern in besonderer Weise. Wir haben schon erwartet, dass diese Themen bei einem ersten Nachsteuern im Haushalt in besonderer Weise berücksichtigt werden. Nichts davon haben wir heute zu hören bekommen. Ich kündige an, dass wir bei den weiteren Beratungen deutlich machen werden, dass uns das, was zu den Themen Strukturpolitik, Wirtschaftsförderung, Behördenverlagerung und natürlich Infrastruktur im Großen und Ganzen gesagt wird, nicht genug ist. Kollege Halbleib hat die versteckten Schulden in der Infrastruktur angesprochen. Die Versäumnisse hierbei wollen wir insgesamt aufholen. Auch das Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen wollen wir in besonderer Weise berücksichtigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Versorgung mit Breitband ist in finanzieller Hinsicht im Großen und Ganzen auskömmlich gestaltet. Bis dato waren dafür 500 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Zur Auszahlung ist aber gerade einmal eine Million gekommen. Das macht deutlich, dass hier zu wenig Kraft und zu wenig Effizienz dahinterstecken. Sie haben sich auf den Weg gemacht, die Versorgung ein Stück weit zu verbessern. Wir warten auf Entscheidungen aus Brüssel und werden sehen, was im Laufe dieses Jahres wirksam wird.Zuletzt sind nicht allein die Zahlen im Haushalt entscheidend. Entscheidend ist an dieser Stelle – das hat Helmut Kohl gesagt –, was hinten herauskommt. Was kommt bei den Menschen an?

Gleiches gilt für die Bildungspolitik. Wie wirksam sind wir dort? Es reicht nicht aus, wenn ein Drittel des Haushalts für Bildung zur Verfügung steht. Wir müssen – das hätte ich an dieser Stelle erwartet – konkrete Ziele für die Zukunft formulieren: Wie sieht es mit den Planungen zur Ganztagsbetreuung aus? Werden die Schulen im ländlichen Raum erhalten und weiterentwickelt? Wie entwickeln sich die Klassengrößen? Diese Fragen sollten jenseits von G 8 und G 9 gestellt werden. Darüber wird im Laufe des Jahres eine Entscheidung fallen. Die organisatorischen Fragen garantieren nicht die Qualität in der Bildungsarbeit. Die Lehrerinnen und Lehrer sollten, egal in welcher Schule sie arbeiten, ausreichend Zeit für qualitätvolle Arbeit haben. Deshalb muss die Bildungspolitik stärker in Personalpolitik münden, als das bislang der Fall war.

Das von Herrn Kollegen Pohl Gesagte kann ich nur ergänzen. Wir nehmen mit unseren Anträgen auf das Zahlenwerk Bezug und sorgen dafür, dass das Thema gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern ab dem 1. Januar 2014 nicht nur Verfassungspoesie bleibt. Stattdessen soll das Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in konkrete Umsetzungsschritte münden. Gleiches gilt für eine weitere Verbesserung der Bildungsarbeit. Ich mag nicht bestreiten, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern ordentlich unterwegs sind. Der Feind des Guten ist jedoch das Bessere.

Dem müssen wir uns stellen. Das gilt für das allgemeine Zahlenwerk im Haushalt, aber auch für die Bildungsarbeit und die gleichwertigen Lebensbedingungen in Bayern. Das werden wir im Rahmen unserer ergänzenden Anträge zum Nachtragshaushalt unter Beweis stellen. Ich bitte, diese zu unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Jetzt bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Söder um eine Zusammenfassung.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe noch einige Anmerkungen. Ich habe genau zugehört. - Lieber Herr Halbleib, Sie haben andere mit den Worten "arrogant und ignorant" angegriffen, bevor eine Sachdebatte stattgefunden hat. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das war keine schlechte Rede, sondern ein peinlicher Einstieg, den Sie an dieser Stelle geliefert haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das war der beste Beleg für meine Aussage!)

Letztes Jahr hat Herr Ude gesagt, der Finanzminister der Zukunft, der Mann, den die Franken und Bayern als den besten Finanzpolitiker kennen würden, sei unser Freund Halbleib. Das hat nicht stattgefunden. Meine Damen und Herren, die Wähler haben richtig entschieden. Das kann ich an der Stelle noch einmal sagen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Danke für die Würdigung!)

Ihre Ausführung, die SPD habe die Welt gerettet, war etwas überzogen. Sie danken allen in Bayern. Nur die Mehrheit in diesem Haus und die Bayerische Staatsregierung werden bewusst ausgelassen, als ob sie gar nichts mit dem Erfolg zu tun hätten. Anscheinend haben wir gar nichts mit Bayern zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß nicht, ob Sie das viel besser gemacht hätten. Wir haben es gut gemacht. Das belegen die Zahlen.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Eigenlob stinkt!)

Ich habe genau zugehört. Sie haben gesagt, die Vergleichsländer zählten überhaupt nicht. Ich finde es in Ordnung, wenn man kritisiert. Die Wucht und die Dynamik einer Kritik ergibt sich jedoch auch aus der Relation zu anderen.

Sie reden von den Zuständen in Bayern. Ich nenne nur das Thema Straßen- und Gebäudesanierung. Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen fällt fast zusammen, weil nichts mehr investiert werden kann. In Bayern wird kräftig investiert. Das ist ein riesiger Unterschied. Bayern geht es gut und besser als den Ländern, in denen Sie als SPD Verantwortung tragen. Das sollten Sie akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm und Herr Halbleib, ich habe mich bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin bei einem Punkt doch durchgesetzt. In meiner Arbeitsgruppe war es die Hauptaufgabe, zu verhindern, dass die Deutschen, auch die Bayern mit einer Fülle von Steuererhöhungen überzogen werden. Zu Beginn der Verhandlungen sollte es bis zu 30 direkte oder indirekte Steuererhöhungen geben. Ich muss Ihnen eines sagen: In Zeiten von Rekordd-Steuereinnahmen ist es indiskutabel, immer wieder neue Steuererhöhungen zu fordern. Ein Staat muss endlich lernen, mit dem Geld, das er hat, auszukommen. Die Politik sollte nicht immer wieder Steuererhöhungen fordern.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, Ihr Argument, wir plünderten die Sparkonten der Kinder, ist der Hammer, wenn ich das sagen darf.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

- Genauso haben Sie es gesagt: Das sei, als würde man die Sparkonten der Kinder plündern. Man kann viel Kritik äußern. Dafür habe ich Verständnis. Meine Damen und Herren, wir plündern aber nicht etwa die Sparkonten der Kinder, sondern füllen die Konten Bayerns auf. Das ist doch die Realität. Wir schwächen Bayern nicht, sondern stärken Bayern. Darum geht diese Kritik grundlegend ins Leere.

(Beifall bei der CSU)

Zu vielen Einzelpunkten hat Herr Kollege Winter in hervorragender Weise das Richtige im Detail angemerkt. Er hat beispielsweise auch das Thema Marienberg klargestellt.

Zur Landesbank: Weder ich noch jemand anders hat gesagt, dass das Thema Landesbank keine Herausforderung bleibe. Im Gegenteil, die Altlasten, die wir haben, sind eine Herausforderung. Der Punkt ist folgender: Wir lamentieren nicht nur über Risiken. Wir stehen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange, sondern versuchen eine Strategie zu entwickeln, anstatt zu klagen und zu weinen. Ich und die überragende Mehrheit der Staatsregierung haben diese Dinge nicht verursacht. Wir haben mit den Altlasten nichts zu tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es waren immer die anderen!)

Im Interesse der Bayern – die Landesbank ist die Bank der Bayern – soll alles dafür getan werden, damit es besser wird. Bis auf den heutigen Tag habe ich von Ihnen kaum einen Vorschlag gehört, was gemacht werden soll. Machen Sie gute Vorschläge. Wir brauchen Strategien. Wir haben Strategien und können erfolgreich sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie hören nicht zu! Sie informieren das Parlament nicht!)

Risiken bleiben. Man braucht jedoch eine Strategie. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pohl, Sie erinnern an das Ende von Karthago. Herr Pohl hat eben zum Länderfinanzausgleich gesagt, er erinnere ihn an einen lateinischen Satz über Karthago. Dazu sage ich: Wenn es so käme, wäre es gut.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Vor 2019!)

- Es muss vor dem Jahr 2019 enden. Enden wird es auf jeden Fall. Die Frage ist, was wir erreichen. Neu ist das Zusammenlaufen der Endpunkte verschiedener Finanzierungsstränge, der Regionalisierungsmittel, des Solidaritätszuschlags und des Länderfinanzausgleichs. Neben der grundsätzlichen, verfassungsrechtlich fundierten Kritik zweier Bundesländer und der gefühlten Verärgerung in Baden-Württemberg, das sich nicht auszusprechen traut, was die Bevölkerung denkt und wünscht, gibt es noch ein politisches Interesse, mehrere Dinge zusammenzubringen, sodass sich die Chance nicht nur verfassungsrechtlich, sondern politisch fundamental erhöht hat, zu einer Lösung zu kommen. Das halte ich für eine kluge Strategie. Neben dem rechtlichen Vorgehen und der rechtlichen Argumentation erfolgt eine begleitende politische Lösung. Das hat man von uns gefordert. Das haben wir gemacht. Jetzt ist es Ihnen auch wieder nicht recht. Ich glaube, der Weg, den wir an dieser Stelle gehen, ist gut.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie das zu Ende führen, dann passt das!)

Frau Stamm, mir fällt immer wieder etwas auf. Man kann über alles reden, aber Sie greifen, egal zu welchem Thema, mit großer Wucht in Franken an. Ihnen ist es nie recht. Sie sind irgendwie für, aber auch irgendwie gegen die Festung Marienberg. Dasselbe gilt für das Heimatministerium. Immer wenn es um Franken geht, sind Sie dagegen. Geht es um das Finanzamt München, kann es Ihnen gar nicht schnell genug gehen, dass 200 Millionen Euro verbaut werden. Seien Sie doch etwas objektiver. Sie sollten überall entweder dafür oder dagegen sein. Ich weiß nicht, ob der einseitige Angriff auf Franken mit der Wahl in Ansbach zusammenhängt. Bitte seien Sie an dieser Stelle fair und ehrlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß nicht, ob das noch hält: Sie wiederholen, seitdem ich dieses Amt innehabe – das haben Sie auch schon vorher getan -, wir seien beim Thema Beamte und Finanzbeamte nicht stark genug aufgestellt. Ich finde, Sie hatten noch vor einiger Zeit viel bessere Argumente. Es stimmt, wir hatten einigen Aufholbedarf. Seit Beginn der letzten Legislaturperiode haben wir – und das setzen wir fort – fast 1.500 Stellen nachgelegt:

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt doch gar nicht!)

Steuerfahnder, Betriebsprüfer, innere Dienste im Finanzbereich. Der Bayerische Beamtenbund hat übrigens letztes Jahr – Sie erinnern sich, Sie waren dabei, es hat Ihnen, glaube ich, nicht sehr gefallen, aber es war eine schöne Veranstaltung – die Staatsregierung für ihr Engagement sogar ausdrücklich gelobt. Sogar die Finanzgewerkschaft, die zu Recht kritisch ist, hat die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtags für die richtigen Schritte gelobt. Wenn der Beamtenbund und die Finanzgewerkschaft anerkennen, dass wir uns deutlich verbessert haben, sollten Sie nicht mehr die Argumente aus der Vergangenheit bringen. Leben wir nicht im gestern, sondern machen wir die Augen auf für die Zukunft, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Wir geben uns sehr große Mühe, das nicht irgendwie oder halbwegs über die Bühne zu bringen, sondern der Ministerpräsident, die Öffentlichkeit und der Landtag verlangen von uns erstklassige Arbeit. Diesen Anspruch hat Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Anspruch und Wirklichkeit!)

Wir haben in Bayern Weltunternehmen und stehen mit unserer Tradition und Leistungsfähigkeit in vielen nationalen und internationalen Rankings an erster Stelle. Wenn Sie sich die "Focus"-Umfrage angeschaut haben, dann konnten Sie erkennen, dass bei allen Fragen bayerische Kommunen und Regionen mit an vorderster Stelle

rangieren. Selbst unsere strukturschwächeren Regionen sind im nationalen Verbund erste Liga. Wir geben uns sehr große Mühe, dieses Niveau zu halten. Das ist im Wettbewerb gar nicht so einfach.

Wir setzen die Schuldentilgung fort. Kollege Winter hat das angesprochen. Wir haben 2,54 Milliarden Euro getilgt, 11 % der allgemeinen Haushaltsschulden. Kein anderes Land hat das getan. Die Zinsquote geht nach unten, meine Damen und Herren, die Pro-Kopf-Verschuldung wird besser. Alle Daten sprechen dafür, dass wir den Haushalt souverän und seriös führen. Wir können rechnen, meine Damen und Herren. Nehmen Sie uns das bitte ab: Unser Ziel ist, Bayern zu entschulden, zu stärken und finanzpolitisch stark zu halten.

Ob man die Ratingagenturen mag oder nicht, sie entscheiden am Ende darüber, wie viele Zinsen man zahlt. Bei einem schlechten Rating werden Altschulden teurer. Insofern müssen wir alles dafür tun, um Bayern zu stärken und stabil zu halten. Der Landtag kann jetzt darüber entscheiden, ob wir diesen Weg fortsetzen. Wir empfehlen das und bedanken uns für eine seröse Beratung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Kolleginnen und Kollegen, gemäß § 148 der Geschäftsordnung sind die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1945 des HA vom 08.05.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.05.2014 **Drucksache 17/1959**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

   Drs. 17/**876**, 17/**1959**

   Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

   Drs. 17/**1681**, 17/**1959**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

   Drs. 17/**1685**, 17/**1959**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876) hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

   Drs. 17/**1686**, 17/**1959**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876) hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuersekretäre, Steuersekretärinnen

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD**

   Drs. 17/**1723**, 17/**1959**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u.a. SPD**

   Drs. 17/**1806**, 17/**1959**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876) hier: Rückholung der demografischen Rendite

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. § 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

   In Buchst. a) wird die Zahl „50 408 120 500 €“ durch die Zahl 50 474.120.700 € ersetzt.

2. § 3 Nr. 1 Buchst.a) Doppelbuchstabe aa) wird wie folgt gefasst:

   aa) In Halbsatz 1 werden die Worte „wird bei Bedarf mit Wirkung zum 1. August 2013 angepasst und“ gestrichen und die Worte „in den Folgejahren“ durch die Worte „ab 1. August 2014“ ersetzt.

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/1681, Drs. 17/1685, Drs. 17/1686, Drs. 17/1723 und Drs. 17/1806 in seiner 24. Sitzung am 8. Mai 2014 beraten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1806 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1723 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

   Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/1685 und 17/1686 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1681 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/1681, Drs. 17/1685, Drs. 17/1686, Drs. 17/1723 und Drs. 17/1806 in seiner 15. Sitzung am 15. Mai 2014 endberaten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1806 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1723 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

   Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/1685 und 17/1686 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1681 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.05.2014 **Drucksache 17/2034**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

Dem 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/1945) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt,

- den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schluss-Summe des Haushaltsplans) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen und
- die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.05.2014 **Drucksache 17/2035**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 17/**876**, 17/**1959**

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)

§ 1
Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014) vom 18. Dezember 2012 (GVBl S. 686, BayRS 630-2-19-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 2013 (GVBl S. 252), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Für das Haushaltsjahr 2014 wird die Zahl „49 233 152 500“ durch die Zahl „50 474 120 700“ ersetzt.
   b) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigefügten 2. Nachtragshaushaltsplans geändert.

2. Art. 6 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 7 Satz 3 Halbsatz 1 werden nach den Worten „nach Satz 1“ die Worte „aus Zuwendungen Dritter“ eingefügt.
   b) In Abs. 8 wird folgender Satz 3 angefügt:

      „[3]Die Vergabemöglichkeiten gemäß Art. 60 BayBesG erhöhen sich im Haushaltsjahr 2014 um 20 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat auf insgesamt 216.“
   c) In Abs. 15 Satz 1 werden die Worte „Kapitel 03 07, 03 08 und 06 04“ durch die Worte „Kapitel 03 08, 06 04 und 06 21“ ersetzt.
   d) Es werden folgende Abs. 16 bis 27 angefügt:

      „(16) Im Stellenplan werden im Einzelplan 02 (Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei) im Kapitel 02 01 (Ministerpräsident und Staatskanzlei)

      1. bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin) neu ausgebracht;
      2. bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)
         a) eine Stelle der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht;
         b) zur EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) der Vermerk „Bei Auflösung der Gemeinsamen Informationsbearbeitungsstelle der Bayerischen Staatsregierung fällt eine Stelle in den Epl. 08 zurück.“ neu ausgebracht.

(17) [1]Im Stellenplan werden im Einzelplan 03A (Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr) eine Planstelle der BesGr A 16 (Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin), drei Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), zwei Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), zwei Planstellen der BesGr A 10 (Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin) und eine Planstelle der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) von Kapitel 03 07 (Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) nach Kapitel 03 01 (Ministerium), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) umgesetzt. [2]Die gemäß Satz 1 umgesetzte Planstelle der BesGr A 16 (Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin) und die umgesetzten zwei Planstellen der BesGr A 10 (Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin) werden in eine Planstelle der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und in zwei Planstellen der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin) umgewandelt.

(18) Im Stellenplan werden im Einzelplan 03 B (Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr – Bayerische Staatsbauverwaltung –) im Kapitel 03 61 (Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr)

1. bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr B 3 (Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin) nach BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin) gehoben;
2. bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) ein Stellenbruchteil in Höhe von 0,5 einer Stelle der EGr 5 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) eingespart.

(19) Im Stellenplan werden im Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz)

1. im Kapitel 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) bei Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst) 70 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der BesGr A 9 (Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterin) neu ausgebracht; die Stellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. September 2014 besetzbar;
2. im Kapitel 04 05 (Justizvollzugsanstalten) bei Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst) 100 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der BesGr A 6 - A 7 (Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterin, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterin im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterin) neu ausgebracht; die Stellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. Februar 2014 besetzbar.

(20) Im Stellenplan werden im Einzelplan 05 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst)

1. im Kapitel 05 01 (Ministerium)
   a) folgender Kapitelvermerk neu ausgebracht:
      „1. Die (Plan-) Stellen in den Kap. 05 01 und 15 01 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.
      2. Vgl. Nrn. 2 und 3 des Kapitelvermerks in Kap. 15 01.“;
   b) der allgemeine Vermerk Nr. 2 zu Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) wie folgt gefasst:
      „2) 2 Stellen kw zum 01.08.2014 und 2 Stellen kw zum 01.08.2016.“;
2. in den Vorbemerkungen und Haushaltsvermerken zum Stellenplan des Kapitels 05 21 (Sammelansätze für die Schulen (Kap. 05 12 - 05 19)) in der Tabelle im zweiten Abschnitt „Verwendung der demographischen Rendite“
   a) in der Zeile „Weiterfinanzierung der Stellen aus Aufbruch Bayern (Umsetzung der Stellen in die einzelnen Schulkapitel bereits erfolgt)“ in der Spalte „2014“ die Zahl „- 309,00“ und die Worte „kw 1.8.2014“ gestrichen und in der Spalte „Summe 2013 + 2014“ die Zahl „- 1.082,00“ durch die Zahl „- 773,00“ ersetzt;
   b) in der Zeile „Hinzu kommen neue Stellen“ in der Spalte „Summe 2013 + 2014“ die Zahl „+ 149,00“ eingefügt;
   c) die Zeile „Es fallen weg“ gestrichen;
   d) in der Spalte „2014“ die geschweifte Klammer gestrichen;

e) in der Zeile „Das StMUK wird ermächtigt, folgende Stellen in die Kap. 05 12 bis 05 19 umzusetzen“ in der Zeilenbeschreibung die Abkürzung „StMUK“ durch die Abkürzung „StMBW“, in der Spalte „2014“ die Zahl „497,00“ durch die Zahl „1.326,00“ und in der Spalte „Summe 2013 + 2014“ die Zahl „1.309,00“ durch die Zahl „2.138,00“ ersetzt;

f) in der Zeile „- für sonstige Verbesserungen“ in der Spalte „2014“ die Zahl „+ 397,00“ durch die Zahl „+ 1.226,00“ und in der Spalte „Summe 2013 + 2014“ die Zahl „+ 992,00“ durch die Zahl „+ 1.821,00“ ersetzt;

g) in der letzten Zeile in der Spalte „2014“ die Zahl „+ 497,00“ durch die Zahl „+ 1.326,00“ und in der Spalte „Summe 2013 + 2014“ die Zahl „+ 1.309,00“ durch die Zahl „+ 2.138,00“ ersetzt;

3. im Kapitel 05 21 (Sammelansätze für die Schulen (Kap. 05 12 - 05 19)) bei Titel 422 01 Buchst. c (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte); Verbesserungen im Schulbereich) bei BesGr A 13 - A 12 (Lehrer, Lehrerinnen) der Vermerk Nr. 4 gestrichen;

4. am 1. Juni 2014 von Kapitel 05 12 (Öffentliche Grund- und Mittelschulen), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) und Kapitel 05 15 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) jeweils eine Planstelle der BesGr A 10 (Fachlehrer, Fachlehrerin), von Kapitel 05 18 (Staatliche Realschulen), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) eine Planstelle der BesGr A 13 (Studienrat, Studienrätin im Realschuldienst) und von Kapitel 05 19 (Staatliche Gymnasien), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) eine Planstelle der BesGr A 13 (Studienrat, Studienrätin) nach Kapitel 06 21 (Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) umgesetzt und in zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin) und in zwei Planstellen der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin) kostenneutral umgewandelt.

(21) Im Stellenplan werden im Einzelplan 06 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat)

1. im Kapitel 06 01 (Ministerium) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)

   a) die Planstelle der BesGr B 4 (CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde) in eine Planstelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) umgewandelt;

   b) bei der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) folgender Vermerk neu ausgebracht:

      „1 Stelle darf mit dem ehemaligen CIO-Stabsstellenleiter, der ehemaligen CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde besetzt werden.“;

2. im Kapitel 06 05 (Finanzämter) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)

   a) bei BesGr A 9 (Steuerinspektor, Steuerinspektorin) der Vermerk Nr. 2 gestrichen;

   b) bei BesGr A 7 (Steuerobersekretär, Steuerobersekretärin) der Vermerk gestrichen;

   c) bei BesGr A 6 (Steuersekretär, Steuersekretärin) im Vermerk Nr. 2 die Zahl „250“ durch „152“ ersetzt;

   d) am 1. Juli 2014 73 Planstellen der BesGr A 6 (Steuersekretär, Steuersekretärin), 65 Planstellen der BesGr A 7 (Steuerobersekretär, Steuerobersekretärin) und zwölf Planstellen der BesGr A 9 (Steuerinspektor, Steuerinspektorin) in 35 Planstellen der BesGr A 10 (Steueroberinspektor, Steueroberinspektorin), 85 Planstellen der BesGr A 11 (Steueramtmann, Steueramtfrau) und 30 Planstellen der BesGr A 12 (Steueramtsrat, Steueramtsrätin) umgewandelt;

3. von Kapitel 06 05 (Finanzämter), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) 25 Planstellen der BesGr A 6 (Steuersekretär, Steuersekretärin) nach Kapitel 06 01 (Ministerium) umgesetzt und umgewandelt nach

   a) Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) in fünf Planstellen der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), drei Planstellen der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin), fünf Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), fünf Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 6 (Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin),

   b) Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) in fünf Stellen der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin).

(22) Im Stellenplan wird im Einzelplan 07 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie) im Kapitel 07 01 (Ministerium) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin) nach BesGr B 9 (Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin) gehoben.

(23) Im Stellenplan werden im Einzelplan 08 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)

1. im Kapitel 08 01 (Ministerium), Titel 422 31 Buchst. a (Abgeordnete Beamte, Landwirtschaft) drei Stellen für abgeordnete Beamte der BesGr A 16+AZ - A 3 eingespart;
2. von Kapitel 08 30 (Ämter für Ländliche Entwicklung), Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) ein Stellenbruchteil in Höhe von 0,25 einer Stelle der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach Kapitel 02 01 (Ministerpräsident und Staatskanzlei), Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) umgesetzt;
3. von Kapitel 08 40 (Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie staatliche agrarwirtschaftliche Fachschulen),
   a) Titel 422 01 Buchst. a (Planmäßige Beamte, Landwirtschaft) vier Stellen der BesGr A 15 (Landwirtschaftsdirektor, Landwirtschaftsdirektorin) und drei Stellen der BesGr A 14 (Landwirtschaftsoberrat, Landwirtschaftsoberrätin) nach Kapitel 08 01 (Ministerium), Titel 422 01 Buchst. a (Planmäßige Beamte, Landwirtschaft) umgesetzt und in vier Stellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und drei Stellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin) umgewandelt;
   b) Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) ein Stellenbruchteil in Höhe von 0,5 einer Stelle der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach Kapitel 02 01 (Ministerpräsident und Staatskanzlei), Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) umgesetzt;
   c) Titel 428 02 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) ein Stellenbruchteil in Höhe von 0,25 einer Stelle der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach Kapitel 02 01 (Ministerpräsident und Staatskanzlei), Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) umgesetzt.

(24) Im Stellenplan werden im Einzelplan 10 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration) im Kapitel 10 01 (Ministerium) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)

1. am 1. Februar 2014 eine Planstelle der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin) in den Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege) nach Kapitel 14 01 (Ministerium), Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) umgesetzt;
2. eine Planstelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) nach BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin) gehoben;
3. ein Stellenbruchteil in Höhe von 0,4 einer Planstelle der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) eingespart.

(25) [1]Im Stellenplan werden im Einzelplan 12 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz)

1. im Kapitel 12 01 (Ministerium) folgender Kapitelvermerk neu ausgebracht:

   „11,55 (Plan-) Stellen kw spätestens am 31.12.2020; Art. 47 Abs. 2 BayHO ist nicht anzuwenden.“;
2. im Kapitel 12 23 (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) in der Titelgruppe 54 (Zentrum für Gesundheitsförderung und Prävention) der allgemeine Vermerk zu Titel 428 54 gestrichen;

3. im Kapitel 12 77 (Wasserwirtschaftsämter) für die Planung und den Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen

   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 16 (Leitender Baudirektor, Leitende Baudirektorin), 25 Planstellen der BesGr A 14 (Bauoberrat, Bauoberrätin), 14 Planstellen der BesGr A 13 (Baurat, Baurätin) und zehn Planstellen der BesGr A 12 (Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin) neu ausgebracht;

   b) in der Titelgruppe 70 (Kosten der Fachplanung, Entwurfsbearbeitung, Bauleitung und baufachlichen Mitwirkung für wasserwirtschaftliche Vorhaben)

      aa) bei Titel 428 70 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) 50 Stellen (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht;

      bb) in der Tabelle im allgemeinen Vermerk zu Titel 428 70 in der Spalte für das Haushaltsjahr 2014 die Zahl „10“ durch die Zahl „15“, die Zahl „276“ durch die Zahl „321“ und die Zahl „286“ durch die Zahl „336“ ersetzt;

   c) in der Titelgruppe 90 (Unterhaltung von Gewässern erster Ordnung, Grenzgewässer und sonstige Unterhaltsverpflichtungen)

      aa) bei Titel 428 90 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) 30 Stellen (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht;

      bb) in der Tabelle im allgemeinen Vermerk zu Titel 428 90 in der Spalte für das Haushaltsjahr 2014 die Zahl „605“ jeweils durch die Zahl „635“ ersetzt;

   d) in der Titelgruppe 91 (Unterhaltung und Bewirtschaftung von Wasserspeichern einschl. des Überleitungssystems) bei Titel 428 91 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) zehn Stellen (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht;

   e) in der Titelgruppe 92 (Unterhaltung von Wildbächen einschl. Pflege der sanierten Einzugsgebiete) bei Titel 428 92 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) zehn Stellen (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht.

[2]Die gemäß Satz 1 Nr. 3 neu ausgebrachten (Plan-) Stellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum ersten des Kalendermonats der Bekanntmachung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) besetzbar. [3]Die gemäß Satz 1 Nr. 3 Buchst. a neu ausgebrachten Planstellen erhalten jeweils den Vermerk „kw zum 31. Dezember 2022“; die gemäß Satz 1 Nr. 3 Buchst. b bis e neu ausgebrachten Stellen erhalten jeweils den Vermerk „Stelle sowie die entsprechenden Ausgabemittel kw zum 31. Dezember 2022“.

(26) [1]Im Stellenplan werden im Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege) im Kapitel 14 01 (Ministerium) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) vier Planstellen der BesGr B 3 (Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin), eine Planstelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), fünf Planstellen der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin), acht Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) 2,05 Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 12 (Amtsrat, Amtsrätin), 2,5 Planstellen der BesGr A 9+AZ (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) und neun Planstellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) neu ausgebracht. [2]Die Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. April 2014 besetzbar.

(27) Im Stellenplan werden im Einzelplan 15 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst)

1. im Kapitel 15 01 (Ministerium) folgender Kapitelvermerk neu ausgebracht:

   „1. Die (Plan-) Stellen in den Kap. 05 01 und 15 01 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

   2. Sechs (Plan-) Stellen sind in den Kap. 05 01 und 15 01 bis spätestens Ende der 17. Legislaturperiode einzusparen (Realisierung von Synergieeffekten aus der Neugliederung der Geschäftsbereiche).

   3. 13 (Plan-) Stellen aus den Kap. 05 01 und 15 01 sind bis spätestens 31.12.2022 in das Kap. 15 28 Tit. 422 01 c umgesetzt und in Stellen der BesGr W3 - A3 umgewandelt; Art. 47 Abs. 3 BayHO ist hierbei nicht anzuwenden.“;

2. im Kapitel 15 06 (Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen) im allgemeinen Vermerk zu Titel 422 01 Buchst. a die Zahl „7“ durch die Zahl „5“ ersetzt;

3. im Kapitel 15 07 (Universität München) bei Titel 422 02 (Professoren) vier Planstellen der BesGr W 3 (Universitätsprofessor, Universitätsprofessorin) und der Vermerk „4 Stellen für die Umsetzung des Art. 8 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschule für Politik München (HfPG)“ neu ausgebracht; die Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. April 2014 besetzbar;
4. im Kapitel 15 28 (Sammelansätze der Universitäten) bei Titel 422 01 Buchst. c (Stellenfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung) 13 Planstellen der BesGr W3 - A3 (Professor, Professorin, Beamter, Beamtin) eingespart;
5. im Kapitel 15 70 (Staatliche Museen und Sammlungen) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) eine Stelle der EGr 15, eine Stelle der EGr 14, vier Stellen der EGr 13, eine Stelle der EGr 12, eine Stelle der EGr 10, drei Stellen der EGr 9 und zwei Stellen der EGr 8 neu ausgebracht; die Stellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. Januar 2014 besetzbar.“

3. In Art. 6b Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „2014 und je 480“ durch die Worte „2013, 400 Stellen im Jahr 2014 und je 520“ ersetzt.

4. Art. 8 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden die Worte „Art. 8 Abs. 6 und 7, 10 bis 13 und 15 bis 17 des Haushaltsgesetzes 2011/2012“ durch die Worte „Art. 8 Abs. 6 und 7, 10 bis 12 und 15 bis 17 des Haushaltsgesetzes 2011/2012“ ersetzt.

b) Es werden folgende Abs. 7 bis 11 angefügt:

„(7) [1]Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Abgabe von Garantieerklärungen im Rahmen der Ausschreibungen von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr

1. für das Projekt „Dieselnetz Allgäu“ bis zu einem Betrag von 250 Mio. €,
2. für das Projekt „Dieselnetz Augsburg I“ bis zu einem Betrag von 100 Mio. € und
3. für das Projekt „S-Bahn Nürnberg“ bis zu einem Betrag von 400 Mio. €

anzubieten, mit denen es für die ordnungsgemäße Leistung der Leasingraten durch das Eisenbahnverkehrsunternehmen gegenüber dem Finanzierer der Schienenfahrzeuge einsteht (Kapitaldienstgarantie). [2]Die Laufzeit der Garantie darf maximal 24 Jahre betragen. [3]Damit verbunden ist die Verpflichtung, den Wiedereinsatz der Schienenfahrzeuge während der Amortisationszeit von 24 Jahren zu garantieren (Wiedereinsatzgarantie).

(8) Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, im Rahmen der Durchfinanzierungserklärung zum Bau- und Finanzierungsvertrag der 2. S-Bahn-Stammstrecke eine Einstandspflicht bis zu einem Betrag in Höhe von 241 Mio. € zu erklären, mit der die tatsächliche Leistung der Beiträge des Bundes und der Landeshauptstadt München aus dem FMG-Gesellschafterdarlehen an die DB Netz AG abgesichert wird.

(9) Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, der Forschungszentrum Jülich Gesellschaft mit beschränkter Haftung ein unentgeltliches Erbbaurecht an dem staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 1946/595 der Gemarkung Erlangen von rund 3 000 m² für die Errichtung eines Gebäudes für das Helmholtz-Institut Erlangen-Nürnberg (HI ERN) einzuräumen.

(10) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, das Aneignungsrecht an dem herrenlosen Grundstück Flst Nr. 541 der Gemarkung Neukelheim wegen der besonderen naturschutzfachlichen und regionalen Bedeutung der Fläche für Zwecke dessen Erhalts und Pflege unentgeltlich abzutreten.

(11) [1]Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, dem Zweckverband Kloster Heidenheim, der sich schwerpunktmäßig mit der Dokumentation der Christianisierung des süddeutschen Raums befassen wird, ein Erbbaurecht an dem Klosteranwesen Flst. Nrn. 265, 266, 266/1, 267 und 267/3 Gemarkung Heidenheim, zu einem nach der Sanierung auf 32 000 € pro Jahr ermäßigten Erbbauzins einzuräumen. [2]Wird die Sanierung in Bauabschnitten durchgeführt, bestimmt sich die Höhe des zu zahlenden Erbbauzinses nach dem Verhältnis der bestehenden Gesamtfläche zur sanierten Teilfläche. [3]Dabei kann vereinbart werden, dass der Freistaat Bayern weiterhin die Außenfassade ohne Fenster, das Dach und den Kreuzgang auf eigene Kosten baulich unterhält. [4]Während der Sanierungsphase und solange der Zweckverband keine Einnahmen aus der Nutzung der Liegenschaft erzielt kann auf die Erhebung des Erbbauzinses in vollem Umfang verzichtet werden.“

5. Art. 18 wird aufgehoben.

6. Art. 19 wird aufgehoben.

7. Anlage DBestHG 2013/2014 wird wie folgt geändert:

   a) Nr. 4.2 wird wie folgt geändert:

      aa) *In Nr. 4.2.5 wird der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt.*

      bb) *Es wird folgende Nr. 4.2.6 angefügt:*

      „4.2.6 für die Übernahme der notwendigen Fahrkosten (bis zur Höhe der Kosten für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder im Falle einer notwendigen Benutzung eines eigenen Fahrzeugs Wegstreckenentschädigung in sinngemäßer Anwendung des Art. 6 Abs. 6 BayRKG) für die aus Anlass einer dienstlich angeordneten Inanspruchnahme des beim Betriebsärztlichen Dienst im jeweiligen Geschäftsbereich angesiedelten Psychologen."

   b) Es wird folgende Nr. 4.8 eingefügt:

      „4.8 Gesetzliche, durch Rechtsverordnung geregelte oder tarifliche Ausgaben zur finanziellen Abgeltung von krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenem Urlaub bei Beendigung eines Beamtenverhältnisses oder eines Arbeitsverhältnisses sind auf der Haushaltsstelle zu verbuchen, auf der die Bezüge des Beschäftigten vor der Beendigung des Beamtenverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses verbucht wurden."

   c) In Nr. 5.2 werden nach den Worten „sonstigen personalbezogenen Ausgaben" die Worte „(z.B. Unfallfürsorgeleistungen, Sachschadenersatz und Fortbildungsreisen)" eingefügt.

   d) In Nr. 12.1 Satz 1 einleitender Satzteil werden nach der Zahl „12" ein Komma sowie die Zahl „14" eingefügt.

8. a) In Art. 2 Abs. 1 einleitender Satzteil, Abs. 2 Satz 1 einleitender Satzteil, Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 Satz 1, Abs. 5 Sätze 1 und 2, Art. 3 Abs. 2, Abs. 3 Sätze 1 und 2, Art. 4 Abs. 1, Art. 6 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 und Satz 4, Abs. 3 Nr. 1 Buchst. c Sätze 1 und 2 und Nr. 7, Abs. 4 Satz 2, Abs. 6 Sätze 1 und 3 Halbsatz 2, Abs. 7 Sätze 1 und 3 Halbsatz 2, Abs. 9 Satz 2 Halbsatz 2, Abs. 11, 13 Satz 1, Abs. 14 Satz 1, Abs. 15 Satz 1, Art. 6b Abs. 4, Art. 6c Abs. 3, 4 Satz 1, Abs. 5 Satz 1, Art. 6d Abs. 1, 7 Sätze 1 und 7, Abs. 8 Satz 2, Art. 6f Abs. 2 Satz 2, Abs. 4 Satz 1, Art. 6g Abs. 1, 2 Satz 2 Halbsatz 1, Art. 7 Abs. 1 und 2, Art. 8 Abs. 2 Satz 1, Abs. 2a Satz 1, Art. 16 Satz 2, Anlage DBestHG 2013/2014 Nr. 1.3 Satz 1 Halbsatz 2 und Satz 3 Halbsatz 2, Nr. 2.2 Satz 2, Nr. 3.1.7 Satz 2, Nr. 3.3.1 Satz 1, Nrn. 3.3.2, 4.2.4, 6.2 Satz 3, Nr. 8.1.1 Sätze 3 und 4 Halbsatz 2 und Nr. 12.7.2 werden jeweils nach dem Wort „Finanzen" ein Komma und die Worte „für Landesentwicklung und Heimat" eingefügt.

   b) In Art. 6 Abs. 4 Sätze 4 und 6 und Art. 8 Abs. 6 werden jeweils die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst" durch die Worte „Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst" ersetzt.

   c) In Art. 6c Abs. 5 Satz 1 werden die Worte „Sozialordnung, Familie und Frauen" durch die Worte „Soziales, Familie und Integration" ersetzt.

   d) In Art. 8 Abs. 5 wird das Wort „Gesundheit" durch das Wort „Verbraucherschutz" ersetzt.

§ 2
Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, ber. S. 764, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2013 (GVBl S. 405), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 93 werden die Worte „und für Verbraucherschutz“ gestrichen.

2. Art. 94 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

      aa) *In Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Stadt- und Umlandbereich“ durch das Wort „Verdichtungsraum“ ersetzt.*

      bb) *Satz 2 erhält folgende Fassung:*

      „[2]Der Verdichtungsraum München ist das in Anhang 2 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 22. August 2013 (GVBl S. 550, BayRS 230-1-5-F) in der jeweils geltenden Fassung definierte Gebiet.“

      cc) *Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:*

      „[3]Berechtigten sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen, deren dienstlicher Wohnsitz und Hauptwohnsitz am 31. August 2013 im Stadt- und Umlandbereich München lagen und seither ununterbrochen liegen, wie dieser in Anhang 3 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 8. August 2006 (GVBl S. 471, ber. S. 929, BayRS 230-1-5-W), geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 2009 (GVBl S. 650), festgelegt war, wird im staatlichen Bereich eine Ballungsraumzulage gewährt, soweit nicht bereits ein Anspruch nach den Sätzen 1 und 2 besteht. [4]Dies gilt nur, solange die sonstigen Voraussetzungen für den Bezug der Ballungsraumzulage seit dem 31. August 2013 ununterbrochen erfüllt sind.“

   b) In Abs. 3 Satz 6 und Abs. 4 werden jeweils nach dem Wort „Finanzen“ ein Komma und die Worte „für Landesentwicklung und Heimat“ eingefügt.

   c) In Abs. 5 werden nach dem Wort „Gebiet“ die Worte „oder unter den in Abs. 1 Sätzen 3 und 4 genannten Voraussetzungen“ eingefügt.

3. Anlage 1 Besoldungsordnungen wird wie folgt geändert:

   a) In der Besoldungsgruppe B 4 wird das Amt „CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde“ gestrichen.

   b) In Fußnote 1 Halbsatz 2 zu der Besoldungsgruppe B 9 werden nach dem Wort „Geschäftsbereich“ die Worte „oder die Funktion eines Bevollmächtigten des Freistaates Bayern beim Bund“ eingefügt.

4. a) In Art. 11 Abs. 2, Art. 14 Satz 1, Art. 20 Abs. 2 Halbsatz 2, Art. 22 Abs. 3, Art. 29 Satz 2, Art. 31 Abs. 2 Satz 2, Art. 42a Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2, Art. 51 Abs. 3 Satz 5, Art. 60 Abs. 4, Art. 64 Abs. 1 Satz 1, Art. 65 Satz 3, Art. 74, 78 Abs. 1 Satz 1, Art. 79 Satz 1, Art. 96 Satz 3, Art. 99 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 und Art. 102 Sätze 2 und 3 werden jeweils nach dem Wort „Finanzen“ ein Komma und die Worte „für Landesentwicklung und Heimat“ eingefügt.

   b) In Art. 26 Abs. 3 einleitender Satzteil, Art. 64 Abs. 1 Satz 1 und Art. 96 Satz 3 werden jeweils nach dem Wort „Innern“ ein Komma und die Worte „für Bau und Verkehr“ eingefügt.

   c) In Art. 29 Satz 2 und Art. 100 Abs. 2 Satz 3 werden jeweils die Worte „Sozialordnung, Familie und Frauen“ durch die Worte „Soziales, Familie und Integration“ ersetzt.

   d) In Art. 41 Abs. 1 Satz 2, Art. 42a Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1, Art. 57 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2, Art. 73 Abs. 1 Satz 2, Art. 74 und 99 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 werden jeweils die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ durch die Worte „Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.

   e) In Art. 79 Satz 1 und Art. 98 Satz 1 werden jeweils die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.

§ 3
Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-K), zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2012 (GVBl S. 686), wird wie folgt geändert:

1. Art. 32 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 1 Satz 4 wird wie folgt geändert:

      aa) *In Halbsatz 1 werden die Worte „wird bei Bedarf mit Wirkung zum 1. August 2013 angepasst und“ gestrichen und die Worte „in den Folgejahren“ durch die Worte „ab 1. August 2014“ ersetzt.*

      bb) *In Halbsatz 2 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.*

   b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) [1]Für die privaten Grundschulen, Mittel- bzw. Hauptschulen und Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand – ausgenommen Baumaßnahmen und einmaliger Schulaufwand – im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 über dem pauschalen Zuschussbetrag nach Abs. 1 Satz 1 liegen, wird übergangsweise bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine zusätzliche Förderung zum Schulaufwand nach folgender Tabelle gewährt:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 den pauschalen Zuschussbetrag nach Abs. 1 Satz 1 übersteigt
2011/2012	87,5 v.H.
2012/2013	75 v.H.
2013/2014	62,5 v.H.
2014/2015	50 v.H.
2015/2016	37,5 v.H.
2016/2017	25 v.H.
2017/2018	12,5 v.H.
2018/2019	0 v.H.

[2]Für die privaten Grundschulen, Mittel- bzw. Hauptschulen und Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand – ausgenommen Baumaßnahmen und einmaliger Schulaufwand – im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pauschalen Zuschussbetrag nach Abs. 1 Satz 1 liegen, erfolgt für eine Übergangszeit bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine stufenweise Erhöhung der staatlichen Leistungen bis zum Erreichen des Pauschalbetrags nach folgender Tabelle:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pauschalen Zuschussbetrag nach Abs. 1 Satz 1 liegt
2011/2012	12,5 v.H.
2012/2013	25 v.H.
2013/2014	37,5 v.H.
2014/2015	50 v.H.
2015/2016	62,5 v.H.
2016/2017	75 v.H.
2017/2018	87,5 v.H.
2018/2019	100 v.H.

[3]Für die staatliche Förderung von Baumaßnahmen für private Grundschulen, Mittel- bzw. Hauptschulen und Volksschulen, bei denen die für den Erlass des Förderbescheids notwendigen und vollständigen Unterlagen vor dem 1. August 2011 der Regierung vorliegen, findet Art. 32 in der bis zum 31. Juli 2011 geltenden Fassung Anwendung.“

2. Art. 57a wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 1 Satz 1 wird die Abkürzung „BaySchFG“ gestrichen.

   b) Es werden folgender neuer Abs. 7 und folgender Abs. 7a eingefügt:

   „(7) [1]Auf Antrag des Schulträgers werden die Aufwendungen für die Gewährung einer Zuschlagsrente an eine Lehrkraft, deren Versorgungszusage gemäß Art. 40 in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Fassung zuschussfähig war, mit 100 v. H. bezuschusst. [2]Die Zuschlagsrente beinhaltet die Differenz der Leistungen der Zusatzversorgungskassen für einzelne Lehrkräfte vor und nach der Umstellung des Systems der Zusatzversorgungskassen, basierend auf dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – Altersvorsorge-TV-Kommunal – (ATV-K) vom 1. März 2002 in der jeweils geltenden Fassung. [3]Die Aufwendungen werden nicht nach Abs. 3 bis 6 bezuschusst.

   (7a) Die Aufwendungen der Schulträger im Sinn des Abs. 7 der Jahre 2005 bis 2012 werden auf Antrag des Schulträgers im Haushaltsjahr 2014 zu 100 v. H. bezuschusst.“

   c) Der bisherige Abs. 7 wird Abs. 8; die Worte „und 6“ werden durch die Worte „bis 7“ ersetzt.

3. a) In Art. 8 Abs. 3, Art. 10 Abs. 1 Satz 6, Art. 11 Abs. 1, Art. 22 Abs. 2 Satz 3, Art. 23 Abs. 3 Satz 3, Art. 35, 38 Abs. 4, Art. 53 Abs. 1 Satz 1, Art. 55 Abs. 2 und Art. 60 Sätze 1 und 3 werden jeweils die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.

   b) In Art. 23 Abs. 3 Satz 3, Art. 53 Abs. 1 Satz 1 und Art. 60 Satz 3 werden jeweils nach dem Wort „Finanzen“ ein Komma und die Worte „für Landesentwicklung und Heimat“ eingefügt.

§ 4
Aufhebung des Gesetzes Nr. 116 zur Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes

Das Gesetz Nr. 116 zur Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 12. April 1948 (BayRS 611-14-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 1987 (GVBl S. 496), wird aufgehoben.

§ 5
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. § 2 Nr. 2 Buchst. a und c mit Wirkung vom 1. September 2013,
2. § 2 Nrn. 1, 2 Buchst. b und Nr. 4 mit Wirkung vom 11. Oktober 2013,
3. a) § 1 Nr. 6,
   b) § 3 Nr. 1 Buchst. b
   am 1. August 2014

in Kraft.

(3) Es treten außer Kraft:

1. Art. 24 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz – HG – 2011/2012) vom 14. April 2011 (GVBl S. 150, BayRS 630-2-18-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 122), mit Ablauf des 31. Juli 2014,
2. Art. 57a Abs. 7a des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-K) in der ab 1. Januar 2014 geltenden Fassung, mit Ablauf des 31. Dezember 2014,
3. Art. 32 Abs. 4 BaySchFG in der ab 1. August 2014 geltenden Fassung mit Ablauf des 31. Juli 2019.

Anlage

2. Nachtragshaushaltsplan des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2014

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

Im Zusammenhang mit der Neugliederung der Geschäftsbereiche nach Art. 49 der Verfassung am 10.10.2013 (LT-Drs. 17/9) wurden zwischen den Einzelplänen 02, 03A, 03B, 04, 05, 06, 07, 08, 10, 12 und 15 Haushaltsmittel und Stellen umgesetzt sowie der Einzelplan 14 neu ausgebracht. Insoweit unterscheiden sich die in den nachfolgenden Übersichten nachrichtlich genannten Beträge des Haushaltsjahres 2013 von denen des Doppelhaushalts 2013/2014 und des Haushaltsänderungsgesetzes 2013/2014. Die Umsetzungen sind in den Allgemeinen Erläuterungen der betreffenden Einzelpläne im Einzelnen dargestellt.

2. Nachtragshaushalt 2014
Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	483,2	-	483,2
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	506,0	-	506,0
03	Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	1.987.419,0	+231.837,3	2.219.256,3
04	Staatsministerium der Justiz	926.074,2	+90.000,0	1.016.074,2
05	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -	71.042,6	+1.510,4	72.553,0
06	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	468.410,8	+3.216,0	471.626,8
07	Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	128.758,3	+80.000,0	208.758,3
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	401.316,1	-158.065,0	243.251,1
10	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	1.073.924,5	+2.614,0	1.076.538,5
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,8	-	19,8
12	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	115.794,5	+34.185,4	149.979,9
13	Allgemeine Finanzverwaltung	42.462.753,0	+924.324,7	43.387.077,7
14	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	3.738,3	+236,2	3.974,5
15	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst -	1.592.912,2	+31.109,2	1.624.021,4
	Summe	49.233.152,5	+1.240.968,2	50.474.120,7

Teil I: Haushaltsübersicht 2014

Ausgaben			Überschuss (+), Zuschuss (-)	Verpflichtungsermächtigungen			Einzelplan
Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €	Tsd. €	Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €	
6	7	8	9	10	11	12	13
121.057,2	+925,0	121.982,2	-121.499,0	-	-	-	01
52.467,8	+1.697,2	54.165,0	-53.659,0	40,0	-	40,0	02
6.502.979,5	+319.385,9	6.822.365,4	-4.603.109,1	4.952.784,0	+635.394,0	5.588.178,0	03
2.044.965,8	+55.403,2	2.100.369,0	-1.084.294,8	161.470,0	+16.600,0	178.070,0	04
10.846.093,3	+48.978,2	10.895.071,5	-10.822.518,5	42.520,0	+1.022,0	43.542,0	05
2.111.133,9	+22.437,9	2.133.571,8	-1.661.945,0	230.512,6	+262.828,0	493.340,6	06
855.406,6	+82.915,9	938.322,5	-729.564,2	196.775,2	+153.200,0	349.975,2	07
1.276.714,7	+20.614,3	1.297.329,0	-1.054.077,9	249.915,0	+3.960,0	253.875,0	08
3.830.247,0	+191.215,1	4.021.462,1	-2.944.923,6	118.500,8	+183.664,3	302.165,1	10
33.695,7	-	33.695,7	-33.675,9	-	-	-	11
766.598,2	+112.350,4	878.948,6	-728.968,7	98.976,5	+82.400,0	181.376,5	12
14.674.746,7	+328.270,4	15.003.017,1	+28.384.060,6	304.066,4	+170.281,1	474.347,5	13
87.987,9	+7.019,6	95.007,5	-91.033,0	10.972,0	+18.892,3	29.864,3	14
6.029.058,2	+49.755,1	6.078.813,3	-4.454.791,9	485.870,0	+203.747,9	689.617,9	15
49.233.152,5	+1.240.968,2	50.474.120,7	-	6.852.402,5	+1.731.989,6	8.584.392,1	

2. Nachtragshaushalt 2014
Gesamtplan

Teil II: Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2014	Bisheriger Betrag 2014 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	47.973.920,7	+1.001.820,4	48.975.741,1
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	48.564.467,3	+1.240.968,2	49.805.435,5
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	-590.546,6	-239.147,8	-829.694,4
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1. **Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt**			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.356.956,6	-	2.356.956,6
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.896.956,6	-	2.896.956,6
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-540.000,0	-	-540.000,0
2. **Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren**			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. **Rücklagenbewegung**			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.799.231,8	+239.147,8	2.038.379,6
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	668.685,2	-	668.685,2
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.130.546,6	+239.147,8	1.369.694,4
4. **Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)**	590.546,6	+239.147,8	829.694,4
Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2014			
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.356.956,6	-	2.356.956,6
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.896.956,6	-	2.896.956,6
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	97.000,0	-	97.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-540.000,0	-	-540.000,0
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	150,0	-	150,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	63.000,0	-	63.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-62.850,0	-	-62.850,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.454.106,6	-	2.454.106,6
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.056.956,6	-	3.056.956,6
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-602.850,0	-	-602.850,0

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Martin Bachhuber
Abg. Claudia Stamm
Abg. Hubert Aiwanger
Abg. Günther Knoblauch
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Peter Winter
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Dr. Herbert Kränzlein
Staatsminister Dr. Markus Söder
Präsidentin Barbara Stamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 2 und 3** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) (Drs. 17/875)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge
zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014:

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1682)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1683)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1684)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge

zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

Drs. 17/1343 mit 17/1355 und 17/1732

und

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

Drs. 17/1369 mit 17/1424, 17/1448 mit 17/1453, 17/1455 mit 17/1458, 17/1474, 17/1587 mit 17/1599 und 17/1608 mit 17/1614

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

Drs. 17/1275 mit 17/1320, 17/1323 mit 17/1339, 17/1586,17/1645 mit 17/1647, 17/1649 mit 17/1672 und 17/1714

und

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/1231 mit 17/1261 und 17/1263 mit 17/1268

und

Änderungsanträge

zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014:

Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Drs. 17/1681)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6 b HG (Drs. 17/1685)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuersekretäre, Steuersekretärinnen (Drs. 17/1686)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
(Drs. 17/1723)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u. a. (SPD)
hier: Rückholung der demografischen Rendite (Drs. 17/1806)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der erste Redner ist der Kollege Bachhuber. – Bitte schön, Herr Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Blick auf den vorliegenden Nachtragshaushalt und den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes kann man der Staatsregierung und unserem Herrgott eigentlich nur dafür danken, dass wir hier in Bayern leben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

– In umgekehrter Reihenfolge.

Einige Hundert Kilometer von hier entfernt, ob östlich, nördlich, westlich oder südlich, schaut die Welt, zumindest die Finanzwelt, ganz anders aus. Ich zitiere hier die "Frankfurter Allgemeine" von vor einer Woche; sie schreibt:

> Auch wenn Baden-Württemberg im vergangenen Jahr Rekordsteuereinnahmen von 30,1 Milliarden Euro verzeichnen konnte, nimmt es mit einer Neuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 einen Spitzenplatz ein … Mit den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich lässt sich die Neuverschuldung nicht erklären, denn Bayern, dem größten Zahlerland, gelang es sogar, einen Überschuss von 1,7 Milliarden Euro zu erzielen.

(Zuruf von der SPD: Altlasten!)

Das ist nur eine von vielen Begründungen dafür, warum es Bayern besser geht als vielen anderen Bundesländern. Wer den Medienberichten nicht glauben will, dem sei noch kurz gesagt: Die Ratingagentur Moody’s hat dem bayerischen Staatshaushalt vor Kurzem das Rating AAA bescheinigt.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen keine neuen Schulden, sondern wir zahlen alte Schulden zurück, und wir legen Rücklagen an.

(Widerspruch der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besser geht es nicht!

(Beifall bei der CSU)

Weil die Bayerische Staatsregierung im Kern schon immer eine solide, eine verantwortungsvolle

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber nur im Kern!)

und eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgt hat,

(Peter Winter (CSU): Richtig!)

können wir den Kommunen in diesem Jahr so viel Geld in die Hand geben wie noch nie zuvor in der bayerischen und der deutschen Geschichte.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Weil die Steuereinnahmen so hoch sind! Täuschen Sie die Leute nicht! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir geben den Kommunen 8 Milliarden Euro in die Hand. Kein anderes Land in Deutschland gibt den Kommunen so viel. Wir haben den Kommunen gegenüber dem Jahr 2013 215 Millionen Euro mehr gegeben. Die reinen Leistungen im Finanzausgleich 2014 stiegen gegenüber 2013 um 189 Millionen auf 7,52 Milliarden Euro. Die Schlüsselzuweisungen – jeder Kommunalpolitiker weiß, was das für die Kommunen bedeutet – stiegen um 85 Millionen Euro, fast 3 %, auf beinahe 3 Milliarden Euro.

Ich bin immer noch sehr stark in der Kommunalpolitik verwurzelt und tätig. Ich freue mich, dass wir die Krankenhausfinanzierung mit 500 Millionen Euro auf hohem Niveau fortführen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es waren einmal über 600 Millionen! Das ist von 600 auf 500 Millionen gekürzt worden!)

Für den Straßenbau und den Straßenunterhalt stellen wir 23 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Insbesondere die strukturschwachen und von Bevölkerungsrückgang betroffenen Kommunen in Bayern werden in diesem Finanzausgleich sehr stark berücksichtigt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wer ist daran schuld?)

In den vergangenen Jahren wurden die Verlängerung des Demografiefaktors von 5 auf 10 Jahre und die Anhebung der untersten Hauptansatzstufe bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen von 108 % auf 112 % bayernweit vollzogen. Insbesondere von kleineren Kommunen wird besonders begrüßt, dass die Mittel für die Investitionspauschale – keine Gemeinde muss einen Antrag stellen – von 2011 bis 2014 um 173 Millionen auf 365 Millionen Euro angehoben wurden. Das ist ein Plus von 110 %. Der Mindestbeitrag, insbesondere für kleine Kommunen, stieg von 26.000 Euro im Jahr 2011 auf jetzt 105.000 Euro. Das ist eine Vervierfachung. Viele Bürgermeister, insbesondere kleiner Gemeinden, sagen der Staatsregierung ein herzliches "Vergelt's Gott".

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch kurz bei den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen bleiben; diese haben wir im Jahr 2013 vervierfacht. Wir werden sie auch im Jahr 2014 bei 100 Millionen Euro belassen. Damit konnten wir im Jahr 2013 27 Landkreisen und 120 Städten und Gemeinden gezielt helfen.Alles in allem schnüren wir ein Paket, das die herausragende, wichtige Position der bayerischen Kommunen im bundesweiten Vergleich weiterhin stärkt und festigt.

Aber mit dem neuen Finanzausgleich schreiben wir nicht nur den kommunalen Finanzausgleich auf einem neuen Niveau fest, sondern schaffen auch im Detail wichtige und zum Teil erhebliche Verbesserungen für die Kommunen. Mit der Abschaffung der örtlichen Beteiligung stellen wir jene Kommunen, die ihre Krankenhäuser Gott sei Dank noch selbst betreiben, gleich mit denjenigen Kommunen, die den Betrieb inzwischen an private Betreiber abgegeben haben. Damit werden gerade diese Kommunen bei der Durchführung ihrer Krankenhausbauplanung weiterhin finanziell entlastet. Wir heben auch den Anteil der Kommunen am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund an, um den Kommunen mehr Mittel für den Straßenunterhalt und den Winterdienst zur Verfügung zu stellen. So können wir die entsprechenden Pauschalen im Jahr 2014 nochmals um über 10 % erhöhen, nachdem bereits 2013 die Straßenunterhaltspauschalen um 15,9 % angehoben wurden.

Was bei allen Kommunen – ob Bezirk, Landkreis, Stadt oder Gemeinde – für eine große Erleichterung sorgt, ja geradezu ein Befreiungsschlag ist, ist die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, der die bayerischen Kommunen im Vergleich zur Rechtslage 2011 um 550 Millionen Euro entlastet. Hier hat die jetzige Bundesregierung den ordnungspolitischen Murks von Rot-Grün bereinigt. Dafür sagen auch die Kommunen einen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Eine Entlastung um weitere 700 Millionen Euro jährlich wird den bayerischen Kommunen durch das im Koalitionsvertrag in Berlin zugesagte Bundesteilhabegesetz in Bezug auf die Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt. Ich bin nicht unbedingt berufen, für alle Kommunen zu sprechen, aber ich möchte einen herzlichen Dank an den Bayerischen Ministerpräsidenten sagen. Seinem persönlichen Einsatz in Berlin ist es zu verdanken, dass die Kommunen in Bayern jährlich in Zukunft um 700 Millionen Euro bei der Eingliederungshilfe entlastet werden. Vergelt’s Gott, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU)

Noch bevor dieses Bundesteilhabegesetz in Kraft tritt, werden die Kommunen schon jetzt um 115 Millionen Euro entlastet. Auch dafür einen Dank der Kommunen.

Wenn wir genau hinschauen, müssen wir ehrlicherweise feststellen, dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Finanzsituation der bayerischen Kommunen besser entwickelt hat als die des Freistaats Bayern. Die Kommunen haben in den vergangenen zehn Jahren ein Steuerplus von 68 % verbuchen können. Das Plus des Freistaats Bayern nach dem leidigen Länderfinanzausgleich lag gerade einmal bei 35 %. Ich kann als jemand, der 24 Jahre lang als Bürgermeister tätig war, nur sagen: Ich hätte mich narrisch gefreut, wenn damals der Freistaat Bayern in der Lage gewesen wäre, die Kommunen in diesem Maße zu unterstützen, wie er es mit diesem Gesetzentwurf tun kann.

Ich möchte mich abschließend für die größtenteils sachliche Diskussion im Haushaltsausschuss bedanken. Die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN haben sich zumindest bemüht, bei ihren Änderungsanträgen auch Deckungsvorschläge zu machen. Es ist aber nur bei einem Bemühen geblieben. Um eine Versetzung nicht zu gefährden, wäre eine weitere Annäherung an die Finanzpolitik der CSU dringend angeraten und erforderlich.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Wort zu den FREIEN WÄHLERN: Änderungsvorschläge in Höhe von über 1 Milliarde Euro vorzulegen, ist Populismus pur. Das ist verantwortungslos und unseriös; um in der Schulsprache zu bleiben: Note 6, setzen.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang fällt mir die Geschichte von den zehn Jungfrauen ein. Sie kennen die Geschichte: Zehn Jungfrauen – fünf kluge, fünf törichte – machten sich auf den Weg. Die fünf Klugen nahmen die Lampen und das Öl mit, die Törichten nur die Lampen. Als sich die Ankunft verspätete, machten die fünf Törichten kehrt, weil ihnen das Öl ausgegangen war. Sie kamen dann verspätet an, aber der Saal der Glückseligen war geschlossen. Sie klopften an, und es klang eine Stimme aus dem Inneren: Ich kenne euch nicht. Wenn die FREIEN WÄHLER mit ihrer Politik so weitermachen, dann wird wahrscheinlich der bayerische Wähler auch sagen: Ich kenne euch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem Finanzausgleich – das müssen wir klar feststellen, dass wissen auch unsere Kommunen, und das weiß auch ein Oberbürgermeister Ulrich Maly aus Nürnberg, der die Kommunalfreundlichkeit der Bayerischen Staatsregierung ausdrücklich gelobt hat – geht fast jeder vierte Euro des Freistaats an die Kommunen. Damit wird ganz stark unterstrichen: Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion bleiben der faire und starke Partner unserer Bezirke, Landkreise, Städte und Gemein-

den. Es bleibt weiter festzuhalten: Bayern ist das kommunalfreundlichste Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Wer an dem Wohlergehen der bayerischen Kommunen Interesse hat, der muss diesem Nachtragshaushalt und diesem Finanzausgleichsgesetz zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Stamm gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Bachhuber, im Ausschuss klang es anders. Dort haben Sie uns bescheinigt, dass unsere Anträge gegenfinanziert sind, und das sind sie auch, im Gegensatz zu den Ihren. Sie haben gesagt: Klassenziel noch nicht erreicht. Sie haben nochmals 20 Millionen Euro mehr für Ihren Straßenbau beantragt. Das ist zum einen eine weitere Entnahme aus der Haushaltsrücklage. Zum anderen gab es diverse Nachschublisten von der Staatsregierung. Diese haben wir gar nicht mit hineingerechnet. Schauen Sie also bitte erst einmal, was Sie machen. Sie haben auch das Spielgeld, das es Ihnen ermöglicht, als CSU-Fraktion schön Geld zu verteilen. Unsere Anträge sind gegenfinanziert, aber Ihre nicht. Sie haben auch noch Nachschublisten gehabt. Es besteht eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von 830 Millionen Euro in Bezug auf den Nachtragshaushalt und die Nachschublisten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Zunächst einmal möchte ich klar und deutlich ausdrücken: Ich habe gesagt, die GRÜNEN hätten zu ihren Änderungsvorschlägen auch Deckungsvorschläge gemacht, das reicht aber noch nicht für eine Versetzung aus, Sie sollten sich weiterhin der Finanzpolitik der CSU anschließen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Spielgeld, das Sie ansprechen, haben wir gerade für die Gemeinden im ländlichen Raum – ich komme aus einem Flächenlandkreis – etwas gemacht; denn dort ist es mehr als notwendig, in den Straßenunterhalt und den Straßenausbau zu investieren. Die Bürger danken es uns.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bleiben Sie bitte weiter da. Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung des Kollegen Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich hätte eine Frage: Sie haben vorhin die 500 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung so groß herausgestellt. Ist Ihnen bewusst, dass Bayern im Jahre 1990 660 Millionen Euro bezahlt hat, heute aber nur noch 500 Millionen bezahlt? Wie beurteilen Sie das?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Ich kann nur sagen: Mir ist kein Krankenhaus bekannt, das auf Baukostenzuschüsse warten müsste. Die beantragten Baukosten sind abfinanziert. Ich kann nur für meinen Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz, Wolfratshausen reden: Hier wurde das mit den Investitionszuschüssen der Staatsregierung entsprechend finanziert, und den beiden Krankenhäuser steht die Summe zu.Vielleicht liegt es am örtlichen Betreiber, weil dieser nicht nachhaltig bei der Regierung vorstellig geworden ist. Ich kann aber nur sagen: Diese Mittel reichen momentan aus.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. Bevor ich dem nächsten Kollegen das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass wir nach dieser Debatte eine ganze Reihe von namentlichen Abstimmungen durchführen werden. - Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Knoblauch gemeldet.

Günther Knoblauch (SPD): Werte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Bachhuber, ich war in den letzten 24 Jahren Bürgermeister. Ich habe den Eindruck, Sie haben in den letzten fünf Jahren nicht mehr mitbekommen, was in den Kommunen draußen passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin in diesem Jahr zum ersten Mal in die Haushaltsberatungen des Freistaats eingebunden gewesen. Die Spannung war ebenso groß wie die Erwartung. Seit der ersten Vorlage des Nachtragshaushalts wurden über 240 Änderungsanträge gestellt; 225 Änderungsanträge kamen von der Opposition, allein 90 von der SPD. Dies waren Angebote, mitzuwirken. Enttäuschend ist aber: Fast allen Angeboten der Opposition hat sich die CSU verweigert. Lediglich bei wenigen, einzelnen Anträgen - eine Eingabe stammte von den Kommunen - hat sich die CSU gebeugt. Sie hat diese Eingabe an die Staatsregierung überwiesen, damit diese weiter darüber nachdenken kann.

Auffällig und bemerkenswert war für mich auch, dass bei über 40 Anträgen seitens der Regierungspartei Handlungsbedarf anerkannt wurde. Die Anträge wurden trotzdem abgelehnt. Da kann ich nur frei nach Valentin sagen: Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut.

(Beifall bei der SPD)

Verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben bei Ihrer Regierungserklärung im Oktober unsere Fraktion aufgefordert, im Hinblick auf die Große Koalition in Berlin mitzuwirken und die Kooperation zu suchen. Wir haben wirklich ausgewogene Anträge gestellt, die mit den zusätzlichen Steuereinnahmen hätten finanziert werden können. Nach den Erfahrungen bei den Beratungen habe ich mir gedacht, der Ministerpräsident hätte viel intensiver, viel öfter und deutlicher auf seine Fraktion einwirken müssen, den gemeinsamen Gedanken der Großen Koalition im Interesse unserer Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger in Bayern in Berlin umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben bei den Verhandlungen skurrile Situationen erlebt. Anträge wurden aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt mit der Aussage, beim Nachtrag sollte kein zusätzliches Geld ausgegeben werden. Bei den nächsten 15 Anträgen der CSU wurden jedoch nicht nur die von Frau Kollegin Stamm genannten 30 Millionen Euro Spielgeld verbraucht, sondern auch noch zusätzlich 20 Millionen Euro aus den Rücklagen. Bei 20 weiteren Anträgen wurde der Handlungsbedarf ausdrücklich anerkannt, die Bereitstellung der Mittel jedoch abgelehnt, aber – das ist die Hoffnung, die wir haben - für den Haushalt 2015/2016 angekündigt.

Ich möchte sagen: Wenn erfahrungsgemäß die Plagiatsanträge der CSU kommen, bekommt dies einen positiven Touch. Dann haben wir nämlich eine Plagiatsrendite der Mittelausweisung beim künftigen Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Bachhuber, betrachtet man den kommunalen Finanzausgleich und den Umgang mit den Kommunen, komme ich zu einem anderen Bild als dem, das Sie gezeichnet haben. Sicher ist das Ergebnis mit über 8 Milliarden Euro bemerkenswert und wird gefeiert. Sie täuschen jedoch über die gefährliche Entwicklung bei unseren Kommunen und die Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise hinweg. Immer wieder wird zitiert, was es für ein Glück sei, dass wir in Bayern leben. Sie haben das ebenfalls anklingen lassen. Wir sagen das auch. Der Ministerpräsident hat gesagt, Bayern sei die Vorstufe des Paradieses. Er hat nur übersehen, dass die Vorstufe des Paradieses das Fegefeuer ist.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist aufgeklärt! Das ist falsch!)

Dieses Fegefeuer wird in den nächsten Jahren auf die Kommunen zukommen. Ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen: Mich interessieren nicht die Kommunen in Nord-

rhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, Brandenburg oder sonstwo in der BRD. Mich interessieren die Kommunen Landshut, Garmisch, Töging, Tirschenreuth, Wunsiedel und und und, die hier bei uns sind und die hoffen, dass wir ihnen bei ihrer täglichen Arbeit, bei ihrer Selbstverwaltung im ländlichen Bereich helfen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist, dass die Kommunen trotz dieser 8 Milliarden Euro dringende Maßnahmen in die Zukunft verschieben müssen: Straßenbau, Gebäudesanierung, Kulturangebote und Freizeitangebote. Sie leiden unter den Schulden, die sie wegen der Vorgaben von Bund und Land aufgenommen haben. Meine Heimatstadt Mühldorf hat die höchsten Gewerbesteuereinnahmen seit Jahrzehnten. Trotzdem müssen Investitionen in Höhe von zig Millionen Euro verschoben werden, weil die Aufgaben nicht zu bewältigen sind. In den letzten Jahren wurden dort fünf Kindergärten gebaut. Jetzt ist die Kommune an dem Punkt, wo sie sich das nicht mehr leisten kann, wenn der kommunale Finanzausgleich nicht verändert wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf reagieren. Wir dürfen nicht zuschauen, wie die Kommunen unter dieser Situation leiden. Ich möchte ein paar Anmerkungen machen. Ein Drittel der Schulden von Staat und Kommunen liegt bei den Kommunen. Unser Angebot war, von den 540 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern an Schulden tilgen möchte, 100 Millionen Euro für einen Start des Entschuldungsfonds zu verwenden. Dies wäre ein kleiner Ausgleich und ein Signal an die Kommunen gewesen, dass wir ihre Probleme ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Übertragung der staatlichen Aufgaben: Ich kann Ihnen den Brief eines CSU-Landrats vorlesen, der schreibt, dass er sich vom Freistaat Bayern bei der Personalausstattung alleingelassen fühle. Er müsse das Personal selbst anstellen und es den

Kommunen, den Städten und Gemeinden in Rechnung stellen. So kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns eines überlegen: Wir haben die Tendenz und den Trend, dass die Kreisumlagen auf über 50 % steigen. Sie liegen bei 54 oder 56 %. Die Kreisumlagen sind oft höher als die Gewerbesteuereinnahmen einer Gemeinde. Wie sollen die Kommunen so ihre Schulden und Aufgaben bewältigen? Hier müssen wir etwas machen. Bei den Kommunen ist es genauso. Herr Bachhuber, wir haben die Resolution der Stadt Landshut behandelt. Dort regiert mit Sicherheit kein SPD-Bürgermeister. Einstimmig wurde dort gesagt: Wir brauchen dringend Hilfe, wir können die Schulden nicht mehr schultern, wir können verschiedene Aufgaben wie die energetische Sanierung nicht mehr übernehmen, nur mit äußerstem Nachdruck haben wir erreicht, dass dieses Problem der Staatsregierung zugeleitet worden ist.

Meine Damen und Herren, beim Finanzausgleich müssen wir uns eines überlegen: Wir fördern verschiedene Maßnahmen und haben dabei das Gleichgewicht verloren. Statt die Schlüsselzuweisungen und die Grundstruktur zu verbessern, verwenden wir für die verschiedenen Bereiche die unterschiedlichsten Fördersätze. Wir sagen, wie wichtig die Bildung ist, gleichzeitig stimmen dort aber die Fördersätze nicht mehr. Sicherlich ist es gut, Radwege zu bauen und dafür eine Förderung von 8 % zu bekommen. Für den Bau von Staatsstraßen für den Freistaat bekommt man, wenn es gut geht, ebenfalls 8 %. Wenn es jedoch um ein Schulhaus geht, um eine Ganztagsschule, die dringend gebaut werden muss, erhalten die Kommunen bestenfalls 40 %. Hier hinkt die Bildung hinterher. Auch hier muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch darauf eingehen, dass man die Mindestgröße bzw. die untere Ebene bei den Schlüsselzuweisungen beim FAG nicht oder nur ein bisschen verändert hat. Man muss sich über eines im Klaren

sein: Es gibt sicherlich viele kleine Kommunen, die viel leisten. Aber in jedem Landkreis gibt es zwei, drei oder vier Kommunen, die Leistungsträger par excellence sind und die viele Angebote machen: Kulturangebote, Trägerschaft von Musikschulen, Förderung von Erwachsenenbildung, Bildungsangebote, Büchereien, Sporteinrichtungen, Freibäder oder Hallenbäder. Die Kommunen können das nicht mehr bezahlen. Sie müssen beim Finanzausgleich stärker berücksichtigt werden. Das geschieht in diesem Nachtragshaushalt, bei diesem FAG, nicht. Deshalb sind wir auch nicht in der Lage, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Er entspricht nicht den Bedürfnissen, die, wie wir sehen, in unseren Kommunen gedeckt werden müssen.

Gleichzeitig möchte ich mich aber beim Vorsitzenden Winter sehr herzlich für die sehr zügige Bearbeitung der Anträge und Abwicklung der Sitzungen bedanken. Aber ich hoffe – und das möchte ich auch allen Kolleginnen und Kollegen der CSU im Haushaltsausschuss mitgeben -, dass wir beim Haushalt 2015/16 all das wiederfinden, was Sie im Hinblick auf den Haushalt 2015/16 versprochen haben, und dass auch den von uns gestellten, notwendigen Anträgen Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Knoblauch. Der nächste Redner ist Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Bachhuber! Ich glaube, Sie haben vergessen, dass Sie hier im Parlament sitzen, nicht in einem Hochamt. So viel Huldigung und Dank wie heute von Ihnen habe ich in diesem Hohen Haus in den letzten sechs Jahren noch nie vernommen.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, vielleicht haben Sie ihn ja für den Posten des Dankbeauftragten vorgeschlagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer weiß, vielleicht brauchen wir diese Position auch noch, damit Ihre Leistungen aus dem Kreis der Parlamentier entsprechend gewürdigt werden.

(Zuruf von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Haushaltspolitik heißt nicht, über fehlendes Geld zu jammern. Haushaltspolitik heißt nach den Vorstellungen der FREIEN WÄHLER, richtige Schwerpunkte zu setzen. Leider – Herr Kollege Knoblauch, Sie haben es angemerkt – war der Debattenstil zwar erfreulich, aber das Ergebnis ernüchternd, Herr Vorsitzender. Die CSU-Mehrheit hat sich nicht sachlich mit den Anträgen der anderen Fraktionen auseinandergesetzt, sondern alle pauschal in Bausch und Bogen abgelehnt. Da wäre vielleicht einmal zu überlegen, ob eine absolute Mehrheit wirklich immer richtig liegt, alle anderen aber immer falsch.

(Ingrid Heckner (CSU): Deswegen haben wir ja die Mehrheit!)

Frau Kollegin Heckner, vielleicht hätte es uns allen gutgetan, wenn wir Dinge im Konsens erledigt hätten, wo es möglich ist. Von daher wird es Sie nicht verwundern, dass ein Nachtragshaushalt, an dem die anderen Fraktionen faktisch nicht beteiligt waren, weil so gut wie kein Antrag durchgegangen ist, für uns natürlich auch nicht genehmigungs- und zustimmungsfähig ist, auch wenn das eine oder andere darin durchaus richtig sein mag.

Beginnen wir mit den Einnahmen. Die Einnahmen nehmen leider in Haushaltsberatungen, Haushaltsreden und im Parlament einen zu geringen Raum ein; denn die Einnahmen versetzen uns doch in die Lage, über zusätzliche Ausgaben und das Zurückfahren von Schulden nachzudenken. Es gab Zeiten, in denen Nachtragshaushalte davon geprägt waren, dass man zusätzlich Geld benötigte. Dann hat man sich nächtelang darüber gestritten, ob man Schulden erhöhen oder Leistungen streichen will. Deswe-

gen sind wir jetzt in einer eher komfortablen Situation, da es im Nachtragshaushalt etwas zu verteilen gilt.

Diese erfreuliche Erkenntnis ist Ausfluss des großen Fleißes unserer Bevölkerung. Unsere Steuerzahler haben sehr viel geleistet, mehr als wir ihnen zugetraut haben. Deswegen gibt es jetzt diesen positiven Nachtragshaushalt. Deswegen danke ich den Steuerzahlern, der Wirtschaft, den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften, die natürlich auch für dieses positive Klima in der Wirtschaft verantwortlich sind. Mein Dank gilt natürlich auch den politisch Verantwortlichen in Bund und Land, die durch die Schaffung richtiger Rahmenbedingungen dazu beigetragen haben, dass die Wirtschaft anders als in anderen Ländern Europas gut läuft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, man sollte den Steuerzahler bei Laune halten. Wir haben vor gar nicht allzu langer Zeit – ich meine, vor zwei Wochen – über einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zur Abschaffung der kalten Progression debattiert, ein Projekt, das Sie als Wahlversprechen schon seit über einem Jahrzehnt vor sich hertragen, ohne dass merklich etwas passiert. In der letzten Legislaturperiode konnten Sie sich hinter den Sozialdemokraten und den GRÜNEN verstecken, die über den Bundesrat signalisiert haben: Da machen wir nicht mit. - Jetzt wird es schwieriger. Ich war einigermaßen davon überrascht, dass Sie unseren Antrag zur Abschaffung der kalten Progression abgelehnt haben. Das ist nicht unbedingt glaubwürdig, wenn Sie dann, Herr Staatsminister Söder, am letzten Donnerstag bei der IHK in Memmingen lauthals verkünden, es sei eine Frage der Gerechtigkeit, die kalte Progression zu beseitigen. Ich werde nachschauen, ob Sie sich an der namentlichen Abstimmung beteiligt und wie Sie abgestimmt haben. Vielleicht waren Sie ja der Abweichler in der eigenen Fraktion. Wenn ja, dann wäre Ihnen dafür zu danken. Ansonsten sind die Ausführungen vom letzten Donnerstag etwas fragwürdig. Unabhängig davon müssen wir

dieses Problem angehen, weil wir bei einem Sinken der Steuereinnahmen andere Debatten führen müssen als die, die wir heute hier zu führen haben.

Der Länderfinanzausgleich ist ein anderer Punkt auf der Einnahmenseite. Auch dieser wird von Ihnen ständig strapaziert. Sie wissen, dass wir Ihre Klage unterstützt haben. Die Frage ist, wann da endlich etwas im Sinne des Freistaats Bayern entschieden wird. Ich sage ganz deutlich: Wenn hier im Sinne des Freistaats Bayern entschieden wird, haben wir zusätzliche Gestaltungsspielräume, die wir jetzt deswegen nicht haben, weil der Länderfinanzausgleich von Ihrem Vorvorgänger damals dilettantisch ausgehandelt wurde. Darunter leiden wir noch heute. Es ist Ihnen zu danken, dass Sie Ihrem Vorvorgänger hier die rote Karte zeigen und sagen: Mein Lieber, so geht es nicht; wir wollen hier mit den anderen Bundesländern eine gerechte Lösung finden und nicht das, was der damalige Ministerpräsident Stoiber zugunsten schwächerer Länder versprochen hat, möglicherweise in der Erwartung, irgendwann einmal Bundeskanzler des geeinten Deutschlands zu werden. Die Erwartung hat sich dann nicht erfüllt.

Nun kommen wir zu den Ausgaben. Bei den Ausgaben geht es darum, Schwerpunkte zu setzen. Natürlich hat da jede politische Kraft ihre eigenen Schwerpunkte. Unser Hauptschwerpunkt war und ist die Stärkung der Kommunen. Herr Kollege Bachhuber, deswegen haben wir Änderungsanträge mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro eingebracht. Wenn Sie sagen, das sei unseriös, frage ich: Wie ist denn das, was Sie hier machen, zu beschreiben? Wir beschließen eine Schuldenbremse, die auch für die Kommunen wirkt, eine Schuldenbremse, die die Kommunen einzuhalten haben. Wir, der Freistaat Bayern, vereinnahmen das Geld treuhänderisch für die Kommunen, das wir dann im Finanzausgleich teilweise an sie weitergeben müssen.Die Kommunen sind nicht originär an der Einkommensteuer beteiligt, sondern erhalten ihre Anteile über den Finanzausgleich. Genau da sind wir gefordert, die Kommunen vernünftig auszustatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt sagen Sie, meine Damen und Herren: Momentan sind es 8 Milliarden Euro. Das sind aber nicht, lieber Herr Bachhuber, 8 Milliarden Euro, die wir den Kommunen geben. Diese gönnerhafte Art finde ich sehr bedenklich; denn die Kommunen haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, finanziell ordentlich ausgestattet zu sein. Nein, wir als Treuhänder müssen die Kommunen so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben vernünftig wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren, ohne die Kommunen können wir in München, können wir in Berlin und können die Zuständigen in Europa Gesetze und Verordnungen beschließen, Dinge, die das Leben der Menschen besser machen sollen, aber wenn die Kommunen diese Dinge nicht kofinanzieren können, wenn die Kommunen nicht in der Lage sind, diese Gesetze in die Praxis umzusetzen, dann ist all das, was wir hier machen, für den Papierkorb. Die Kommunen sind diejenigen, die für das Leben vor Ort verantwortlich sind, für die Umsetzung unserer Ideen und Vorgaben, und dafür brauchen sie eine vernünftige finanzielle Ausstattung. Deswegen wollen wir das Verhältnis zwischen Freistaat Bayern und Kommunen in finanzieller Hinsicht auf neue Beine stellen. Dabei muss sich der Freistaat Bayern zukünftig mit etwas weniger begnügen, wohingegen die Kommunen etwas mehr bekommen. Das ist die Logik unserer Anträge.

Natürlich können wir in einen bestehenden Haushalt nicht eingreifen, Herr Kollege Bachhuber, das ist Ihnen sicherlich klar. Wir können nicht rückwirkend irgendwelche Kürzungen beschließen. Deswegen ist dieser Haushalt richtigerweise momentan aus Ihrer Sicht unterfinanziert, aus unserer Sicht sagen wir, wir verteilen die Finanzmittel anders. Das ist der Schwerpunkt, den wir setzen; denn wir sagen nicht nur bei Sonntagsreden, wir wollen die Kommunen stärken, wir untermauern dies auch durch unsere Politik im Bayerischen Landtag.

Und deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir die 15 % FAG-Mittel, die wir fordern. Wenn wir den nächsten Doppelhaushalt beraten, werden wir klar und deutlich sagen, wo dafür Kürzungen vorgenommen werden müssen. Ich gehe aber schon davon aus, dass die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht einvernehmlich

halb ruhend gestellt wird und erst im Jahr 2019 entschieden wird, wenn alles vorbei ist. Irgendwann wird man ja wohl hoffentlich eine Entscheidung bekommen, auf deren Grundlage man haushaltswirksam handeln kann.

Ich komme zu unseren Schwerpunkten im Bereich der Polizei. Hier muss ich einen Antrag herausgreifen, bei dem mir die Ablehnung im Ausschuss sehr wehgetan hat. Ich rede davon, dass wir 5 Millionen Euro für Schmerzensgeldansprüche von im Dienst verletzten Polizeibeamten bereitstellen wollten. Kollege Florian Herrmann, der hier vor mir sitzt, und ich haben es Ende der letzten Legislaturperiode nach jahrelangem Kampf im Ausschuss endlich durchgesetzt, dass wir einen Beschluss gefasst haben, dass diese Beamten entschädigt werden müssen. Wir haben es geschafft. Und jetzt, wenn wir das Ganze finanziell mit gerade einmal 5 Millionen Euro unterlegen wollen, scheitert das an der Mehrheit der CSU. Das verstehe, wer will.

Mit welchen Mitteln wollen wir die Polizeibeamten denn entschädigen, meine Damen und Herren? Oder war das nur ein Beschluss des unwichtigen Innenausschusses, und ein wichtiger Haushaltsausschuss gibt den Takt vor, und das Plenum nickt es ab? Wenn ich dann dagegensetze – auch das eine Kleinigkeit -, dass wir im Wirtschaftsministerium einen zweiten Amtschef brauchen, der entsprechend besoldet wird, während das Finanzministerium bekanntlich mit einen Amtschef auskommt, obwohl es nach meiner Auffassung in seiner Bedeutung und in seinen Aufgaben nicht geringer zu bewerten ist als das Wirtschaftsministerium, dann frage ich mich schon, wie andere hier Schwerpunkte setzen.

Unsere Schwerpunkte liegen bei der Polizei, der Bildung, der Jugend, der Gesundheit, den gleichwertigen Lebensverhältnissen und insbesondere der Infrastruktur. Der Kollege Muthmann wird im zweiten Teil noch vertieft und detailliert auf diese Themen eingehen. Ich denke, unsere Handschrift ist in den Anträgen deutlich erkennbar. Ich finde es sehr schade, dass die Mehrheit in diesem Hause der Meinung ist, all das könne man vom Tisch wischen. Aber, Herr Kollege Bachhuber, wie Sie richtig sagen, der Wähler vergisst nicht, auch wenn Sie Jahr für Jahr und Wahl für Wahl darauf hoffen.

Leider Gottes wird es aus Ihrer Sicht immer schlimmer, auch wenn es das letzte Mal eine kleine Verschnaufpause für Sie gegeben hat.

Aber kommen wir zur Sache selbst zurück. Ich meine, dass es – jetzt rede ich von Ihrem Stimmkreis, Herr Bachhuber, auch gern von einem Teil meines Stimmkreises - sehr wohl Regionen, Landkreise und Kommunen gibt, die dringend Hilfe brauchen, und dass wir in Bayern beileibe nicht in der Vorstufe des Paradieses sind. Oder wenn wir es denn sind, dann ist das Paradies so besonders erstrebenswert nicht, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Widerspruch bei der CSU)

- Ich weiß, Ihr Anspruch ist etwas geringer, liebe Kollegen. Aber es gibt hier im Freistaat noch vieles anzupacken und zu verbessern. Wenn Sie meinen, man könne sich behaglich zurücklehnen, dann überlassen Sie lieber denjenigen das Feld, die noch Engagement und Begeisterung dafür haben, etwas zu verbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Was ist passiert seit der Ersten Lesung zum Haushalt? – Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in der Zwischenzeit seinen Jahresbericht vorgelegt. Darin steht genau das, was ich hier in der Ersten Lesung zum Nachtragshaushalt gesagt habe: Zu viele Ausgaben, auf Dauer kann das nicht gutgehen. Ich zitiere den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Herrn Dr. Fischer-Heidlberger:

> Diesen rasanten Ausgabenzuwachs halte ich für bedenklich. Das süße Gift der stetig steigenden Steuereinnahmen darf die Staatsregierung nicht dazu verleiten, bei der Ausgabendisziplin alle Zügel schleifen zu lassen.

Meine Rede in der Ersten Lesung:

> Eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik sieht anders aus. Ziel muss es sein, dass Ausgaben und Einnahmen deckungsgleich sind, gerade in diesen wirtschaftlich florierenden Zeiten.
>
> (Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist dann passiert? – Die CSU war unglaublich aufgeregt und ungehalten. Es war die Rede davon, eine Behördenverlagerung durchzuführen und den Bayerischen Obersten Rechnungshof nach Oberfranken zu verlagern. Aha: Behördenverlagerung als pädagogisches Element in der Politik der CSU? – Auch spannend.

Übrigens, diese Drohgebärden in Richtung ORH gab es nun schon zum zweiten Mal. Auch beim letzten Bericht des Rechnungshofes, also dem vorhergehenden, hieß es in etwa, auch in Wunsiedel gäbe es freie Gebäude. Was ist dann passiert? Man hat zusammen Kaffee getrunken, der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, der Ministerpräsident und der Finanzminister. Das Ergebnis des Gesprächs war – zumindest war es in den Medien so zu lesen -, der Ministerpräsident sei sich mit dem ORH einig. Laut Ministerpräsident Seehofer hat der Bayerische Oberste Rechnungshof recht; denn so könne es nicht weitergehen. Die Ausgaben stiegen zu extrem an.

Man muss schon erwähnen, dass es ganz erstaunlich ist, wenn dem ORH jetzt plötzlich in diesem Punkt recht gegeben wird. Ein kleiner Einschub an dieser Stelle: Schon in der Regierungserklärung vom November 2013, Herr Ministerpräsident, hieß es, ab sofort würden die Ausgaben gedrosselt. Schon da war Ausgabedisziplin verordnet worden. Oder noch einmal anders gesagt: Gestern haben Sie – das habe ich auch gelesen – für die Zukunft Mäßigung und solides Haushalten versprochen. Heute wollen Sie hier Rekordausgaben ohne Ende beschließen.

> (Beifall bei den GRÜNEN)

Gilt heute schon wieder einmal nicht mehr das, was Sie gestern gesagt haben? Um 31 % ist der Haushalt gestiegen, seitdem der Ministerpräsident Seehofer heißt. Darin sind nicht einmal die Schulden der Landesbank eingeschlossen. Eine Drei-Prozent-Bremse wollen Sie sich bei den Ausgaben auferlegen. 3 % ist nicht mäßig oder solide, und das schon gar nicht, wenn man die um 31 % gestiegenen Ausgaben mit hineinrechnet. Wenn die Ausgaben 2015 und in den darauffolgenden Jahren um 3 % steigen, sind es knapp 1,5 Milliarden Euro mehr. Gleichzeitig sollen die Steuereinnahmen – das ist das offizielle Schreiben des Ministers – 2015 nur um 503 Millionen Euro und 2016 nur um knapp 590 Millionen Euro steigen. Damit ist das nächste Defizit vorprogrammiert. Die Steuereinnahmen lassen nur ein Wachstum von circa einem Prozent zu. Ich wiederhole: Ein Wachstum von 3 % in den Ausgaben bedeutet 1,5 Milliarden Euro mehr. Dem stehen bei den Steuermehreinnahmen einmal nur 500 Millionen und beim nächsten Mal nur knapp 600 Millionen Euro entgegen. Das heißt, das Defizit ist vorprogrammiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zum Bayerischen Obersten Rechnungshof und zum Kaffeetrinken. Der Bayerische Oberste Rechnungshof habe recht, sagte der Ministerpräsident öffentlich. Oder sollte damit eher Finanzminister Söder wieder etwas in die Schranken gewiesen werden? Das alte Spiel: Jemand wird öffentlich gestutzt, damit niemand in der Nachfolgedebatte zu groß wird. Dass es ein "Weiter so" nicht geben kann, ist offensichtlich auch dem Finanzminister klar.

Ich zitiere aus einem internen Aufstellungsschreiben der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2015/2016: Die Steigerungsraten des Staatshaushaltes der letzten Jahre lägen massiv über der Preissteigerungsrate. In diesem internen Schreiben gibt es schöne Grafiken, daran sieht man das richtig. Ich zitiere weiter: Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass derartige Ausgabenzuwächse auf Dauer dargestellt werden können. Daher müssen wir sparsam und überlegt wirtschaften. – Dass jetzt solche Worte gewählt werden, ist doch nur ein Ausdruck dessen, dass demnächst keine Wahlen an-

stehen. Die Aussage, dass man nur noch 3 % mehr ausgeben möchte, ist das Eingeständnis, dass alle Wahlen vorbei sind, dass man keine Wahlgeschenke mehr machen muss und dass man deswegen jetzt theoretisch Ausgabendisziplin verordnen könnte. Allein mir fehlt der Glaube, denn das wäre eine ganz neue Haushaltspolitik. Man müsste nämlich das machen, was die Haushaltspolitik eigentlich verlangt, nämlich Prioritäten setzen und umschichten. Man müsste auch einmal unpopuläre Entscheidungen treffen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das machen die nicht!)

Das sind genau die Prinzipien, nach denen wir unsere Haushaltspolitik gestalten: Prioritäten setzen und umschichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Schwerpunkte für diesen Nachtragshaushalt sind: Die Energiewende vorantreiben, den Klimawandel stoppen, für die Inklusion wenigstens ansatzweise etwas tun und die Bildung. Wenn Sie, liebe Staatsregierung, Ihre Politik endlich an diesen Prinzipien ausrichten würden, könnten Sie sich nicht immer nur die Gunst der Wählerinnen und Wähler oder die Gunst der eigenen Leute im Wettkampf um die Nachfolge des Ministerpräsidenten erkaufen. Besonders schön ist das bei einem Zitat von Markus Söder zu sehen. Nach der Kabinettssitzung vor zwei Wochen hieß es, dass auch ein starkes Land wie Bayern die Steigerungsraten der letzten drei Jahre bei den Ausgaben nicht auf Dauer durchhalten könne. Ziel sei es, die erfolgreiche Haushaltspolitik des Freistaates fortzusetzen. Markus Söder will also die Haushaltspolitik fortsetzen, obwohl sie nicht durchzuhalten ist. Das ist interessant. Das ist nicht nur ein semantisches, sondern auch ein praktisches Problem.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das, was in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer gesagt wurde, sind alles schöne Ziele. Doch wenn man es nur ein bisschen ernst meinen würde, dann wüsste man, was es kostet, diese Ziele zu

erreichen, und vor allem, wie man die Umsetzung dieser Ziele finanzieren will und kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier stelle ich jedoch Fehlanzeige fest. Nehmen wir als Beispiel die Garantie für die Grundschulen. In der Regierungserklärung hieß es recht wohlklingend, dass keine Grundschule geschlossen werden müsse. Das klingt sehr gut und wäre auch für uns ein sehr erstrebenswertes Ziel. Was ist aber seitdem passiert? Die Grundschule in Unterjoch muss schließen. Nichtselbstständige Grundschulen waren angeblich mit dieser Aussage nie gemeint. So stand es aber nicht in der Regierungserklärung. Das ist erst im Nachhinein so erklärt worden. Auf die Frage, wie und mit welchem Konzept selbstständige Grundschulen Bestandsgarantie haben sollen, sind Sie uns im Landtag, aber auch den Wählerinnen und Wählern bislang eine Antwort schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen passiert Folgendes: Wir beantragen ein Modellkonzept für den Erhalt von Grundschulen. Ich halte das für eine vernünftige Lösung. Wir beantragen nicht, dass jede Grundschule erhalten wird, sondern wir beantragen ein Modellkonzept. Was ist mit unserem Antrag passiert? - Er wurde abgelehnt.

Das nächste Versprechen aus der Regierungserklärung war die Ganztagsgarantie. Ganz abgesehen davon, dass dieses Versprechen nicht im Haushalt abgebildet ist, wurde es im November abgegeben. Was ist eigentlich mit der Ganztagsgarantie gemeint? Diese Frage habe ich schon bei der Ersten Lesung gestellt und leider keine Antwort darauf bekommen. Alle Kinder bis vierzehn, hieß es, sollen diese Garantie bekommen. Was meinen Sie damit? Welche Klasse soll das sein, und sollen es alle sein, die das wollen? Oder soll es nur ein Rechtsanspruch entsprechend dem Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte sein? Was ist mit der Ganztagsgarantie gemeint? Was ist seitdem passiert? - Nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das nächste Versprechen aus der Regierungserklärung hieß "Bayern barrierefrei bis 2023". Wie und wann soll das finanziert werden? Ist "Bayern barrierefrei 2023" das neue Schlagwort nach "Bayern schuldenfrei bis 2030"? Ist das wieder nur ein Motto ohne Plan und ohne Geld reinzustecken? Schon bei der Ersten Lesung hatte ich darauf hingewiesen, dass es Haushaltsreste in Höhe von 410 Millionen Euro gibt, mit denen unter anderem Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut werden könnten. Das wäre doch etwas. Verwenden Sie doch wenigstens die Haushaltsreste und gehen Sie ein kleines Stück in Richtung "Bayern barrierefrei".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso habe ich bei der Ersten Lesung mir und Ihnen die Frage gestellt, mit wie viel Geld die CSU-Fraktion die Kürzungen der Staatsregierung bei der klassischen Behindertenhilfe ausgleichen will. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich spreche hier nicht von der Inklusion oder von Geld für die Inklusion, sondern schlicht und einfach von der klassischen Behindertenhilfe, also von Investitionszuschüssen für Menschen mit Behinderung. Wir wissen doch alle, dass Menschen mit Behinderung heutzutage aufgrund der medizinischen Fortschritte Gott sei Dank älter werden. Was heißt das aber? Man bräuchte mehr Geld für Menschen mit Behinderung; denn dafür steigen die Ausgaben. Um es ganz klar zu sagen, wir brauchen mehr Geld für die Menschen mit Behinderung und die dafür erforderliche Infrastruktur.

Was passiert bei diesem Nachtragshaushalt? Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2014 steigt das Volumen auf fast 50 Milliarden Euro. Was machen Sie, liebe Staatsregierung, sehr geehrte Frau Sozialministerin Müller? – Sie lassen bei der klassischen Behindertenhilfe tatsächlich eine Kürzung um 3,5 Millionen Euro zu.

Die CSU-Fraktion mildert die Kürzung zwar ab; aber im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt 2011/12 fehlen immer noch 1,5 Millionen Euro. Da kann ein Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung noch so sehr vom Ziel "Bayern barrierefrei 2023" reden,

das nützt nichts, wenn hierfür kein Geld in den Haushalt eingestellt wird und wenn dann in der klassischen Behindertenhilfe sogar noch gekürzt wird. Genau deswegen stellen wir unsere beiden Anträge namentlich zur Abstimmung, die lediglich eine Zurücknahme der Kürzung beinhalten, die also nicht mehr Geld fordern, sondern einfach die Kürzung, die die Staatsregierung eingestellt und die CSU-Fraktion nicht ausgeglichen hat, zurücknehmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns bislang außerdem Geld kostet, und zwar bislang unsinnig – es fehlt auch jeglicher Beweis eines positiven Effektes -, ist die Verlagerung bzw. Teilverlagerung von Behörden. Mit diesem Nachtragshaushalt hätten wir noch einmal die Chance gehabt, eine Ausgabe zu stoppen, die die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen 20 Millionen Euro kostet, nämlich die unsinnige Verlagerung der Bewertungsstelle des Finanzamtes München nach Höchstädt.

Außerdem wurde auch noch der Bayernplan groß angekündigt und wurden weitere Behördenverlagerungen angedroht. Anders kann man es nicht sagen, weil das bisher nie effektiv war und einfach viel Geld gekostet hat. Es wurde auch schon vom Bayerischen Obersten Rechnungshof bemängelt. Strukturpolitik auf Kosten der Verwaltung, der Menschen in der Verwaltung und auf Kosten von Synergieeffekten in der Verwaltung ist ein Armutszeugnis.

Mit diesem Nachtragshaushalt wird zum ersten Mal der neue Ressortzuschnitt abgebildet. Was ist passiert? Ein Finanzminister, gleichzeitig der neue Heimatminister, bekommt einen beträchtlichen Teil an Zuständigkeiten, wofür Geld ausgegeben werden muss. Ich werde im Gegensatz zur Ersten Lesung nicht weiter ausführen, wie der Heimatminister den Finanzminister darum bittet, im Haushaltsvollzug Ausgaben zu genehmigen, und sich dann über die durch den Finanzminister Dr. Söder, den Bezirksschef oder den Ich-möchte-gern-Ministerpräsident-werden–Söder genehmigten Ausgaben freut.

Wie das so zugeht, haben wir gerade erst bei dem Kompetenzgerangel um den digitalen Aufbruch in Bayern in der Aktuellen Stunde erlebt. Darauf möchte ich auch nicht weiter eingehen; das haben wir alle in der letzten Woche hier leibhaftig erlebt.

Was ist in der Ressortverteilung noch passiert? Durch die Zusammenlegung von Schule und Hochschule ist ein Superministerium gebildet worden. Ich bin ganz ehrlich: Auch ich als haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion dachte ziemlich lange, dass das eine gute Möglichkeit wäre, in der Ministerialbürokratie Geld zu sparen. Aber dann habe ich Gespräche mit Verbänden und Vertretern aus den Ministerien geführt und erkannt, dass die Zusammenlegung kaum einen Spareffekt hat und vor allem nichts bringt bzw. ein viel zu großes Monstrum geschaffen hat. Ich erspare Ihnen und mir die Zitate, die aus Ihren eigenen Reihen über den neuen Superminister Spaenle in der Debatte um die Lehrer- und Lehrerinnenstellen fielen. Sie würden sehr wohl deutlich machen, dass man mit der Führung dieses Amtes nicht zufrieden ist. Aber Ressortzuschnitte kann man ja auch wieder ändern, liebe, sehr geehrte Staatsregierung.

Dann gibt es ein paar kleinere Zuschnitte, zum Beispiel die sinnvolle Verlagerung der Schiene zur Straße ins Innenministerium. Vielleicht erkennt man dann endlich, dass die Schiene etwas mehr Bedeutung bräuchte. Dann gibt es noch das angeblich andere Superministerium, das der Wirtschaft. Weil dort große Teile wie die Schiene und das Landesentwicklungsprogramm herausgenommen wurden, gibt es da jetzt zwei Amtschefs. So macht man es. Wenn man auf der Personalseite einsparen will, nimmt man Bereiche aus einem Ministerium heraus, und dafür gibt es zwei B-9-Stellen.

Für all diese Ausgaben, für all die Versprechen, die der Ministerpräsident hier und sonstwo macht, braucht man Einnahmen. In dem internen Aufstellungsschreiben zum nächsten Doppelhaushalt steht lapidar: Alle Möglichkeiten, Einnahmenansätze zu erhöhen, sind weiterhin konsequent auszuschöpfen. Im Hinblick auf die Politik und auf das, was in Bayern bisher passiert ist, ist das zwar ein Widerspruch in sich – ich komme darauf gleich zu sprechen -; aber das wäre ein Leichtes für den Freistaat.

Jahr für Jahr bemängelt der Bayerische Oberste Rechnungshof: Die Finanzverwaltung ist massiv unterbesetzt. Vor einigen Jahrzehnten hat das an der gleichen Stelle meine Vorvorgängerin Emma Kellner bemängelt, und selbst in den eigenen Reihen heißt es, wie gesagt, mehr oder weniger offiziell, die Unterbesetzung der Finanzverwaltung sei Absicht, weil man damit Betriebe und reiche Menschen nach Bayern locken möchte. Doch gerecht geht anders. Vor allem brauchen wir diese Einnahmen, um das, was Sie sich oder wir uns vorgenommen haben, in den nächsten Jahren zu finanzieren.

Bisher habe ich über das gesprochen, was wir mindestens einmal im Halbjahrestakt – beim Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs und bei den Haushaltsberatungen – hier im Landtag diskutieren. Sie weisen im Bereich der Finanzverwaltung mit Absicht zu wenig Stellen aus. Doch dieses Mal ist es noch anders. Die Staatsregierung hat der Steuerverwaltung versprochen, dass dann, wenn die Bearbeitung der Kfz-Steuer an den Bund übergeht, die Steuerverwaltung alle diese Stellen bekommt. Der Vermerk "künftig wegfallend" wird analog zu dem, was aufgrund des Druckes durch die Kommunalwahlen jetzt zum Glück bei den Lehrerstellen passiert ist, gestrichen. Damit werden die Stellen erhalten.

Doch was ist passiert? - 25 der der Finanzverwaltung versprochenen Stellen gehen einmal wieder in den Topf, nämlich dahin, wo man laut eigener Bekundungen abbauen will. Aber man braucht eine neue Spielwiese für den Finanzminister: die Filiale des neu geschaffenen Heimatministeriums in Nürnberg. Dorthin gehen nun eben einmal die 100 Stellen, die man eigentlich ganz dringend in der Finanzverwaltung bräuchte.

Schauen wir uns doch einmal den Bundesländervergleich an. In der Steuerverwaltung belegt Bayern fast immer den letzten Platz bei der Betriebsprüfung und bei der Steuerfahndung. Dabei will Bayern immer spitze sein. Seien Sie doch einmal spitze! Das wäre erstrebenswert. Streichen Sie den kw-Vermerk und lassen Sie die Stellen für die Kfz-Steuer bei der Steuerverwaltung. Sie würden damit auch etwas für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates tun; denn diese würden endlich entlastet. Dass die bayerische Steuerverwaltung sehr, sehr gute Arbeit leistet, zeigen die guten

Prüfergebnisse, die so gerne von Ihnen zitiert werden. Tun Sie etwas für die Einnahmen Bayerns! Stärken Sie die Steuerverwaltung, so wie Sie es versprochen haben!

Jetzt müssen wir noch drei Schritte zurückgehen; denn Sie müssten mehr Planstellen einrichten, um die Steuerverwaltung zu stärken. Sie müssten alle Stellen, die Sie der Steuerverwaltung versprochen haben, der Steuerverwaltung überlassen. Aber jetzt wird es völlig absurd. Wir hier im Hohen Haus sind uns alle einig, dass wir mehr Menschen in der Finanzverwaltung brauchen. Da nehme ich auch gern die Aussagen und die Stoßrichtung der Staatsregierung wahr und begrüße sie. Doch was passiert? - Stellen bleiben unbesetzt. Im Haushaltsplan stehen fast 2.000 Stellen mehr, als in der Finanzverwaltung tatsächlich besetzt sind. Da frage ich mich schon, wie so etwas sein kann. Weigert sich etwa das Finanzministerium, den Haushaltsplan zu vollziehen? Was nützt es, wenn der Landtag einen Stellenplan beschließt und die Regierung die Hände in den Schoß legt?

Ein nächster Punkt. Wir brauchen mehr Stellen in der Finanzverwaltung; da sind wir uns alle einig – so einig, dass Finanzminister Söder sogar behauptet, die Steuerverwaltung habe 2009 fast 1.500 zusätzliche Stellen erhalten. 1.500 neue Stellen für Steuerfahnder sind geschaffen worden. Da frage ich mich schon, wie das gehen soll, wenn die Zahl der Planstellen in der Finanzverwaltung nur um gut 400 gestiegen ist. Angeblich sind 1.500 neue Stellen geschaffen worden; aber die Zahl der Planstellen ist nur um 400 angewachsen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Diese Rechnung schafft nur Markus Söder!)

- Danke, Herr Kollege Halbleib. Neue Zahlen- und Rechentricks vonseiten der Staatsregierung, die wir aus der Diskussion um Lehrerstellen schon gewohnt sind, schlagen jetzt auch hier auf. Bei der Höhe der Rücklage kann man allerdings nicht mehr nett von Rechentricks reden. Da gibt es nichts weiter als eine falsche Darstellung der Tatsachen, Herr Dr. Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Beginn dieses Doppelhaushalts hatten wir gut 4 Milliarden Euro in der Rücklage. Ende 2014 werden es nach Ihren eigenen Angaben 3 Milliarden Euro sein. Wenn also der Finanzminister sagt, dass er die Rücklage aufgestockt hat, ist das schlichtweg falsch.3 Milliarden Euro sind weniger als 4 Milliarden Euro. Das ist ganz einfach und schlicht festzustellen.

Apropos fehlende Einnahmen: Bei der Landesbank sah es einmal kurz, ganz zufällig vor der Landtagswahl, so aus, als ob die Landesbank in Zukunft tatsächlich dem Staat wieder mehr Geld einbringt, als sie ihn kosten würde. Dies war einmal ganz kurz vor der Landtagswahl. Jetzt ist es wie folgt: Die BayernLB hat im vergangenen Jahr keinen Gewinn erzielt, und jetzt darf sie keine Dividende ausschütten. Um das auszugleichen, zahlen Sie aus dem entsprechenden Kapitel, der stillen Einlage, knapp 400 Millionen Euro, damit das Loch in diesem Jahr gestopft wird. – Schön und gut. Aber: Mehr Geld gibt es dadurch auf Dauer nicht. Die Rückzahlung der stillen Einlage wird einfach nur vorgezogen, um die ausbleibenden Zahlungen auszugleichen.

Trotz aller Rückzahlungsrhetorik vonseiten der Staatsregierung sieht die Bilanz für den Haushalt immer noch negativ aus. Die Landesbankrettung wird die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bis Jahresende gut 12 Milliarden Euro gekostet haben. Wenn der Plan aufgeht, aber auch nur dann, wird die Bank bis Jahresende knapp 1,7 Milliarden Euro an den Staat gezahlt haben. Es bleibt immer noch ein Minus von gut 10,5 Milliarden Euro übrig. Die Tilgung der Schulden der Landesbank ist also bis auf Weiteres verschoben – ganz zu schweigen von den Risiken, die aufgrund der Hypo Alpe Adria noch bestehen könnten.

Auf der Einnahmenseite gab es an dieser Stelle zumindest noch in der letzten Legislatur, also vor nicht gar zu langer Zeit, einen Punkt, über den wir einen ganz großen Dissens hatten. Sie waren hier und erklärten es als Ihr wichtigstes Ziel, das Einzige, was erstrebenswert ist, die kalte Progression abzubauen. Wenn wir in der letzten Legislatur, meist in Person von Eike Hallitzky, auch nur wagten zu sagen, dass dieses zwar ein schönes, ein wirklich erstrebenswertes Ziel sei, man aber für eine Gegenfinanzie-

rung sorgen müsse, bevor man an den Abbau der kalten Progression herangehen könne, weil alles andere unsolide sei, was passierte dann? – Da war das Geschrei auf dieser Seite des Hauses groß, allen voran von Dr. Söder, dass die GRÜNEN dem kleinen Mann wieder nichts von seiner Hände Arbeit gönnen usw. und so fort. Was Sie, Herr Dr. Söder und Herr Ministerpräsident, in Bezug auf die kalte Progression vor der Wahl und nach der Wahl gesagt haben, ist schlicht und einfach Wählertäuschung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert denn seitdem mit den Einnahmen? - Sie sprudeln weiterhin. Man will dies gar nicht wahrhaben. Es gibt aber immer mehr Steuermehreinnahmen; das ist so. Deswegen ist dies Wählertäuschung.

Ganz kurz zum FAG. Auch wir wollen – das haben wir im letzten Doppelhaushalt beantragt und werden es auch wieder tun – den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund von 15 % anheben. Das haben wir jetzt im Nachtragshaushalt nicht abgebildet; wir werden es aber noch tun. Wir finden es sehr wichtig, dass der kommunale Anteil angehoben wird. Wir wollen nicht den goldenen Zügel nach dem Motto: hier einmal und da einmal eine Bezuschussung, sondern wir wollen den Anteil am allgemeinen Steuerverbund anheben.

Was ist seit der Ersten Lesung passiert? – Sie, die CSU-Fraktion, haben den Haushalt kein bisschen generationengerechter gemacht. Nach wie vor gilt der Grundsatz: Egal, wie unsolide es ist, werden die Schulden PR-wirksam getilgt, statt etwas für die Vorsorge zu tun. Warum unsolide? – Die Schuldentilgung ist geringer als die Rückzahlung der BayernLB und die ersparten Mittel für die Vorsorge insgesamt. Das belegt, dass das Konzept mit dem neuen Pensionsfonds schon im Eimer ist, bevor es richtig losgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Wähler- und Beamtentäuschung. Noch einmal anders gesagt: Der Griff in die Rücklage, um Einnahmen und Ausgaben bei diesem Nachtragshaushalt auszugleichen – das sind über 800 Millionen Euro –, ist größer als die angebliche Schuldentilgung von 500 Millionen Euro.

Wir wollen stattdessen einen Haushalt, der grün, generationengerecht und sozial gerecht ist. Unsere Schwerpunkte sind: mehr Geld für energetische Sanierung, weniger für Staatsstraßen, im Bereich Soziales mehr Geld für Schwerbehinderte, Blindengeld, keine Kürzung im Behindertenplan, mehr Geld für die Asylsozialberatung, in der Bildung mehr Geld für Ganztagsschule und Inklusion. Alle unsere Anträge sind gegenfinanziert, wie Kollege Bachhuber vorher bestätigt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielen Dank für die Ehrlichkeit an dieser Stelle und auch im Ausschuss. Ich habe das vorher schon in einer Zwischenbemerkung gesagt. Im Gegensatz zur CSU sind wir mit unseren Anträgen ohne Mehrausgaben ausgekommen. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist Herr Kollege Peter Winter von der CSU.

Peter Winter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Ministerpräsident! Liebe Frau Stamm, Schuldentilgung ist Vorsorge. Ich hätte mir Visionen gewünscht. Stattdessen haben Sie im Klein-Klein irgendwelche Dinge aus dem Haushalt herausgepickt, um dann darzustellen, wie Sie sich Haushaltsgestaltung vorstellen. Ich habe eigentlich geglaubt, dass Sie in die Zukunft blicken, statt nur rückwärtsgewandt irgendwelche Thesen zu vertreten, auf die ich noch eingehen werde.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, dass wir heute nach wirklich arbeitsintensiven Wochen der Beratungen im Haushaltsausschuss den 2. Nachtragshaushalt 2014 beschließen können. Auch ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss bedanken. In fünf Sitzungen haben wir in über 22 Stunden Sitzungszeit in der Sache oft streitig, aber, wie ich meine, letztlich doch konstruktiv zusammengearbeitet. Lieber Herr Kollege Knoblauch, auch wir wissen, auch aus unserer kommunalen Tätigkeit, dass Haushalte keine Wunschkonzerte sind, sondern dass man Einnahmen und Ausgaben immer sehr sorgfältig abwägen muss.

Mein Dank gilt unserem Finanzminister und seinen beiden Staatssekretären für ihre stetige und aktive Präsenz bei unseren Beratungen. Aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, der Fraktionen sowie der Ministerien gilt der Dank für die gute Vorbereitung unserer Sitzungen.

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Sehr schön!

(Allgemeiner Beifall)

- Das wird den Mitarbeitern gefallen. Ich danke Ihnen.

Wir haben neben dem Nachtragshaushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 14 verschiedene Einzelpläne beraten. Dabei musste der Ausschuss 238 Änderungsanträge und eine stattliche Zahl von Eingaben bewältigen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen der Opposition, ich kann die Worte von Franz Müntefering sehr gut nachvollziehen, dass es schwer ist, einem solchen positiven Zahlenwerk, das den Menschen in Bayern hilft, etwas entgegenzuhalten, wenn die Faktenlage eindeutig ist.

Wir, die CSU-Fraktion, haben mit 17 eigenen Anträgen deutliche Akzente im Nachtragshaushalt gesetzt, auf die ich später eingehen werde. Ich bedanke mich auch für die nahezu einstimmige Zustimmung zu diesen Anträgen der CSU-Fraktion.

Bayern ist das Land der stabilen Staatsfinanzen. Daran lassen wir nicht rütteln. Wir haben in Bayern gezeigt, dass solide Haushaltspolitik zugleich die Grundlage für eine Politik der Zukunftsgestaltung ist. Abgesehen von unserer Investitionsrate investieren wir in unsere Familien, in beste Bildung und in Innovation. Der Haushalt ohne neue Schulden und seit 2012 der konsequente Schuldenabbau sind wesentliche Bausteine unserer erfolgreichen Strategie. Wir stärken den Standort Bayern im internationalen Wettbewerb dauerhaft, indem wir Gestaltungsspielräume erhalten und ausbauen. Nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte und Haushaltskonsolidierung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Bayern ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort im Herzen Europas.Unsere hervorragende Bilanz ist das Ergebnis des Einsatzes und der Arbeit unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine wettbewerbsstarke Wirtschaft mit einer hohen Investitionskraft. Mit einer Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 2008 bis 2013 in Höhe von 8,5 % belegt der Freistaat Bayern im Ländervergleich mit Abstand eine Spitzenposition. Bayern ist der Wirtschaftsmotor in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Laut einer aktuellen Auswertung des IW Köln liegt Bayern sowohl beim wirtschaftlichen Niveau als auch bei der Dynamik ganz vorne. Unter den besten zehn Regionen finden sich jeweils sieben bayerische Regierungsbezirke.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Ausdruck unserer Wirtschaftspolitik für ganz Bayern für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regierungsbezirken. Diese Entwicklung unterstützen wir auch durch eine massive Aufstockung der Regionalförderung. Wir haben die Regionalförderung im Nachtragshaushalt 2012 um 40 Millionen Euro und im Doppelhaushalt 2013/2014 um weitere 20 Millionen Euro auf derzeit rund 160 Millionen Euro erhöht. Das zeigt: Wir tun viel für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern.

Angesichts dieser positiven Daten finde ich manchen Vorwurf der Opposition etwas verwunderlich. Wenn man sich die Vorwürfe und die Änderungsanträge der Opposition näher anschaut, fällt vor allem eines auf. Das Motto lautet: mehr fordern, ohne seriöse Vorschläge zur Gegenfinanzierung.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Vorschläge zur Gegenfinanzierung oder Umschichtung gemacht werden, sind diese oft untauglich, wie etwa der Vorschlag der GRÜNEN, die Mittel für die Schuldentilgung in Höhe von 540 Millionen Euro in den Pensionsfonds zu stecken. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das passt nicht zu unserem Gesamtkonzept aus Schuldenabbau und Pensionsvorsorge.

Liebe GRÜNEN, wir können auch einer Streichung des Frankenschnellweges nicht zustimmen, weil wir für dieses Land eine funktionierende Infrastruktur brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Die Schuldzinsen, die wir uns bei einem vollständigen Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 – ab dem Jahr 2031 dauerhaft – ersparen, dienen gerade der Mitfinanzierung künftiger Pensionsaufwendungen. An dieser Stelle möchte ich auch einige Beispiele für schlicht nicht finanzierbare Änderungsanträge der Opposition nennen, die wir im Ausschuss intensiv beraten haben. So haben die FREIEN WÄHLER – Herr Kollege Bachhuber hat darauf hingewiesen – allein zum kommunalen Finanzausgleich Mehrausgaben in Höhe von über einer Milliarde Euro gefordert, ohne zu verraten, woher der Freistaat das Geld nehmen soll. Das sind allein die Mehrforderungen der FREIEN WÄHLER zum kommunalen Finanzausgleich, die bezifferbar sind.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir lassen keine Kommunen verhungern!)

– Bei uns hungert niemand. Gucken Sie sich einmal ein bisschen um. Ich weiß nicht, wo Sie in Afrika unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Man könnte fast meinen, die FREIEN WÄHLER haben sich von Anträgen der SPD inspirieren lassen, mit denen die SPD – zugegebenermaßen kurz vor der Kommunalwahl – für Kommunen einen Maximalforderungskatalog aufgestellt hat. Bereits in der Ersten Lesung habe ich erwähnt, dass allein die darin enthaltenen Forderungen zum kommunalen Finanzausgleich den Freistaat mehr als eine Milliarde Euro kosten würden, ohne dass Sie einen einzigen Vorschlag zur Gegenfinanzierung machen, ohne zu sagen, woher das Geld kommt.

Derzeit habe ich aber den Eindruck, dass die FREIEN WÄHLER die SPD überholen wollen. Die FREIEN WÄHLER haben jetzt zum kommunalen Finanzausgleich eine Vielzahl von Forderungen aufgestellt, zum Beispiel die Erhöhung des Kommunalanteils – wir haben es gehört –, die Erhöhung der Investitionskostenförderung für bayerische Krankenhäuser – die Kommunen wollen da etwas anderes, was man erfährt, wenn man mit ihnen spricht – und die Erhöhung der Zuweisung für notwendige Schülerbeförderungskosten. Allein diese drei Punkte belaufen sich nochmals auf 800 Millionen Euro. Wir reden hier von Änderungsanträgen zu einem Nachtragshaushalt.

Wenn man diese Anträge sieht, könnte man annehmen, dass der kommunale Finanzausgleich 2014 stark zurückgegangen ist, doch das Gegenteil ist der Fall: Mit über knapp 8 Milliarden Euro hat der kommunale Finanzausgleich ein absolutes Rekordniveau erreicht. Wir sind und bleiben unseren Kommunen ein starker und verlässlicher Partner. Wir unterstützen sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Ich glaube immer alles, was ich sage. Lieber Herr Pohl, noch ein kurzes Wort zur Gegenfinanzierung. Sie haben den Satz gesagt – so kann man es jedenfalls in den Nachrichten des Bayerischen Beamtenbundes lesen, dieser Satz hat mir eigentlich sehr gefallen –: "Verantwortungsvolle Haushaltspolitik sucht jedoch auch nach Einsparmöglichkeiten." Aus Ihren Änderungsanträgen muss ich allerdings schließen, dass Sie nach solchen Einsparungsvorschlägen noch auf der Suche sind; denn bisher haben wir im Haushaltsausschuss alle noch keine Vorschläge gehört. Oder meinen Sie damit unsere verantwortungsvolle Haushaltspolitik? Unsere Haushaltspolitik zeichnet sich nämlich durch folgende Schwerpunkte aus: den Haushalt ohne neue Schulden und den konsequenten Schuldenabbau.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Ausgaben im Jahr 2014 sind solide finanziert. Alle zusätzlichen Ausgaben im Nachtragshaushalt werden aus eigenen Mitteln erbracht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Auch wenn man von Oppositionsseite die Dinge gerne etwas anders darstellt, ist Fakt: Der Freistaat Bayern gibt nur das aus, was vorher erwirtschaftet worden ist.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Wir machen keine neuen Schulden, nein. Wir zahlen Schulden zurück. Im Zeitraum 2012 bis 2014 haben wir bereits 2,54 Milliarden Euro zurückgezahlt. Daran ändern auch Vorwürfe der Opposition über eine versteckte Verschuldung und all diese Dinge nichts. Irgendwie gewinnt man den Eindruck, liebe Opposition, die solide Finanzpolitik der CSU soll mangels anderer Fakten kleingeredet werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Mit diesem Nachtragshaushalt reagieren wir auf Notwendigkeiten. Zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers im Mai/Juni 2013 und der sich daraus ergebenden schwieri-

gen Verhältnisse werden 404 Millionen Euro vorgesehen. Die Mehrausgaben zur Zahlung im Länderfinanzausgleich von 200 Millionen Euro tun mir weh. Diese Summe ist ebenso eingestellt wie die auch in Bayern steigenden zusätzlichen Ausgaben im Asylbereich in Höhe von rund 180 Millionen Euro.

Traditionell wird in den Nachtragshaushalten der Stellenplan nicht allgemein geöffnet. Der zweite Nachtrag 2014 beschränkt sich daher auf die weiteren Verbesserungen im Stellenbereich und auf besondere Schwerpunkte, nämlich auf den Hochwasserschutz, auf die Justiz und vor allem auf die Finanzverwaltung. Sie kennen die Zahlen. Auch auf diesen Gebieten haben wir Stellen geschaffen.

Daneben haben wir als CSU-Fraktion die Garantie abgegeben, dass in dieser Legislaturperiode trotz der auch in Bayern sinkenden Schülerzahlen alle Lehrerstellen an den Schulen erhalten bleiben. Das spricht dafür, dass 829 Lehrerstellen auch im Schuljahr 2014/2015 fortbestehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gilt das für alle?)

– Herr Kollege Pohl, Sie waren in den Ausschusssitzungen dabei. Sie haben doch mitgemacht und wissen auch, dass wir diese Garantie abgegeben haben und die Lehrer einstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Mit der Lehrerstellengarantie setzen wir ein Zeichen für den Ausbau der Ganztagsschulen, die Inklusion, die Stützung kleiner Grundschulstandorte und den Ausbau der individuellen Lernzeit.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Auch Hindelang?)

Ein weiterer Schwerpunkt des Nachtrages ist die Finanzierung der Tarif- und Besoldungsrunde. Im Nachtragshaushalt wird die Erhöhung für 2014 ausfinanziert und fi-

nanziell abgesichert. Auch da stehen wir bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wort.

Wir haben als CSU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen einige wichtige Schwerpunkte gesetzt, insbesondere bei den Investitionen. Insgesamt haben wir Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 50 Millionen Euro mit auf den Weg gebracht.Mit 25 Millionen Euro ist gut die Hälfte davon für den Erhalt unserer Staatsstraßen und Brücken vorgesehen. Wir gewichten damit die Bestandserhaltung stärker als den Neubau. Bereits der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung der Mittel für den Um- bzw. Ausbau von Staatsstraßen um 10 Millionen Euro vor; damit lagen wir bereits bei Investitionen von 225 Millionen Euro in diesen Bereich. Rechnet man die erwähnten 25 Millionen Euro hinzu, kommt man auf insgesamt 250 Millionen Euro allein an investiven Baumitteln für die öffentliche Straßeninfrastruktur im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Mit den geplanten Baumaßnahmen stärken wir gezielt die Verkehrsinfrastruktur und verbessern so die Anbindung der ländlichen Räume an die Ballungszentren.

Wir unterstützen die Energiewende. Auf Initiative unserer Fraktion werden im Jahr 2014 10 Millionen Euro zusätzlich für die Steigerung der Energieeffizienz staatlicher Gebäude bereitgestellt. Damit verbessern wir das bestehende Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" für das laufende Jahr von 20 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um den CO_2-Ausstoß in Bayern nachhaltig zu reduzieren.

Was den Bereich der inneren Sicherheit angeht, so wollen wir unsere Polizistinnen und Polizisten noch besser gegen Gewalt schützen. Mit rund 5,5 Millionen Euro wird die Schutzausrüstung der Polizei weiter verbessert. Ich erinnere an die Debatte, die wir hier über den Einsatz unserer Polizistinnen und Polizisten in Hamburg geführt haben. Mit den zusätzlichen Mitteln beheben wir Schwachstellen in deren Ausrüstung. Wir wollen die schützen, die uns schützen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Für Investitionen in staatliche Liegenschaften stellen wir insgesamt 5 Millionen Euro zusätzlich bereit. Ein Teil der geplanten Maßnahmen dient dazu, ein Mindestmaß an Barrierefreiheit umzusetzen. So wollen wir Menschen mit Behinderung zum Beispiel den selbstständigen Konzertbesuch im Herkulessaal und im Brunnenhof der Münchner Residenz ermöglichen. Diese Maßnahmen sind ein Schritt in Richtung unseres erklärten Ziels, ein barrierefreies Bayern zu erreichen.

Auf Initiative unserer Fraktion werden außerdem 3,75 Millionen Euro für Verbesserungen im sozialen Bereich zur Verfügung gestellt. Davon sind 2 Millionen Euro zur Umsetzung des Bayerischen Landesplanes für Menschen mit Behinderung vorgesehen. Daneben stellen wir 1,75 Millionen Euro für den Ausbau der Asylsozialberatung bereit. Die Asylsozialberatungsstellen sind die zentralen Ansprechpartner der Asylbewerber vor Ort. Wir wollen auch hier ein Zeichen setzen.

Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Auch im Bereich der Bildung sind digitale Technologien und Kompetenzen für das Informationszeitalter ein treibender Motor unserer Zukunftsfähigkeit. Im Nachtragshaushalt wollen wir die digitale Bildung mit rund 1 Million Euro voranbringen. Mit diesen Mitteln soll die Entwicklung einer neuen zentralen Software zur Umsetzung der digitalen Bildung in Bayerns Schulen gefördert werden. Damit helfen wir den Schülerinnen und Schülern bei der Entfaltung ihrer digitalen Bildungskompetenz. Außerdem haben wir im Bildungsbereich dafür gesorgt, dass die Schulaufwandspauschale zum 1. August 2014 erhöht wird. Dadurch verbessert sich die Förderung privater Träger von Grund- und Hauptschulen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Peter Winter (CSU): - Ununterbrochen. – Noch kurz:

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine halbe Million Euro für den Kampf gegen die Droge Crystal Meth eingesetzt. Damit wollen wir ein Zeichen gegen dieses verheerende Drogenproblem im bayerisch-tschechischen Grenzraum setzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bin fest davon überzeugt, dass das ein Nachtragshaushalt für die Zukunft ist. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment! Lieber Herr Kollege Winter, ich wollte Sie zwar unterbrechen, aber nicht vom Podium vertreiben.

Peter Winter (CSU): Danke, Herr Präsident.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben nämlich noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter, geschätzter Herr Kollege Winter,

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Sie haben gesagt, dass das, was ich vorhin dargelegt habe, Klein-Klein gewesen sei. Daher möchte ich noch einmal die wichtigsten Fakten nennen: Dieser Nachtragshaushalt weist ein Finanzierungsdefizit von 820 Millionen Euro auf. Einnahmen und Ausgaben klaffen insoweit auseinander. Das Geld wird aus der Rücklage genommen. 820 Millionen Euro – wenn Sie das Klein-Klein nennen, finde ich das schon sehr spannend.

Dann haben Sie ein schönes Beispiel genannt: Die Residenz wird mit Ihrer Hilfe barrierefrei ausgebaut. Das ist begrüßenswert. Nichtsdestotrotz wünsche ich mir, dass es in der klassischen Behindertenhilfe nicht zu Kürzungen kommt. Die behinderten Menschen brauchen diese Infrastruktur. Geben Sie sich heute einen Ruck und stimmen Sie unseren Anträgen zu! In diesem Bereich fehlen 1,5 Millionen Euro. Es kommt letztlich zu einer Kürzung und nicht zu einer Steigerung, die wir aber brauchen.

Ferner möchte ich fragen, was Klein-Klein daran ist, wenn wir – im Gegensatz zu Ihnen – unsere Anträge gegenfinanzieren. Laut Anträgen der CSU-Fraktion kommen noch einmal 20 Millionen Euro aus der Rücklage.

Schließlich möchte ich wissen, was Klein-Klein daran ist, wenn ich die Staatsregierung auffordere, einfach nur zu beziffern, wie viel all die Versprechungen kosten, die Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung abgegeben hat. Es gibt keinerlei Plan, was die Grundschulgarantie und die Ganztagsgarantie angeht. Wie wollen Sie die Ziele erreichen, wie wollen Sie das finanzieren? Wir sind, was diese Ziele angeht, gern dabei. Aber wir müssen wissen, wie Sie das alles finanzieren wollen. Ich bin gespannt.

Neulich haben sich CSU und Staatsregierung selbst verordnet, nicht mehr 6 %, sondern nur noch 3 % Steigerung des jährlichen Haushaltsvolumens vorzusehen. In den vergangenen Jahren, insbesondere vor Wahlen, waren Steigerungen um 6 % normal. Ich bin gespannt darauf, wo Sie umschichten, einsparen und Prioritäten setzen, nachdem Sie alle Umschichtungsvorschläge, die von uns kommen, gleich schlechtmachen. Ich würde jedenfalls gern Mäuschen in der CSU-Fraktion sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Peter Winter (CSU): Ich unterstelle einfach, dass die Verwaltung des Hohen Hauses dafür sorgt, dass in unserem Konferenzsaal keine Mäuse herumlaufen. - Liebe Frau Kollegin, ich sagte es schon – Kollege Bachhuber hat auch deutlich darauf hingewiesen –: Wenn Sie solche Vorschläge unterbreiten – dass Sie Vorschläge unterbreiten, erkennen wir an –, aber als Gegenfinanzierung die Streichung des Frankenschnellwegs empfehlen, dann lehnen wir das ab. Wir meinen, dass der Frankenschnellweg eine wichtige Infrastrukturmaßnahme ist.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin und liebe Mitglieder Ihrer Fraktion, Sie brauchen sich nicht zu wundern; wir gehen im Haushaltsausschuss ordentlich miteinander um. Nach all den Dramen, die Sie hier geschildert haben, und nach der von uns beschlossenen Beschränkung der Ausgabensteigerung auf 3 % hätten Sie eigentlich einen Jubelschrei loslassen müssen. Unser Beschluss müsste Ihnen doch total ins Konzept passen. Deshalb verstehe ich Ihre Kritik nicht.

Ich füge hinzu: "Klein-Klein" drückt für mich aus, dass Sie die großen Strukturen, die dieser Nachtragshaushalt mit sich bringt, nicht anerkennen. - Ich sage Ihnen noch etwas: Wir haben das Geld, das wir ausgeben, erwirtschaftet. Wenn eine Hochwasserkatastrophe eintritt, dann reagieren wir darauf im Sinne der betroffenen Menschen. Auch das ist Teil des Nachtragshaushalts. Aber das wissen Sie doch alles, Frau Kollegin Stamm.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Halbleib. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind am Schluss einer sehr intensiven Haushaltsberatung im Bayerischen Landtag angelangt. Ich darf auf die Vorredner Bezug nehmen, auf zwei geschätzte Kollegen des Haushaltsausschusses von der CSU, Kollegen Bachhuber und Kollegen Winter.

Lieber Kollege Bachhuber, zunächst zu Ihnen: Ich weiß nicht, wie man das bezeichnen kann, was Sie am Anfang Ihrer Ausführungen von diesem Rednerpult aus von sich gegeben haben. Wenn ich es freundlich umschreiben sollte, würde ich sagen: Das war ein Stück weit haushaltspolitisches Bauerntheater.

(Beifall bei der SPD)

Als Sie sich auf die Finanzpolitik bezogen, sprachen Sie tatsächlich von "alten" Schulden, die abgebaut werden. Ich weise darauf hin, dass die Schuldenlast dieses Frei-

staates erst vor Kurzem, aufgrund Ihres Steuerungsverlustes bei der Landesbank, um 10 Milliarden Euro gestiegen ist. Es ist Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für den Abbau der von Ihnen selbst herbeigeführten Nettoneuverschuldung zu sorgen. Aber Sie reden hier von "alten" Schulden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Es geht schon um die strukturellen Verbesserungen für die Kommunen. Wenn alles stimmt, was Sie in Jubelorgien über den kommunalen Finanzausgleich sagen, frage ich Sie: Wie eng ist Ihr Kontakt zu Ihren früheren Berufskollegen, den Bürgermeistern und Kommunalpolitikern vor Ort? Was die Kommunalpolitiker über die kommunale Finanzausstattung sagen, widerspricht dem, was Sie hier mit Jubeltönen von sich geben. Ich frage Sie: Warum denken wir jetzt schon darüber nach, wie wir den kommunalen Finanzausgleich in Bayern strukturell reformieren, wenn alles in Ordnung ist? Herr Kollege Winter, eines darf ich auch noch einmal ansprechen: Wenn wir nach der neuen Direktive des Herrn Ministerpräsidenten von Ausgabensteigerungen von 1,5 Milliarden Euro – 1,5 % des Ausgabevolumens – ausgehen, dann reden wir beim nächsten Doppelhaushalt über drei Milliarden Euro Ausgabensteigerungen. An dieser Stelle frage ich, warum es falsch ist, wenn eine Milliarde Euro von diesen drei Milliarden Euro – das ist ein Drittel – in die bayerischen Kommunen fließt. Das ist richtige Kommunalpolitik. Sie verweigern sich dieser Notwendigkeit. Das darf ich an dieser Stelle einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss den hohen Ton der vermeintlich soliden Finanz- und Haushaltspolitik ansprechen. Sie reden immerfort von den Fragen: Wie werden diese Anträge gedeckt? Wie werden diese Anträge finanziert? Ich weise noch einmal darauf hin, dass Sie in diesem Haushaltsjahr 2014 einen negativen Finanzierungssaldo von gut einer halben Milliarde Euro hatten. Sie haben ihn mit diesem Nachtragshaushalt um 176 Millionen Euro auf 767 Millionen Euro erhöht. Diese Ausgaben sind durch die Einnahmen nicht

abgedeckt. Das ist die Wahrheit. Sie haben noch einmal 20 Millionen Euro draufgelegt. Sie entnehmen etwa 1,3 Milliarden Euro aus der Rücklage, um diesen Haushalt zu decken. Tatsächlich fragen Sie die Opposition, woher sie die Deckung für ihre Verbesserungsvorschläge nimmt. Sie halten uns den Spiegel vor. Schauen Sie selbst einmal in den Spiegel hinein! Im Augenblick sind Sie die Unsolideren in der Haushaltspolitik. Das haben Sie doch unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least: Wer sich immer als Klassenprimus aufführt, braucht nicht auf Vergleiche mit anderen Bundesländern zu verweisen. Wer sich als Klassenprimus aufführt – das habe ich bereits in der Eingangsrede gesagt –, aber beim Schummeln, nämlich beim Brechen seiner eigenen Grundsätze, erwischt wird, darf sich über berechtigte Kritik nicht wundern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer anderen hohe Maßstäbe vorhält und sich in seiner eigenen Haushaltspolitik nicht an diesen orientiert, den muss man berechtigterweise deutlich kritisieren, auch bei diesem Nachtragshaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Bei den hohen Maßstäben in der Haushaltspolitik hört es nicht auf, es geht auch um die klaren Versprechungen, die Sie gemacht haben. Diese halten Sie in diesem Nachtragshaushalt nicht ein. Es geht um die Versprechungen, die der Herr Ministerpräsident und die CSU beim Bayernplan gemacht haben. Es geht um die Versprechungen, die der Herr Ministerpräsident in diesem Hause von diesem Rednerpult aus im Rahmen seiner Regierungserklärung gemacht hat. Ich darf auf einige Punkte hinweisen, bei denen wir dafür gesorgt haben – Herr Ministerpräsident, hören Sie gut zu –, dass die CSU in diesem Landtag die Chance bekommt, die Versprechungen des Herrn Ministerpräsidenten in der realen Haushaltspolitik einzulösen. Ich musste feststellen, dass die Versprechungen des Ministerpräsidenten dann, wenn es ans Eingemachte, ans Geld und um die Tatsachen geht, nicht mehr gelten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kritisieren wir von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der SPD)

Was ist denn mit dem Versprechen, die komplette demografische Rendite bei den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule zu belassen? Was ist mit dem Versprechen? Es ist bekannt, dass, unmittelbar nachdem dieses Versprechen im Bayernplan gegeben wurde, 773 Lehrerstellen weggefallen sind. Sie wurden "kw"-gestellt. Sie wurden aus dem Schulsystem getilgt, obwohl sie nach den Versprechungen des Herrn Ministerpräsidenten zum Bayernplan im Schulsystem bleiben sollten. Wir haben Ihnen im Rahmen der Haushaltsberatungen die Chance gegeben, dies zu korrigieren. Wir geben Ihnen heute in der Plenarabstimmung noch einmal die Möglichkeit, das zu korrigieren. Es bleibt ein Skandal, dass Versprechen zum Kernbereich unserer Aufgaben, nämlich zur Lehrerausstattung, im Zuge der Haushaltspolitik gebrochen werden.

Der nächste Punkt betrifft die Barrierefreiheit. Das große Ziel, das der Herr Ministerpräsident zu Recht anstrebt, lautet: Bayern Barrierefrei 2023. Wir stellen fest und sind ein bisschen schockiert, dass man im ersten Haushaltsjahr, in welchem wir dies gestalten und umsetzen könnten, keinen zusätzlichen Cent in den Haushalt aufnimmt, um das ehrgeizige Ziel umzusetzen. Bayern Barrierefrei 2023 – in diesem Nachtragshaushalt leider Fehlanzeige. Zu diesem Punkt geben wir Ihnen die Chance, heute noch einmal eine Korrektur vorzunehmen. Es ist nicht gut, wenn Sie Versprechungen machen und in diesem Hause sagen, das ist ein wunderbarer Haushalt. Dieser wunderbare Haushalt bricht die Versprechen, die zur Barrierefreiheit im Freistaat gegeben wurden. Das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch viele andere Punkte ansprechen, will mich aber auf ein paar Eckpunkte konzentrieren. Das gilt auch für die Frage: Wie geht es in der Haushaltspolitik weiter? Ich darf einmal den Umgang mit unseren Äußerungen, den Äußerungen der Opposition und den Äußerungen des Obersten Rechnungshofes infrage stellen. Der Oberste Rechnungshof hat das Gleiche gesagt wie wir: Die Haushaltspolitik in der Art,

wie wir sie vorfinden, ist nicht solide. Beleidigte Reaktionen waren an der Tagesordnung. Das wurde als anmaßend bezeichnet. Man hat larmoyant reagiert. Das führte bis zur Ankündigung einer Verlagerung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs an die Adresse des Herrn Rechnungshofpräsidenten. Jetzt hört sich das plötzlich anders an. Die Kritik, die vorher noch zurückgewiesen wurde, ist plötzlich doch berechtigt. Zumindest lässt sich das aufgrund der Pressemitteilungen der letzten Tage so interpretieren. Ich muss eines fragen: War der bisherige Kurs richtig, wenn jetzt eine Kurskorrektur vorgenommen werden soll? Wenn das, was Sie bisher mit Überzeugung vorgetragen haben, richtig war, frage ich mich, warum jetzt eine Kurskorrektur erfolgen soll. Wenn das nicht richtig war, hat vieles von dem, was Sie bisher gesagt haben, nicht gestimmt.

Ich hätte gerne Auskunft darüber – das interessiert die Menschen da draußen –, was der Ausgabenanstieg um 3 % jährlich im Haushalt bedeutet. Auf welcher Grundlage, mit welcher Gewichtung und welcher Konsequenz erfolgt er? Die entscheidende Frage ist doch, was mit den großen Versprechungen des Ministerpräsidenten der CSU aus dem Bayernplan und der Regierungserklärung passiert. Sind die großen Versprechungen mit diesem Haushaltskonzept – so nenne ich es einmal – umsetzbar? Was ist mit dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse? Was ist mit den notwendigen Zukunftsinvestitionen? Was ist mit der Barrierefreiheit in näherer Zukunft? Was ist mit der Übernahme der Kindergartengebühren? Was ist mit der bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen? Was ist mit Bildung, Hochschule und Forschung? Was ist mit der Ertüchtigung der Infrastruktur? Was ist mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse? Was ist mit der Familienfreundlichkeit in Bayern? Was ist mit der Förderung des Ehrenamts? - Auf diese Fragen geben Sie keine Antworten. Das interessiert die Menschen – nicht 2 %, nicht 3 %, nicht 4 %. Die Menschen interessiert die Frage, wie Sie den Herausforderungen gerecht werden. Dazu habe ich in den letzten Wochen, Tagen und auch heute wenig gehört. Anstatt allgemeiner Aussagen hätten Sie sagen sollen, was die bayerischen Bürger von der CSU und der Staatsregierung zu erwarten haben – leider Fehlanzeige an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle gebe ich noch einmal einen Hinweis: Wer vom Abbau der Verschuldung redet, aber nicht von der versteckten Verschuldung reden will, der soll lieber gar nicht vom Abbau der Verschuldung reden. Was Sie machen, ist ein Abbau der Verschuldung auf Kosten der Pensionsvorsorge, auf Kosten der Kommunen und zugunsten der versteckten Verschuldung, die aufgebaut wird. Die Gebäude- und Straßeninfrastruktur dieses Freistaats wird immer schlechter. Die Infrastruktur sollte endlich in den Zustand gebracht werden, den die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der Investitionsquote muss sich der Klassenprimus auch an den eigenen Worten messen lassen. Die Investitionsquote von 12 % wird gefeiert. Es ist noch gar nicht so lange her, dass ein Finanzminister dieser Staatsregierung von diesem Pult aus gesagt hat: Die natürliche Investitionsquote des Freistaats Bayern liegt bei 15 %.Damit bleiben Sie sehr deutlich unter Ihren früher selbst gesetzten Zielen in der Finanzpolitik und versuchen sogar noch, dies als einen ganz besonderen Aufbruch zu verkaufen. Das können Sie mit uns nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe eine Frage an Sie. Da geht es um die Stellen im Freistaat Bayern, um die Menschen, die die Politik umsetzen müssen, die Verbesserungen für die Menschen durchsetzen und für die Daseinsvorsorge da sind. Sie geben jetzt neue Ziele für die Personalkostenquote aus. Sie haben vorher als Ziel etwas ausgegeben, was man als einen Stellenstopp bezeichnen kann. Von Ihnen war an dieser Stelle zu hören, dass derjenige, der zusätzliche Stellen beantragt, anderswo Stellen einsparen muss. Ich frage mich: Was bedeutet die neue Parole für die Personalkostenquote, diese Aufforderung, die Sie selbst in den Raum gestellt haben? Bedeutet sie einen Stellenabbau? In welchem Umfang bedeutet sie einen Stellenabbau in den nächsten Jahren? Wo wollen Sie Stellen abbauen? Bei den Lehrern tun Sie es offen-

sichtlich schon. Ich meine die 773 Lehrerstellen, die Sie entgegen Ihrem Versprechen gestrichen haben. Wollen Sie Stellen an den Hochschulen abbauen, bei der Polizei, bei der Justiz, beim Verbraucherschutz oder bei den Finanzämtern? Darauf wollen wir ganz konkrete Antworten und nicht die Aussage einer pauschalen Personalkostenquote. Das interessiert die Menschen in Bayern. Darauf sind Sie bisher Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Last, not least füge ich hinzu, dass ich einen Punkt überhaupt nicht nachvollziehen kann. Schon dieser Punkt reicht als Begründung dafür aus, das Haushaltskonzept, das Sie vorgelegt haben, nicht mitzutragen. Dabei geht es um die Sicherung der staatlichen Einnahmen. Jedes Ihrer Konzepte baut auf der Frage auf, wie hoch die staatlichen Einnahmen in den nächsten Jahren ausfallen. Wir stellen fest, dass wir auch unter Ihrer Verantwortung die dramatische Unterbesetzung in den Finanzämtern nicht beseitigt und dieses Problem noch nicht einmal konsequent angegangen haben. Wenn Sie mit den Personalverantwortlichen in den Finanzämtern sprechen, bleibt festzuhalten, dass sich null und nichts geändert hat, seit der Rechnungshof vor einigen Jahren dieses Problem moniert hat. Wir reden von einer Unterbesetzung in der Steuerverwaltung von 1.800 der im Haushalt befindlichen Stellen. Das ist ein Skandal an der Steuergerechtigkeit in diesem Land und eine Versündigung an der Einnahmebasis des Freistaats Bayern. Wenn wir mit dem Tempo der kleinen Schritte, die angeregt wurden, so weitermachen, dauert es noch 60 Jahre, bis die bayerische Finanzverwaltung überhaupt die Sollstärke erreicht, die dieser Haushaltsgesetzgeber vorgegeben hat. So kann es nicht weitergehen. Deswegen fordern wir Sie auf, Herr Ministerpräsident: Sorgen Sie dafür, dass die bayerische Finanzverwaltung endlich ordentlich ausgestattet wird, damit wir unsere Ziele gemeinsam umsetzen können!

Gemeinsame Ziele gibt es nämlich durchaus. Uns wurden heute einige Anträge vorgetragen, die wir in der ersten Beratung angestoßen haben. Sie betreffen unter anderem den Staatsstraßenbau und die Städtebauförderung. Mithilfe eines bayerischen Sozial-

demokraten im Staatssekretärsamt wurde die Städtebauförderung dankenswerterweise vorangebracht. Einen Erfolg gibt es auch bei der energetischen Sanierung. Zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums haben wir eine Lösung gefunden. Auch die Asylsozialberatung ist aufgegriffen worden. Aber es bleibt bei den Kritikpunkten, die leider nicht ausgeräumt wurden.

Ich glaube, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, mehr zu bekommen als pauschale Aussagen zur Finanzpolitik. Viele Defizite sind deutlich geworden. Ich erwarte von Ihnen die Bereitschaft, diese Defizite im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats zu beseitigen. Dieser Nachtragshaushalt hat manche kleineren Fortschritte gebracht, aber in vielen Punkten zahlreiche Fragen offengelassen. Wir hoffen, dass wir im nächsten Doppelhaushalt diese offenen Fragen endlich angehen. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger warten darauf, dass sie Antworten bekommen und nicht nur Zahlenspiele.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wesentlichen Eckpunkte und Fragen hat Herr Kollege Pohl zwar bereits angesprochen. Ein paar Grundsatzbemerkungen will ich aber hinzufügen. Als Erstes hat die Eingangsbemerkung von Herrn Kollegen Bachhuber zu denken gegeben, in der er sich bei der Staatsregierung für diesen Haushaltsentwurf bedankt hat. Lieber Kollege Bachhuber, den Haushalt machen wir. Schon diese Eingangsbemerkung hat das Selbstverständnis der CSU-Fraktion verdeutlicht, den Entwurf der Staatsregierung entgegenzunehmen und die wesentliche Aufgabe darin zu sehen, diesen Entwurf der Staatsregierung zu verteidigen. In den Haushaltsberatungen wäre ein gutes Stück mehr Selbstbewusstsein zu wünschen gewesen, damit der eine oder an-

dere Punkt hätte korrigiert, verändert und angepasst werden können. Der Wunsch danach war manchmal auch in der CSU-Fraktion zu erkennen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Unsere Änderungsanträge sind alle durchgegangen, Herr Kollege!)

- Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, es gab durchaus die eine oder andere Verbesserungsmöglichkeit. Solche Punkte wurden mit einem gewissen Knirschen und Bedauern so verteidigt, wie sie seitens der Staatsregierung vorgelegt waren. Hier hätte es mehr Möglichkeiten gegeben.

Lieber Kollege Winter, zunächst danke ich Ihnen herzlich für Ihre souveräne Sitzungsführung. Aber Ihre Kritik, es gebe ein Klein-Klein,

(Peter Winter (CSU): Das habe ich nicht zu euch gesagt! – Volkmar Halbleib (SPD): Groß-Groß oder Klein-Klein?)

will ich aufnehmen. Wir können sowohl Klein-Klein als auch Groß-Groß. Man kann darüber debattieren, ob im Rahmen eines Nachtragshaushaltes grundsätzliche Debatten über die kommunale Finanzausstattung angebracht sind. Sie haben das von vornherein abgelehnt. Wir hätten uns diese gewünscht. Umso wichtiger wäre es gewesen, manche Korrekturen in vielen Einzelfragen anzunehmen, und zwar im Interesse der Kommunen, im Interesse der Regionen und im Interesse der Bildung und der Infrastruktur. Wenn wir die Kommunen in einem großen Zuge besser ausgestattet hätten – so hätten wir es uns gewünscht -, hätten wir uns womöglich die eine oder andere Einzelfrage ersparen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So war es aber nicht. Die grundsätzliche Frage werden wir im Doppelhaushalt 2015/2016 wieder zu debattieren haben. Umso wichtiger ist es, bei dem einen oder anderen Schwerpunkt in Erinnerung zu rufen, dass auch und gerade bei einem Nachtragshaushalt Korrekturen an Entwicklungen, die bei der Verabschiedung des

Doppelhaushalts noch nicht erkennbar waren, vorgenommen werden müssen. Hierzu haben wir eine ganze Reihe von Aspekten vorgetragen. Ich nenne die Aspekte Infrastruktur, Bildung und Regionalität.

Über Schuldentilgung und Nachhaltigkeit wurde viel gesprochen, auch von Ihnen, lieber Kollege Winter. Das erkennen wir an, aber es muss auch hinsichtlich der Infrastruktur ein Thema sein. Schuldentilgung und Nachhaltigkeit sind nicht nur mit Blick auf monetäre Schulden von großer Bedeutung. Je später wir auf den Feldern der Infrastruktur, der Staatsstraßen und des Hochbaus unsere Unterhaltungsaufgaben erfüllen, desto teurer wird es. Es stellt kein nachhaltiges Verhalten dar, wenn wir diese sozusagen verdeckten Schulden nicht rechtzeitig bereinigen. Dazu haben wir Anträge gestellt. Sie beziehen sich unter anderem auf die Bestandserhaltung der Staatsstraßen. Wenn Sie bei den monetären Schulden 10 % abbauen, müssen Sie, um konsequent zu sein, das in der gleichen Zeit auch bei der Bestandserhaltung und den Unterhaltungslasten bei den Staatsstraßen tun. Das ist nicht geschehen.

Wir erkennen an, dass der Haushaltsansatz des Jahres 2014 in der Fassung des Nachtragshaushaltes besser ist als in der Erstfassung. Aber die Verbesserungen reichen noch nicht aus, um die auch vom Obersten Rechnungshof anerkannten und von der Obersten Baubehörde bestätigten Unterhaltsdefizite aufzuarbeiten.Auch das muss man spätestens bis 2030 erledigt haben, um insgesamt von einem nachhaltigen Schuldenabbau in diesem Bereich zu sprechen.

Nächster Punkt: Auch für die Gebäude gilt das. Da liegt es nahe, Unterhaltsaufgaben mit energetischer Sanierung zu kombinieren und die Aufgabenerfüllung in diesem Bereich zu verbessern. Sie haben ein Stück weit nachgelegt. Das ist für uns an dieser Stelle aber noch zu wenig.

Gerade hat Kollege Halbleib zu Recht noch einmal darauf hingewiesen, dass das vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom letzten Jahr verkündete Ziel, den öffentlichen Raum bis 2023 barrierefrei zu machen – das ist ein hehres, ein wichti-

ges, ein sehr ehrgeiziges Ziel, das viel Beifall verdient –, nur erreicht werden kann, wenn man auch an die Umsetzung geht, und zwar schon im Jahr 2014, anstatt das auf weitere Beratungen eines nächsten Doppelhaushaltes zu verschieben. Das muss jetzt angepackt werden, wenn man mit dieser Aufgabe in zehn Jahren fertig sein will. Auch dazu haben wir Anträge gestellt. Leider haben wir dafür Ihre Zustimmung wieder nicht erhalten.

Das große Thema Bildungspolitik will ich jetzt weder unter dem Gesichtspunkt Personal – das ist angesprochen – noch unter dem Gesichtspunkt Investitionsanteile ansprechen. Ich will nur ein paar ganz kleine Aspekte ergänzen. Sie waren nicht einmal bereit, mit ganz kleinen Beträgen da und dort notwendige Korrekturen anzunehmen. Ich habe ausdrücklich Beträge unter einer Million herausgesucht, lieber Herr Kollege Winter.

(Georg Winter (CSU): Hattet ihr die?)

- Die hatten auch wir. Sie haben vorhin auch über solche Beträge gesprochen. Damit hätte man da und dort Dinge voranbringen können. Ich nenne die Zusammenarbeit zwischen Schule und Sport. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, wenn man bildungspolitische Konzeptionen weiterentwickeln mag. Kollege Waschler weiß das ebenso und tritt dafür ein. Wir wollten Impulse setzen, aber da war nichts zu holen.

Die staatlichen Förderanteile zur Unterstützung von Sing- und Musikschulen sind in den letzten Jahren leider zurückgegangen, wiewohl die Sing- und Musikschulen gerade für die Persönlichkeitsbildung jenseits der spezifischen Bildungsarbeit einen großen und verdienstvollen Anteil leisten. Auch dafür wollten wir anerkennende Beträge zur Unterstützung. Leider ist nichts geschehen.

Zuletzt wollten wir die Ehrenamtsförderung verbessern und die Kulturförderung in die Regionen tragen. Für spartenübergreifende Kulturprojekte haben wir einen Betrag von unter einer Million Euro beantragt. All diese Dinge hätten Anerkennung für ehrenamtli-

che Arbeit vermittelt. Das wollten Sie nicht. Die Frage der Finanzierbarkeit ist hier keine grundlegende. Das wollten Sie jedenfalls nicht mittragen.

Zuletzt will ich unter dem Gesichtspunkt Regionalität noch drei kleine Bereiche in Erinnerung bringen. Ein Stachel im Fleisch der wirtschaftsschwachen Regionen ist die Tatsache, dass zwar die Technologietransferzentren in die Regionen hinausgetragen wurden, um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verstärken. Das begrüßen wir sehr. Dass aber die Kommunen mit ihrer eigenen Verpflichtung, für die Gebäudekosten geradezustehen, geködert wurden, ist falsch. Das ist nach wie vor eine staatliche Aufgabe. Wir werden nicht müde werden, das in Nachtrags- oder Doppelhaushaltsberatungen immer wieder in Erinnerung zu rufen. Korrigieren Sie das! Das ist staatliche Aufgabe. Der Staat kann das sehr viel besser finanzieren als wirtschafts- und finanzschwache Kommunen, die notleidend sind und diese Kosten im Interesse der Sache dennoch übernehmen.

Für den Probebetrieb und die Reaktivierung von Bahnstrecken haben wir keinen großen Betrag gefordert. Für die Regionalentwicklung ist das aber ein wichtiger Punkt. Da wird vieles getan. Leider wurde die staatliche Unterstützung, die notwendig gewesen wäre, um diese Dinge anzuschieben, nicht zur Verfügung gestellt.

Letzter Punkt: Ich kehre zum Beitrag von Kollegen Bachhuber zurück, der das Hohelied auf die Krankenhausfinanzierung mit insgesamt 500 Millionen Euro gesungen hat. Das ist schon bewertet worden. Ich will in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, dass die Krankenhäuser allenthalben und besonders in den weniger dicht besiedelten Regionen große Debatten und Umstrukturierungsaufgaben vor sich haben. Wir wollten das initiieren und unterstützen, damit sich die Träger der Krankenhäuser, zumal die kommunalen, leichter tun, solche Umstrukturierungsüberlegungen und -prozesse in Gang zu setzen.

Wir haben Anträge für Großes und wir haben Anträge für Kleines gestellt. Weder da noch dort wollten Sie unsere Beiträge für eine bessere Entwicklung in Bayern unter-

stützen. Wir bedauern das und halten das für falsch. Deswegen können wir den vorgelegten Nachtragshaushalt nicht unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. Für die SPD-Fraktion hat sich noch Herr Dr. Kränzlein zu Wort gemeldet. Drei Minuten und 44 Sekunden, Herr Kollege. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt mit einem Umfang von rund 50 Milliarden Euro ist mir recht sympathisch. Als Bürgermeister hatte ich einen 50-Millionen-Haushalt zu vertreten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Damit haben Sie sich eindeutig verbessert!)

Ich kann mit den Zahlen in der Umrechnung dann immer ganz gut jonglieren. Wir haben im Finanzausschuss eigentlich eine ganz nette Debatte über die Details geführt, die ich hier wegen der fortgeschrittenen Zeit überhaupt nicht mehr bringen kann. Uns saß der schwarze Block gegenüber, nette Kollegen, nur haben sie zur rechten Zeit immer wieder einmal falsch abgestimmt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben hier einen Haushalt zu verabschieden, der drei Eigenschaften erfüllt: Er ist mutlos, er ist kraftlos, und er ist fantasielos.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das haben wir schon einmal gehört!)

- Es kann sein, dass Sie das schon einmal gehört haben; aber es ist die Wahrheit.

Herr Muthmann hat es angesprochen: Es ist ein Exekutivhaushalt, den der Finanzminister vorlegt, mit dem Kabinett bespricht, und dann müssen die armen CSU-Kollegen,

die das letzte Mal unter Alois Glück eine stolze, selbstbewusste Fraktion waren, als Abnicker herhalten, um diesen Exekutivhaushalt durchzuwinken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Das ist schon lange her!)

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass er beim nächsten Haushalt mit dem Finanzminister die Fraktion rechtzeitig fragen wird, was sie will. Immerhin ist da ein rosa Licht am Horizont.

Trotz bester Konjunktur sind es eine Dreiviertelmilliarde mehr Ausgaben als Einnahmen. Wann eigentlich, wenn nicht in guten Zeiten – das gilt übrigens auch für Deutschland - sollen bei mehr als 2 Billionen Euro Verschuldung die Schulden zurückgeführt werden? Sie führen nach Ihrer mittelfristigen Planung die Schulden mit einer halben Milliarde Euro zurück. Damit Ihr Ziel erreicht wird, bis zum Jahr 2030 schuldenfrei zu sein, müsste eine Milliarde Euro Schulden zurückgeführt werden. Die nächsten Konjunkturabstürze kommen bestimmt, das prophezeie ich Ihnen auf diesen langen Zeitraum. Dann müsste man eigentlich antizyklisch reagieren und Geld einschießen. Sie werden Ihr Ziel nicht erreichen, wenn Sie so halbherzig vorgehen und keine Schwerpunkte setzen, wenn Sie mit der Gießkanne Geld verteilen, wie Sie das getan haben.

Mit unseren Anträgen haben wir versucht, Ihnen einige Schwerpunkte für dieses Land nahezulegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn er so etwas sagt, muss man aufpassen!)

Ich bezeichne Ihren Haushalt als fantasielos, weil wenig Zukunft für Bayern darin steckt. Herr Söder, Sie können dann etwas zu Ihrem Heimatmuseum sagen. Das ist zu einem Breitbandverkabelungs – –

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Ministerium, meine ich. So ist es, wenn man einen Kalauer bringt. Herr Söder, Ihr Heimatanteil im Ministerium ist zu einer Breitbandverkabelungsanstalt verkommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wenn es wenigstens das wäre!)

Das Wort "Heimat" ist nur ein Etikett und kommt ansonsten nicht vor. Die Landesentwicklung und Strukturpolitik sind heruntergefahren, Fehlanzeige. Die Infrastruktur, die Gebäude verkommen in dramatischer Weise.Die Rückstände bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden belaufen sich auf 3 Milliarden Euro, bezogen auf das, was Ihnen der Bayerische Oberste Rechnungshof 1998 bereits ins Stammbuch geschrieben hat. Sie bräuchten ungefähr 3 Milliarden Euro für diese staatlichen Gebäude. Das sind Schulden, die Sie der Nachwelt hinterlassen, während Sie in einer Zeit, in der eine Hochkonjunktur zu verzeichnen ist, nichts machen.

Ich nenne Ihnen einen Punkt, der für die Zukunft spannend wäre, nämlich die Hochschulen und die Wissenschaft. Wir sagen immer, wir haben keine Bodenschätze, aber wir haben die geistigen Ressourcen. Unsere Hochschulen werden bald nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Das sage nicht ich, sondern das können Sie in der Zeitung nachlesen. Das sagt die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das sagt die Hochschulrektorenkonferenz, und das sagt der Wissenschaftsrat. Wo bleibt die Spezialinitiative in Bayern? Sie haben zum Beispiel in Passau drei Stellen ausgewiesen. Da weinen sogar die "Passauer Neuesten Nachrichten". Sie haben den Mittelbau völlig verschlanken lassen, Sie haben Kurzzeitarbeitsplätze und befristete Arbeitsplätze geschaffen. Wir stehen im Wettbewerb mit der Industrie und der Wirtschaft um die besten Köpfe und die besten Leute. So, wie Sie den Mittelbau an den Hochschulen behandeln – wir haben versucht, Ihnen eine Brücke zu bauen -, wandern die Leute anderswohin ab. Dann sind wir auf den Feldern, wo wir gut sein müssten, nicht mehr gut. Dann sind wir beim Wettlauf um die Besten heillos im Rückstand.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ich könnte Ihnen die Justiz nennen. Es fehlen ungefähr 400 Stellen. Ein ganz wichtiges Verfahren, das in Kürze eigentlich anlaufen sollte und vielleicht Grundlage eines Untersuchungsausschusses sein könnte, kann überhaupt nicht eröffnet werden, weil die Kammer total überlastet ist. Das ist nur ein öffentlich bekannt gewordenes Beispiel. Reden Sie einmal mit den Zuständigen in der Justiz. Wenn es Ihnen der Herr Minister nicht sagt, dass reden Sie mit den Interessenvertretern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Es ist eine von vielen ungelösten Problemlagen, die dazu führt, dass wir diesen Haushalt, der nicht mehr solide ist, ablehnen müssen. Wir sind froh, dass Sie für das nächste Mal einen soliden Doppelhaushalt angekündigt haben. Den werden wir dann mittragen, wenn er wirklich solide ist.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächster Redner hat sich Herr Staatsminister Dr. Söder gemeldet.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gerade vorhin gesagt worden, das sei kein solider Haushalt. Was ist eigentlich der Haushalt in Nordrhein-Westfalen, mit dem man 2 Milliarden Schulden macht? Was ist der Haushalt in Baden-Württemberg, wo 3 Milliarden Schulden gemacht werden? Was ist der Haushalt in Schleswig-Holstein, wo ebenfalls Milliardenschulden gemacht werden?

(Beifall bei der CSU)

Überall, wo Rot-Grün regiert, werden Schulden gemacht. Das ist ganz klar unsolide.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben völlig recht: Man kann immer noch besser werden. Wir wollen auch besser werden. Aber im Vergleich zu allen anderen Ländern in Deutschland kann man eines sagen: Wenn es einen Tabellenführer und einen Champion für solide Finanzpolitik in Deutschland gibt, dann ist es der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushaltsentwurf ist ein Spiegel der Leistungsfähigkeit Bayerns und ein Barometer dafür, wie stark Bayern und die Substanz dieser Gesellschaft sind. Ein Haushalt hat immer die Aufgabe, eine Balance zu halten, und zwar eine Balance zwischen Sicherheit und Vorsorge und zwischen Wachstum und Optimismus. Der Freistaat Bayern hat für die Menschen eine extrem hohe Attraktivität. Es gibt in Deutschland Wanderungsbewegungen. Die Menschen kommen nach Bayern, während sie woanders weggehen. Warum kommen Sie nach Bayern? - Weil sie hier Zukunft erwarten.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushalt ist nichts anderes als das Zukunftskonto für die Menschen in Bayern. Zwei Aspekte erfüllen wir damit. Der erste ist Sicherheit und Vorsorge. Im Bund freut man sich, dass man das erste Mal seit 40 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt avisiert und möglicherweise einhalten kann; es gibt bereits erste Zweifel hinsichtlich internationaler Risiken für die Haushaltslage. Wir in Bayern machen das zum achten und neunten Mal in Folge, und zwar ohne Probleme. Wir werden uns das auch in der Zukunft zum Maßstab nehmen. Wir sagen aber nicht nur, wir machen keine Schulden; das war nur der erste Schritt. Tatsächlich tilgen wir Schulden, und das ist der Unterschied zu allen anderen. Während andere Bundesländer noch Schulden machen, bauen wir Schulden ab. Das ist etwas Besonderes.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Winter hat die Zahlen schon genannt. 2,54 Milliarden Euro - es gibt keine vergleichbare Benchmark in Deutschland.

Auch wenn es immer wieder herausgestellt wird, wird der Eindruck erweckt, dass wir deutlich über unsere Verhältnisse leben und mehr Geld ausgeben würden, als wir haben. Das würde dann stimmen. In der Tat ist es so, dass wir sehr konservativ planen. Es gibt Bundesländer, die anders planen. Diese stellen ihren Haushalt nach reinem Wunschdenken auf und sagen: Planen wir einmal ein bisschen mehr an Steuereinnahmen, das wird schon gut laufen. Am Ende des Jahres müssen sie dann Haushaltslöcher stopfen. Bei uns ist seit Jahren – egal, wer Finanzminister ist, und egal, wie sich die Staatsregierung zusammensetzt – eine andere Grundlage der Haushaltspolitik maßgebend. Wir planen konservativ, aber wir wirtschaften erfolgreich.

(Beifall bei der CSU)

Wir geben nur das Geld aus, das wir erwirtschaften, und zwar aus Steuereinnahmen, Haushaltsbewirtschaftung und Überschüssen, die im gesamten Staatsapparat durch eine sehr konservative Haushaltsbewirtschaftung erarbeitet werden. Das führt dazu, dass wir nicht nur steigende Ausgaben decken und Schulden tilgen können, sondern sogar für schlechte Zeiten etwas zurücklegen können. Wer kann das in Deutschland - höhere Ausgaben bestreiten, Schulden tilgen und noch Rücklagen stärken? Niemand kann das außer dem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Reden wir einmal über den Saldo, und zwar über den Ist-Saldo, das heißt, was wir im Jahr eingenommen und was wir ausgegeben haben: Zunächst zu den Vorschlägen, die gemacht worden sind. Zur Kritik, der Saldo stimme nicht, muss ich sagen, dass die Vorschläge der Opposition, den Saldo zu verbessern, auch nicht gerade sensationell waren. Wenn man vorschlägt, insgesamt eine Summe von 2,6 Milliarden Euro mehr auszugeben, ist das kein substanzieller Beitrag, um den Saldo zu verbessern. Es ist eher ein Beitrag, ihn zu verschlechtern. Auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm, zu dem Lob der GRÜNEN, man hätte Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, ist zu sagen: Selbst wenn der Vorschlag gegenfinanziert wäre, hätte er nicht den Saldo verbessert. Das betrifft Vorschläge, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen oder einen Frankenschnellweg zu verhindern, obwohl die GRÜNEN in Nürnberg, weil sie gerne mit der SPD regieren möchten, für den Frankenschnellweg sind. In Nürnberg sagen die GRÜNEN Ja zum Frankenschnellweg, aber im Landtag sagen sie Nein. Das ist keine nachhaltige Politik für unser Land.

(Beifall bei der CSU)

Was ist jetzt mit dem Saldo? Wir haben in den letzten Jahren – ich sage das ausdrücklich; es steht auch in den Unterlagen – folgende Finanzierungssalden gehabt: 2011 ein Plus von 935 Millionen Euro, 2012 ein Plus von 1,4 Milliarden und im Jahr 2013 erreichten die erwirtschafteten Überschüsse immer noch ein deutliches Plus von über 2 Milliarden Euro.

Es ist keine gute Finanzpolitik, Anfang des Jahres zu planen, Überschüsse zu haben, und am Ende des Jahres Löcher zu stopfen. Mir ist es lieber, wenn man anfangs konservativ plant und am Ende Geld in der Tasche hat. Das ist besser für das Land und für die Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben Ausgaben kritisiert und gleichzeitig Vorschläge gemacht, wo noch mehr Geld ausgegeben werden könnte. Ich will feststellen, welches die entscheidenden Punkte waren. Eine Haushaltsaufstellung ist kein Wunschkonzert. Herr Halbleib, es kommt darauf an: Viele der Fragen, die Sie zur Regierungserklärung angesprochen haben, werden ihre ganze Wucht und politische Wirksamkeit im Doppelhaushalt 2015/2016 entfalten. Wir haben jetzt im Nachtrag die Aufgabe, einige wichtige Stellschrauben, die sich gesellschaftlich und politisch als notwendig herausgestellt haben, zu setzen.

Das betrifft erstens die Veranschlagung der Hochwasserhilfen. Wir sehen gerade die Bilder, was in Serbien und auf dem Balkan passiert. Wir sind uns darüber einig: Es war eine großartige Leistung, in Bayern im letzten Jahr den Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe gegeben zu haben. Das Geld dafür ist mit 403 Millionen Euro gut angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Die Ausgaben für das Asyl sind um fast 180 Millionen Euro auf einen Gesamtbetrag von 345 Millionen Euro angewachsen. Dies gehört zwar nicht zur Investitionsquote, ist aber eine Form von menschlicher Dividende. Meine Damen und Herren, wir nehmen in einem christlich geprägten Land die Verantwortung dafür ernst, dass Menschen, die in Not sind, Hilfe bekommen. Jeder, der vorschlägt, hier Mittel zu streichen, möge aufstehen. Wir bilden an dieser Stelle ab, dass ein reiches Land Hilfe leisten muss. Dies tun wir mit unseren Ausgaben für das Asyl.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir streichen nicht bei der Bildung. Wir tun aber zwei Dinge, die andere Bundesländer nicht leisten können: Bei uns fällt keine Stelle weg, Stichwort demografische Rendite.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sicher fallen sie weg! Sie sind schon weggefallen!)

Auch andere Bundesländer versuchen, dies in der Stellenplanung abzubilden. Der Unterschied ist aber: Wir sorgen nicht nur dafür, dass es Stellen gibt, sondern wir wollen die Inhaber dieser Stellen auch ordentlich bezahlen. Pädagogen haben es verdient, dass die Leistung, die sie erbringen, auch ordentlich bezahlt wird und dass Lehrer nicht, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist, weniger Geld bekommen. Wir sagen: Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden.

(Beifall bei der CSU)

Viertens, der kommunale Finanzausgleich. Herr Kollege Bachhuber und andere haben darüber bereits gesprochen. Wenn alles so schlecht wäre, würden uns die vier kommunalen Spitzenverbände relativ wuchtig sagen, was sie sich wünschen. Sie sind nicht ängstlich und in ihren Forderungen auch nicht bescheiden. Die kommunalen Spitzenverbände haben die über 8 Milliarden Euro, die beschlossen wurden, positiv gewürdigt, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Warum? - Wir hatten nicht nur die Summen erhöht, sondern auch Strukturen verändert. Es geht nicht immer nur um Summen. Wir hatten die Einwohnergewichtung verändert, um gerade in den ländlichen Räumen eine Stärkung zu erreichen. Herr Halbleib, die Stabilisierungshilfen wurden sehr gut aufgenommen, gerade bei vielen strukturschwachen Gemeinden im ostbayerischen Raum.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben sie vor nicht allzu langer Zeit verweigert!)

Ich kann Ihnen deshalb nur sagen: Egal, wie hoch unser Anteil an der Verbundquote ist, werden die Kommunen in den nächsten beiden Jahren ohne jede Erhöhung des normalen Finanzausgleichs bei den geschätzten Rekordeinnahmen der Gewerbesteuer bis zu 800 Millionen Euro mehr bekommen. Nirgendwo sonst wird so stabil für die kommunale Vorsorge gearbeitet wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die in das Parlament eingebrachten Sicherungsmaßnahmen für unsere Polizei halte ich für selbstverständlich. Was wären wir für ein Land, wenn wir Sicherheit für unsere Bürger bieten wollten, aber diejenigen, die für diese Sicherheit sorgen müssen, ohne Ausrüstung diese Aufgabe leisten lassen würden? Wenn es eine vordringliche Verpflichtung gibt, ist es die, denjenigen, die den Kopf für uns hinhalten und die unsere Freiheit und Sicherheit gewährleisten, gut auszustatten. Deswegen bedanke ich mich ausdrücklich für die Stärkung der Polizeiarbeit. Das ist ein Signal: Der Freistaat Bayern steht hinter seiner Polizei.

(Beifall bei der CSU)

Nun zur Stellensituation, weil diese bereits mehrfach angesprochen wurde. Das ist mir wichtig. Meine Damen und Herren, wir haben Rekordsteuereinnahmen. Wir haben in der Steuerverwaltung die besten Entwicklungen und Ergebnisse pro Prüfer. Die Zahl der Stellen in der Steuerverwaltung wurde in den letzten Jahren um 1.450 erhöht. Allein die Steuerfahndung ist seit 2011 um 15 % gewachsen. Wir haben eine Rekordzahl bei den Anwärtern von 2.000 Leuten. Die Ist-Besetzung steigt. Ich möchte dies einmal ausdrücklich sagen, weil immer wieder der Eindruck erweckt wird, hier gäbe es Probleme. In anderen Bundesländern wird derzeit überlegt, die Steuerverwaltung auszulagern und sie zu reduzieren. Wir bauen sie sukzessive aus. Wir schaffen Spezialeinheiten, um internationalen Steuerbetrug wirksam anzugehen. Wir wollen nicht jeden kleinen Friseurmeister dreimal pro Woche prüfen. Wir wollen da ansetzen, wo wirklich Steuerhinterziehung stattfindet; denn dort brauchen wir Personal.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den 1.800 Stellen, von denen immer wieder gesagt wird, dass sie nicht besetzt seien. Diese Stellen sind nicht einfach nicht besetzt, sondern sie sind für die Ausbildung, die Altersteilzeit und für viele Frauen reserviert, die wieder in Teilzeit oder nach der Familienphase in den Dienst zurückkehren. Das ist eine stabile Architektur.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen kritisiert das der Rechnungshof, weil es so stabil ist!)

Herr Kollege Winter hat bereits gesagt, dass es eigentlich nur einen Punkt gibt, der uns ärgert und der eine zunehmende Herausforderung ist. Dieser Ärger wäre deutlich stärker, hätte es nicht schon einmal eine Reform gegeben. Wir haben dadurch bis zu 1 Milliarde Euro gespart. Aber mit dem Länderfinanzausgleich in Deutschland werden weiterhin falsche Anreize gesetzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Länderfinanzausgleich!)

Der Haushaltsansatz ist mit dem Nachtragshaushalt um 200 Millionen Euro gestiegen. Die Summe für den Länderfinanzausgleich wird bis zum Jahr 2017, wenn sich nichts ändert, auf fast 5 Milliarden Euro anwachsen. Was ist in Europa passiert? In Europa haben wir das Modell des Rettungsschirms gewählt. Rettungsschirme und Rettungsmaßnahmen gibt es nur dann, wenn man gezwungen ist, Anpassungsmaßnahmen durchzuführen und sich zu verbessern. Dies hat dazu geführt, dass viele Staaten, die Geld bekommen haben, gesagt haben: Das ist sehr anstrengend. Wir strengen uns an, um schnell wieder herauszukommen. Das deutsche Modell leistet das genaue Gegenteil. In Deutschland wird Anstrengung nicht belohnt. Darum müssen wir das System ändern. Die Bayern haben es verdient, dass ihr hart erarbeitetes Steuergeld im eigenen Land bleibt.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat es denn ausgehandelt?)

Jeder kann an seiner Stelle mitarbeiten; die FREIEN WÄHLER in Europa und die SPD überall. Auch Herr Kretschmann von den GRÜNEN sagt, er möchte etwas ändern. Jeder guten Idee werden keine Grenzen gesetzt.

Bei der Schuldentilgung haben wir immer gesagt, wir fangen glaubhaft an. Ohne eine Veränderung des Länderfinanzausgleichs ist die große Last jedoch nicht zu schaffen. Dies wird am Ende dazu führen, dass wir uns 1 Milliarde Euro Zinsen sparen. Diese Mittel können wir dann nachhaltig für unsere Beamtenpensionen einsetzen. Es ist nachhaltiger, nicht dauernd Kredite aufzunehmen, um Lasten zu bewältigen, sondern keine Schulden zu haben und keine Zinsen zu zahlen. Dann kann das Geld für die Rückstellungen verwendet werden.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wir zahlen 350 Millionen Euro Zinsen jährlich für die Landesbank. Das ist 1 Million Euro täglich!)

Ein Ausblick auf den Doppelhaushalt 2015/2016: Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat weiterhin Rekordeinnahmen in Deutschland, und ganz besonders in Bayern.

Die Steuerschätzungen belaufen sich auf bis zu 5 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Wir sind aber in der Tat vorsichtiger als in der Vergangenheit. Warum? - Wir sehen, wie bei der Einschätzung des Bundes, sorgenvoll auf Entwicklungen, die internationale Risiken bringen. Wir wissen nicht genau, wie sich Niedrigzinsphasen auf die internationalen Märkte auswirken. Deswegen werden wir im Ansatz des Doppelhaushaltes noch vorsichtiger vorangehen. Wir werden die technische Saldofrage diskutieren und eine Wachstumsbegrenzung vornehmen. Trotzdem werden wir eine Investitionsquote haben, die benötigt wird, um ein Land auch in konjunkturell unsicheren Zeiten stabil zu halten. Meine Damen und Herren, Investitionen und Investitionsquoten helfen, die Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und ein Land attraktiv zu halten.

(Beifall bei der CSU)

Ich schließe mit einem Dank. Ich glaube, es waren 665 Seiten, 939 Einzeltitel und etwa 254 Änderungsanträge, die der Haushaltsausschuss abzuarbeiten hatte. Dafür ein Kompliment! Ich weiß, das ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben, auch wenn es unterschiedliche Bewertungen gibt. Darum sage ich dem ganzen Haushaltsausschuss ein Dankeschön, auch wenn die einzelnen Bewertungen unterschiedlich waren.

Zum Schluss möchte ich sagen: Natürlich wollen wir immer weiter kommen. Wir sind aber nur die Vorstufe zum Paradies, egal wie man das Paradies einschätzt. In dieser Vorstufe sind wir aber ziemlich weit. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir auch seriös über die Zukunft diskutieren. Es können auch wieder schlechte Zeiten kommen. An eines sollten Sie dabei denken: Wir haben eine Finanzkrise und eine Eurokrise überstanden, haben keine Schulden gemacht, haben kräftig investiert und sind als Bayern stärker denn je herausgekommen. Genau das ist der Beleg dafür, dass diese Haushaltspolitik richtig ist. Meine Damen und Herren, deshalb setzen wir sie auch fort.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2014 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 2. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/875, die Änderungsanträge 17/1682 mit 17/1684 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1958 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1682 mit 17/1684 abzustimmen. Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? – Das ist der Fall. Dann lasse ich auch so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten, und damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Der federführende Ausschuss empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 4 Absatz 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Juni 2014" einzufügen. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion, danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. – Die CSU-Fraktion. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)".

Nun kommen wir zur Abstimmung über das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014, Tagesordnungspunkt 3, und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten 2. Nachtragshaushaltsplan 2014. Der Abstimmung liegen der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014, die dazu einschlägigen Änderungsanträge sowie die Beschlussfassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1945 zugrunde. Vonseiten der Oppositionsfraktionen wurden zu mehreren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträgen Einzelabstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen, über die in einfacher Form durch das Handzeichen abgestimmt werden soll. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/1253 betreffend "Asylsozialberatung aufstocken!" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1284 betreffend "Probebetrieb im Vorfeld der Reaktivierung von Bahnstrecken" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1295 betreffend "Zusammenarbeit von Schule und Sportverein" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1334 betreffend "Bayerische Sing- und Musikschulen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eine Stimmenthaltung aus den Reihen der CSU-Fraktion. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1335 betreffend "Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1369 betreffend "Erhöhung der Zuschüsse für

die Sportfachverbände" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1371 betreffend "Förderung vereinseigener Sportstättenbau" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1421 betreffend "196 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU. Stimmenthaltungen? Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1609 betreffend "Verstärkungsmittel für Kleine Baumaßnahmen und Staatliche Hochbaumaßnahmen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1613 betreffend "Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte

ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 17/1650 betreffend "Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun kommen wir zur Durchführung der beantragten namentlichen Abstimmungen. Ich lasse zunächst in namentlicher Form über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/1248 betreffend "Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung" abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Wir geben für diese Abstimmung fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.42 bis 17.47 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich darf nun den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung aufrufen. Es geht um den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1249 betreffend "Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte". – Sie haben drei Minuten. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.47 bis 17.50 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen draußen auszuzählen.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1319 betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern" durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen ebenfalls drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.54 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir fahren mit den namentlichen Abstimmungen fort. Ich stelle den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1339 betreffend "Gebäudekosten für Technologietransferzentren" zur namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.54 bis 17.57 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Zur namentlichen Abstimmung rufe ich jetzt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/1393 betreffend "Rückholung der sogenannten demografischen Rendite" auf. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.58 bis 18.01 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte wieder, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich rufe zur weiteren namentlichen Abstimmung den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1453 betreffend "Zehntausend-Häuser-Programm" auf. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.01 bis 18.04 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte wieder, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit" auf der Drucksache 17/1456 namentlich abstimmen. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.04 bis 18.08 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

In der letzten namentlichen Abstimmung geht es um den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Kommunaler Schulbau" auf Drucksache 17/1668. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.08 bis 18.11 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse wird die Sitzung kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 18.12 bis 18.14 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Ich komme zunächst zum Antrag betreffend "Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung" auf der Drucksache 17/1248. Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich komme zum Antrag betreffend "Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte" auf der Druck-

sache 17/1249. Mit Ja haben 70 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 92 gestimmt; keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern" auf der Drucksache 17/1319. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 90 gestimmt; 16 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Gebäudekosten für Technologietransferzentren" auf der Drucksache 17/1339. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Rückholung der sogenannten demografischen Rendite" auf der Drucksache 17/1393. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 108 gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Zehntausend-Häuser-Programm" auf der Drucksache 17/1453. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit" auf der Drucksache 17/1456. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit

Nein haben 87 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Kommunaler Schulbau" auf der Drucksache 17/1668. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Ich komme nun zur Schlussabstimmung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und ich bitte alle, ihre Plätze einzunehmen; denn nur dann kann ich abstimmen lassen.

Den 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/1945. Wer dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 in der Fassung des federführenden Ausschusses angenommen.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht im Einzelnen abgestimmt haben, sind gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Teil I der Anlage 9)

Zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, den Ansatz bei Kapitel 13 03 Titel 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplanes) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen und die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Mit der Annahme des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die in Teil II der aufgelegten Liste enthaltenen Änderungsanträge ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

(Siehe Teil II der Anlage 9)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 selbst. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/876, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1681, 17/1685, 17/1686, 17/1723 und 17/1806 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1959 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1681, 17/1685, 17/1686, 17/1723 und 17/1806 abzustimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Fi-

nanzfragen zugrunde legen? – Damit besteht Einverständnis. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Dann sind die Änderungsanträge abgelehnt.Zum Gesetzentwurf selbst empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/1959. Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen – Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich jetzt die Abstimmung in einfacher Form durchführen. Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfohlenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen angenommen. Das Gesetz hat den Titel: "Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)".

Die Beratung des zweiten Nachtragshaushaltes 2014 ist damit abgeschlossen. Ich bedanke mich bei der Staatsregierung und beim Hohen Haus sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung; (Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 78) (Drucksache 17/1248)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas			
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	71	91	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte; (Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 79) (Drucksache 17/1249)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	70	92	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern; (Kap. 10 03 Tit. 684 72) (Drucksache 17/1319)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	90	16

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren; (Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.) (Drucksache 17/1339)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	91	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Rückholung der sog. demografischen Rendite; (Kap. 05 21) (Drucksache 17/1393)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp		X	
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	108	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Zehntausend-Häuser-Programm; (Kap. 07 05 TG 75 - 78) (Drucksache 17/1453)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	91	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit; (Kap. 10 05 neue TG) (Drucksache 17/1456)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	87	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Kommunaler Schulbau; (Kap. 13 10 Tit. 883 11) (Drucksache 17/1668)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	91	17

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 2 und 3

Teil I

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

Änderungsanträge der SPD

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
   (Kap. 03 03 Tit. 684 91)
   Drs. 17/1369

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Erhöhung der Vereinspauschale
   (Kap. 03 03 Tit. 685 91)
   Drs. 17/1370

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
   (Kap. 03 03 Tit. 893 91)
   Drs. 17/1371

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
   (Kap. 03 09 Tit. 422 21)
   Drs. 17/1372

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Kommunale Energieberater - Zuschüsse an die Landkreise für Organisation und Moderation der Energiewende vor Ort
   (Kap. 03 09 Tit. 428 01)
   Drs. 17/1373

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Verbesserung der Personalausstattung der Gesundheitsverwaltung bei den 71 bayerischen Landratsämtern
   (Kap. 03 09 Tit. 428 01)
   Drs. 17/1374

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger
   (Kap. 03 20 Tit. 422 21)
   Drs. 17/1375

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.
   (Kap. 03 23 Tit. 883 01)
   Drs. 17/1376

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 03 26 Tit. 422 01)
   Drs. 17/1377

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1378

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorsprung durch rechtzeitiges Planen im Straßenbau
(Kap. 03 80 TG 70 - 71)
Drs. 17/1381

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Radwegebau entlang von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 770 06 (Anl. A))
Drs. 17/1383

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1384

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/1385

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Finanzierung der Einrichtung einer Psychotherapeutischen Fachambulanz für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/1386

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/1387

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Martin Güll u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1388

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 17/1389

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm „Ganztag und Pädagogik“
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/1390

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm Umbau von Schulen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion)
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/1391

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 17/1392

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Rückholung der sog. demografischen Rendite
(Kap. 05 21)
Drs. 17/1393

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/1394

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers
(Kap. 07 03 TG 62 - 67 Tit. 686 63)
Drs. 17/1395

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerisches Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 17/1396

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Operationelle Programme zur Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kommunalfreundlich ertüchtigen!
(Kap. 07 04 neuer Tit.)
Drs. 17/1397

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 08 neuer Tit. 526 11)
Drs. 17/1398

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 17/1399

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausweitung des Schulobstprogramms auf Kindertagesstätten
(Kap. 08 03 Tit. 683 44)
Drs. 17/1400

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“
(Kap. 08 03 TG 54 neuer Tit.)
Drs. 17/1401

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/1402

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 17/1403

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96 neuer Tit.)
Drs. 17/1404

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erweiterung der Forschungsvorhaben um den Bereich des Lärmschutzwaldes
(Kap. 08 05 Tit. 547 95)
Drs. 17/1405

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter für das Amt für Ländliche Entwicklung in Tirschenreuth
(Kap. 08 30 Tit. 422 21)
Drs. 17/1406

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Personalabbau stoppen – zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1407

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorrang für die Bildung - zusätzliche Lehrkräfte an den Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1408

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1409

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1410

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Mehrgenerationenhäusern
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/1411

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1412

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Familienstützpunkten
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/1413

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausgaben für die Jugendarbeit
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/1414

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/1415

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/1416

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1417

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/1418

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/1419

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungsmittel für Hochbaumaßnahmen der Hochschulen
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)
Drs. 17/1420

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: 196 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten
(Kap. 15 28 Tit. 422 01)
Drs. 17/1421

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Herbert Kränzlein, Isabell Zacharias u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neuer Planungstitel „Generalsanierung der Hochschule für Musik und Theater in München“
(Kap 15 62 neuer Tit. Anlage S)
Drs. 17/1422

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: 4 Stellen für Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
(Kap. 15 70 Tit. 422 01)
Drs. 17/1423

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal, Isabell Zacharias u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neuer Planungstitel „Neubau bzw. Neuansiedlung des Staatsarchivs Würzburg“
(Kap. 15 93 neuer Tit. Anlage S)
Drs. 17/1424

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung
(Kap. 03 64 TG 65 - 70)
Drs. 17/1448

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Nothilfeprogramm Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/1449

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Machbarkeitsstudie für ein Helmholtz- oder Fraunhofer-Institut in Niederbayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1450

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung des bayerischen Anteils an der regionalen Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
Drs. 17/1451

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für die Erstellung von Energienutzungsplänen (ENP) in Gemeinden
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/1452

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zehntausend-Häuser-Programm
(Kap. 07 05 TG 75 - 78)
Drs. 17/1453

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/1455

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/1456

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/1457

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionsprogramm „Kinderbetreuung“ 2008 - 2014
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 17/1458

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorsprung durch rechtzeitiges Planen im Bahnstreckenbau
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/1474

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bildung für den Klimaschutz und die Energiewende - Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/1587

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1588

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherschutz - Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1589

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/1591

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
(Kap. 14 03 TG 52)
Drs. 17/1592

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 14 03 TG 52)
Drs. 17/1593

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie - Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte
(Kap. 14 03 Tit. 684 92)
Drs. 17/1594

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a.SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/1595

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a.SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/1596

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1597

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Beratung Pflegebedürftiger durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1598

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung
(Kap. 14 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1599

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 17/1608

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Martin Güll u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungsmittel für Kleine Baumaßnahmen und Staatliche Hochbaumaßnahmen
(Kap.13 03 Tit. 701 14 und 710 01)
Drs. 17/1609

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Klaus Adelt u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Streichung des Titels
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/1610

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen bilden
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/1611

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schülerbeförderung zukunftsfähig machen
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/1612

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: „Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder“
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/1613

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/1614

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schmerzensgeld für Polizisten
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1275

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 17/1276

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellenhebungen im Hygienekontrolldienst
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/1277

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: IT-Spezialisten bei der Polizei leistungsgerecht bezahlen
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/1278

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sachkosten der Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 511 01 - 547 04)
Drs. 17/1279

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neubau der Polizeiinspektion Kaufbeuren
(Kap. 03 18 Tit. 725 25)
Drs. 17/1280

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Ausbildungskapazitäten für Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/1281

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1282

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Probebetriebe im Vorfeld der Reaktivierung von Bahnstrecken
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/1284

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1285

94. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Provenienzforschung
(Kap. 04 01 Tit. 686 02)
Drs. 17/1286

95. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1287

96. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1288

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel zur Unterstützung der kommunalen Bildungsregionen
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1289

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 17/1290

99. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam Bayerischer Schulpsychologinnen und -psychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 17/1291

100. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für das Landesprogramm für die „gute gesunde Schule Bayern“
(Kap. 05 04 Tit. 547 02)
Drs. 17/1292

101. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für Ganztagsschulen
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/1293

102. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Fortbildung im Bereich des Behindertensports
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 17/1294

103. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 Tit. 547 90)
Drs. 17/1295

104. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Lehrerfortbildung an beruflichen Schulen
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/1296

105. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/1297

106. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Lehrerplanstellen an Grund- und Mittelschulen, Förderschulen, Berufsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen, Realschulen sowie Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/1298

107. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bessere Ausstattung aller Schulen und Schularten mit Beratungslehrern
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/1299

108. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellen für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/1300

109. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/1301

110. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 - 05 19)
Drs. 17/1302

111. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Übergangsmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/1303

112. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/1304

113. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/1305

114. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Breitbanderschließung: Glasfaseranschluss für alle bayerischen Gemeinden
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1306

115. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/1307

116. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm „Elektromobilität“
(Kap. 07 03 Tit. 683 63)
Drs. 17/1308

117. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/1309

118. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kürzung der Mittel für Aufwand für Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 17/1310

119. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 17/1311

120. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 17/1312

121. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 17/1313

122. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktkompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 533 80)
Drs. 17/1314

123. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung – insbesondere Förderung des Imker- und Schäfernachwuchses
(Kap. 08 03 Tit. 547 96)
Drs. 17/1315

124. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 01 Tit. 422 01 und
Kap. 10 01 Tit. 428 01)
Drs. 17/1316

125. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u. ä. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1317

126. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1318

127. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/1319

128. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB) schaffen
(Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 71)
Drs. 17/1323

129. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/1324

130. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 17/1325

131. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: „Ehrenamtsmillion“
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/1326

132. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1327

133. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Qualitätsbegleiterinnen und -begleiter in den bayerischen Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 - 91)
Drs. 17/1328

134. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/1329

135. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 - 91 neuer Tit.)
Drs. 17/1330

136. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern
(Kap. 10 50 TG 52)
Drs. 17/1331

137. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kinder- und Jugendkunstschulen
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/1332

138. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Künstlerische Musikpflege
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/1333

139. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerische Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/1334

140. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/1335

141. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/1336

142. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufstockung der Mittel für Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben der Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/1337

143. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern
(Kap. 15 18 Tit. 682 01,
Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/1338

144. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 17/1339

145. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Existenzsichernde Mindestpauschale für private Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 TG 60 - 62)
Drs. 17/1586

146. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1645

147. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1646

148. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: TBC-Untersuchungen
(Kap. 12 08 TG 57 - 60)
Drs. 17/1647

149. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/1649

150. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1650

151. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1651

152. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1652

153. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/1653

154. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/1654

155. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen
(Kap. 14 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1656

156. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufbau eines Melderegisters für Zwangsbehandlungen und Zwangsmaßnahmen in psychiatrischen Einrichtungen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/1657

157. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung
(Kap. 14 04 TG 69)
Drs. 17/1658

158. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung psychiatrische Pflegedienste
(Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/1659

159. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gesundheitsmanagement
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1660

160. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bauunterhalt
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1661

161. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude
(Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/1662

162. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gewinnausschüttung Flughafen München GmbH
(Kap. 13 05 Tit. 121 33)
Drs. 17/1663

163. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/1664

164. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzzuweisungen nach Art. 7 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 17/1665

165. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/1666

166. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Überlassung der Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/1667

167. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kommunaler Schulbau
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/1668

168. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/1669

169. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionskosten kommunale Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
Drs. 17/1670

170. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/1671

171. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pensionsfonds
(Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 17/1672

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

172. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“
(Kap. 03 65 Tit. 883 63)
Drs. 17/1232

173. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Probebetriebe auf Reaktivierungsstrecken ermöglichen
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/1233

174. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1234

175. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Keine Privatisierung der Justiz: Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister statt privater Wachdienste
(Kap. 04 04 Tit. 422 21 und Tit. 517 01)
Drs. 17/1235

176. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Offensive für Inklusion - Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern an Regelschulen
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1236

177. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bessere Qualität an Ganztagsschulen
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/1237

178. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Feste Arbeitsverträge für Lehrkräfte an Berufs- und Fachoberschulen
(Kap. 05 17 Tit. 428 14)
Drs. 17/1238

179. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mehr Stellen in der Finanzverwaltung - keine Stellenmehrung im Ministerium
(Kap. 06 01 Tit. 422 01 und
Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/1239

180. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bewertungsstelle des Finanzamts München in München belassen
(Kap. 06 05 Tit. 710 00 und 729 22)
Drs. 17/1240

181. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen
(Kap. 08 03 Tit. 671 03 und Kap. 08 04 Tit. 683 08)
Drs. 17/1241

182. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pferderennen
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 17/1242

183. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einzelbetriebliche Förderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 17/1243

184. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz - Förderung von hochgradig sehbehinderten und taubblinden Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1244

185. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse zum Vollzug des Betreuungsgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1245

186. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zivilgesellschaft stärken - Rechtsextremismus bekämpfen
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/1246

187. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung der Opferhilfe
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/1247

188. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 78)
Drs. 17/1248

189. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte
(Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 79)
Drs. 17/1249

190. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80)
Drs. 17/1250

191. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Frauenhäuser und -notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze für Frauenhäuser und Notrufe an die Kosten- und Gehaltsentwicklung
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/1251

192. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einrichtung von Interventions- und Beratungsstellen mit einem pro-aktiven Beratungsansatz
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/1252

193. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Asylsozialberatung aufstocken!
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1253

194. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber flächendeckend ermöglichen
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/1254

195. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherschutz stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1255

196. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/1256

197. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wissenschaftliche Beobachtung und Forschung in den Nationalparken stärken
(Kap. 12 13 neue TG und
Kap. 12 14 neue TG)
Drs. 17/1257

198. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bau Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/1258

199. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuwendungen für den Ausbau von Pflegestützpunkten in Bayern
(Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1259

200. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten Pflegediensten, teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege
(Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1260

201. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Errichtung einer bayerischen Pflegekammer
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/1261

202. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Englischsprachige Ausgabe der historisch-kritischen Edition von „Mein Kampf“
(Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1263

203. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen
(Kap. 15 59, 15 62 und 15 63 jeweils
Tit. 428 01 und 427 73)
Drs. 17/1264

204. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kein Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 17/1265

205. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/1266

206. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung des Beratungsprojekts der Flughafen Nürnberg GmbH
(Kap. 13 05 Tit. 682 81)
Drs. 17/1267

207. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pensionsfonds aufstocken - versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61 und Kap. 13 06 Tit. 325 51)
Drs. 17/1268

Teil II

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen für erledigt erklärten Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Mit gutem Beispiel voran - mehr Mittel für energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1231

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Landesmittel für den Städtebau
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/1283

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1320

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schutzausstattung der geschlossenen Einheiten der bayerischen Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 514 11, Kap. 03 20 Tit. 514 11, Kap. 03 20 Tit. 812 01 und Kap. 03 20 Tit. 812 98)
Drs. 17/1343

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1344

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung von Staatsstraßen und Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1345

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kleine Baumaßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
Drs. 17/1346

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: mebis-Landesmedienzentrum Bayern - Softwareentwicklung für Erweiterungsangebote
(Kap. 05 04 Tit. 119 23 und Tit. 534 76)
Drs. 17/1347

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
   2. Nachtragshaushaltsplan
   für das Haushaltsjahr 2014
   hier: Kleine Baumaßnahmen bei der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Kap. 06 16 Tit. 701 01)
   Drs. 17/1348

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation
    (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
    Drs. 17/1349

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation
    (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
    Drs. 17/1350

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn von § 96 BVFG
    (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
    Drs. 17/1351

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen (Kap. 10 06)
    Drs. 17/1352

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Förderung der Asylsozialberatung
    (Kap. 10 53 Tit. 684 01)
    Drs. 17/1353

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bei allgemeinem Grundvermögen
    (Kap. 13 04 Tit. 519 01)
    Drs. 17/1354

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
    (Kap. 13 06 Tit. 351 01)
    Drs. 17/1355

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Bundes- und EU-Mittel für die Städtebauförderung - Neubewilligungen
    (Kap. 03 65 Tit. 883 78)
    Drs. 17/1379

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Landesmittel für die Städtebauförderung – Neubewilligungen
    (Kap. 03 65 Tit. 883 88)
    Drs. 17/1380

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan
    für das Haushaltsjahr 2014
    hier: Nachhaltigere Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau
    (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
    Drs. 17/1382

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Naturschutz und Landschaftspflege - Ausgleich ELER-Mittel
(Kap. 12 04 Tit. 892 22)
Drs. 17/1590

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal
(Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1655

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Nabelschnur-Stammzellbank
(Kap. 14 03 TG 94)
Drs. 17/1714

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben
(Kap. 14 03 TG 92)
Drs. 17/1732

Teil III

Aufstellung der in den Ausschüssen für Staatshaushalt und Finanzfragen und Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014
(Drs. 17/876)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
Drs. 17/1681

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
Drs. 17/1685

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuersekretäre, Steuersekretärinnen
Drs. 17/1686

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
Drs. 17/1723

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Rückholung der demografischen Rendite
Drs. 17/1806

Teil IV

Aufstellung der in den Ausschüssen für Staatshaushalt und Finanzfragen, Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014
(Drs. 17/875)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)
Drs. 17/1682

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)
Drs. 17/1683

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)
Drs. 17/1684

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.05.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier